Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

März 2021
19. Jahrgang - Ausgabe 104
Einzelpreis: 4,50€
ISSN 1612-7366

Schwerpunkt:
Katastrophenpolitik

Coronaprofiteur Bundeswehr
Die Bundeswehr als Krisenakteur im Inland
Corona-Ausnahmezustand und „neue Normalität“
Der heilbare Krieg
Frontex-Files und das Cyber Valley
NATO 2030

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Inhalt

Schwerpunkt

Editorial - **Christoph Marischka** - 3
Plündern und Rauben - **Jacqueline Andres** - 4
Corona-Ausnahmezustand und „neue Normalität“ - **Rolf Gössner** - 8
Die Bundeswehr als Krisenakteur im Inland - **Martin Kirsch** - 11
Coronaprofiteur Bundeswehr - **Tobias Pflüger** - 14
(Tech)Geopolitik in der Pandemie - **Christoph Marischka** - 17
China gegen den Rest der Welt? - **Andreas Seifert** - 21
Die Rohstoffe der Elektromobilität - **Gertrud Falk** - 24
Aufstandsbekämpfung im Sahel - **ffm-online** - 27
Chile und die aktuellen Proteste - **Valeria Bustamante** - 30

Magazin

Deutschland und die Bundeswehr

Der heilbare Krieg: Diskurse um Bundeswehr-Traumatisierung und PTBS - **Thomas Rahmann** - 33
Keine Abschiebung nach Afghanistan - **Jacqueline Andres** - 39
Glutkern des Westens: NATO-Manifest aus der Böll-Stiftung - **Jürgen Wagner** - 44
Die Frontex-Files und das Cyber Valley - **Christoph Marischka** - 47
Hannibal-Komplex: Kontrollgremium bestätigt Existenz rechter Netzwerke - **Luca Heyer** - 52
Angriff auf Linke Friedenspolitik: Matthias Höhn legt problematisches Konzept vor - **Tobias Pflüger** - 55

Auslandseinsätze, Kriegsverbrechen und Straffreiheit

Allons Enfants? Umstrittene französische Luftangriffe in Mali - **Christoph Marischka** - 56
Black Box Bounti: Drohne gegen Aussage - **Christoph Marischka** - 59
Gesetzeslose Soldaten: Wie Regierungen Kriegsverbrecher vor Bestrafung schützen - **Pablo Flock** - 60

Nato

NATO 2030: Neuer Markenkern Großmachtkonkurrenz - **Jürgen Wagner** - 64

Sonstige

Völkerrechtswidrige Besatzungen: Palästina und West-Sahara - **Pablo Flock** - 67
Etappensieg gegen Rheinmetall? Italien stoppt Rüstungsexporte - **Jacqueline Andres** - 69

Editorial

Katastrophe und Alltag

von Christoph Marischka

„Besondere Zeiten ermöglichen besondere Maßnahmen – und erfordern diese auch. Dieser Ansatz prägte Format und Inhalt des diesjährigen IMI-Kongresses. Nachdem die Informationsstelle Militarisierung über Monate ein hybrides Veranstaltungskonzept vorbereitet hatte, das sowohl eine Präsenzveranstaltung wie auch deren Übertragung in Radio und Internet vorsah, zwang uns die zweite Welle der Pandemie zuletzt doch, auf das physische Zusammentreffen zu verzichten. Die Teilnahme war dennoch überwältigend."

So hatten wir Anfang Dezember unseren Bericht über den Kongress „Politik der Katastrophe" zusammengefasst. Angesichts der besonderen Umstände betrachten wir diesen nach wie vor als relativ gelungen. Auch deshalb haben wir uns entschieden, im Schwerpunkt der ersten Ausgabe 2021 einige der Beiträge in knapper und schriftlicher Form zu dokumentieren.

Zu den besonderen Umständen gehört neben der Pandemie selbst eine Beschleunigung von Transformationsprozessen verbunden mit einer gestiegenen Verunsicherung in der Bewertung und im Umgang mit diesen. Das impliziert, dass viele Einschätzungen und Prognosen auf dem Kongress zwangsläufig einen vorläufigen Charakter hatten. Grob danebengelegen haben sie jedoch – nach bisherigem Stand – nicht.

Als richtige Entscheidung – die auch in vielen Rückmeldungen gewürdigt wurde – betrachten wir jedenfalls die Herangehensweise, die Alltäglichkeit von Katastrophe, Transformation und Unsicherheit (anderswo) einzubeziehen, ohne deren qualitative Zuspitzung in unserem unmittelbaren Umfeld zu negieren. Für die bürgerliche, weiße (Mehrheits?-)Gesellschaft hat das letzte Jahr eine vorher kaum vorstellbare Einschränkung ihrer Rechte, Freiheiten und Sicherheiten gebracht, während z.B. sich die Befugnisse der Polizei und die Präsenz des Militärs in zivilen Behörden sprunghaft entwickelt haben. Vieles davon ist anderswo und für Viele auch hier längst Alltag. Das Ergebnis ist zugegeben holprig: Während einige Beiträge dieses „Schwerpunkts" tiefgreifende Brüche und Verunsicherungen beschreiben, stellen andere – etwa zur Aufstandsbekämpfung im Sahel oder zum Extraktivismus – eher Kontinuitäten dar. Zur Auflösung dieses Widerspruchs trägt sicherlich die Darstellung von Naomi Kleins These der „Schock-Strategie" bei.

Während der Endredaktion dieser Ausgabe scheint nicht nur die zweite Welle der Pandemie in Deutschland abzuklingen, sondern sich auch der Nebel der Katastrophe zunehmend zu lichten. Die Verteilung der Verluste und v.a. auch der (finanziellen) Gewinne der Pandemie bzw. ihres Managements treten glasklar hervor, und zumindest die gegenwärtige Impfpolitik – gerade in „Europa" – ist offensichtlich mehr von Geopolitik und Profitinteressen geprägt, als von der viel beschworenen „Solidarität". Vielleicht ist dies auch die Lehre aus der Pandemie und diesem eher disparat wirkenden Schwerpunkt: Dass wir alle in einem Boot sitzen, dass die Schock-Strategie nicht nur etwas ist, was der globale Norden im globalen Süden durchsetzt – sondern dass letzterer tatsächlich global wird. Mit allen Konsequenzen (und Profiten).

Plündern und Rauben

Naomi Kleins Schockstrategie und die Pandemie

von Jacqueline Andres

Angesichts der weitreichenden Folgen der Coronavirus-Pandemie stellt sich die Frage von Schocks im globalen Kapitalismus. Die wohl ausführlichste und wertvollste Beschäftigung mit dem Thema stammt aus dem Jahr 2007, in dem die kanadische Aktivistin und Kapitalismuskritikerin Naomi Klein das Buch „Schockstrategie - Aufstieg des Katastrophenkapitalismus“ veröffentlichte. Sie publizierte ihre Thesen kurz vor der Wirtschafts- und Finanzkrise, in der sich ihre zentrale Warnung einmal mehr bewahrheitete, nämlich, dass externe Schocks häufig zur Durchsetzung reaktionärer Interessen genutzt werden. Insofern sollte ihre auf ihrem im Jahr 2007 erschienenen Buch und zahlreichen Folgearbeiten aufbauende Sorge vor einer „High-Tech-Dystopie“, der im Zuge der Pandemie zur Durchsetzung verholfen werden soll, ebenso eine Warnung sein, wie ihre Vorschläge zur Entwicklung einer gesellschaftlichen Schockresistenz eine Inspiration.

Die darin erfolgende Geschichtsschreibung des Neoliberalismus bietet zentrale Thesen, Begriffe und anschauliche Beispiele, die verdeutlichen, dass Katastrophen grundlegende politische und wirtschaftliche Änderungen ermöglichen – entweder zum Vorteil oder zum Schaden weiter Teile der Bevölkerung und der Umwelt. Naomi Klein konzentriert sich dabei auf die Schocks, die genutzt wurden, um den sogenannten „freien Markt“ und den „Korporatismus“[1] im Laufe von drei Jahrzehnten in zahlreichen Staaten auf fünf Kontinenten zu etablieren. Damit widerspricht sie vehement dem Narrativ, „dass der Triumph des deregulierten Kapitalismus aus Freiheit geboren war, dass ungezügelte freie Märkte und Demokratie Hand in Hand gehen.“ Auf rund 700 Seiten beleuchtet sie, „wie Länder geschockt werden – durch Kriege, Terroranschläge, Staatsstreiche und Naturkatastrophen. Und wie sie dann wieder geschockt werden – durch Unternehmen und Politiker, die die Angst und Orientierungslosigkeit nach diesem ersten Schock ausnutzen, um eine wirtschaftliche Schocktherapie durchzusetzen. Und wie dann Menschen, die dieser Schockpolitik Widerstand zu leisten wagen, notfalls ein drittes Mal geschockt werden – mit Verhör durch die Polizei, durch Soldaten, im Gefängnis.“

Katastrophen: Chancen für Veränderung

Die Chancen für einen radikalen Wandel, die Katastrophen bieten, erkannte auch der neoliberale Wirtschaftswissenschaftler der berüchtigten Chicagoer Schule, Milton Friedman, bereits im Jahr 1962, wie Klein darstellt. In einer seiner berühmtesten Schriften, „Kapitalismus und Freiheit“, betonte er: „Nur eine Krise – eine tatsächlich oder empfundene – führt zu echtem Wandel. Wenn es zu einer solchen Krise kommt, hängt das weitere Vorgehen von den Ideen ab, die im Umlauf sind. Das ist meiner Ansicht nach unsere Hauptfunktion: Alternativen zur bestehenden Politik zu entwickeln, sie am Leben und verfügbar zu halten, bis das politisch Unmögliche politisch unvermeidlich wird“. In diesen Sätzen erkennt Naomi Klein die Schockdoktrin – „das strategische Kerndogma seiner Bewegung“. Die vorgeschlagene Alternative zur bestehenden Politik besteht für die Vertreter*innen des Neoliberalismus immer aus dem gleichen Plan, der nach katastrophalen Erschütterungen in kürzester Zeit greifbar zur Umsetzung bereit liegt: Deregulierung der Märkte, Kürzung der staatlichen Leistungen, Privatisierung staatlicher Aufgaben sowie öffentlicher Unternehmen, Abbau von Arbeitsrechten und Reduzierung der Umweltauflagen. Diese Konzepte der sogenannten freien Marktwirtschaft müssten jedoch laut Friedman schnell – innerhalb von sechs bis neun Monaten implementiert werden. In dieser Zeit der Desorientierung müssten möglichst viele Wirtschaftsreformen gleichzeitig umgesetzt werden. Dadurch entstehe das Gefühl, so Klein, „dass alles vergeblich ist, und die Bevölkerung gibt auf,“ „Schocks“ können also gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnungen aufbrechen, auflösen und Platz machen für einen Neustart.

„Blank is beautiful“

Die von Hybris strotzende Ansicht, eine Gesellschaft bzw. Menschen nach einem Schock neu formen zu können, vertrat auch der damalige Präsident der World Psychiatric Association, Dr. Ewen Cameron, dessen Arbeit in Kanada Klein in diesem Zusammenhang beispielhaft hervorhebt. In den 50er Jahren begann er am Allan Memorial Institute der McGill University ebenfalls eine Schocktherapie zu entwikkeln, die die Persönlichkeit seiner Patient*innen mit Elektroschocks, Drogen und sensorischer Deprivation demontieren sollte. Nach dem Zerbrechen ihrer Persönlichkeit spielte Cameron ihnen wochenlang Tonbandnachrichten vor, um sie nach seinen Vorstellungen neu zu schaffen – was ihm nicht gelang. Naomi Klein fasst die zu Grunde liegenden psychologischen wie makroökonomischen Vorstellung unter dem Begriff „blank is beautiful“ zusammen: „Während Cameron davon träumte, den menschlichen Geist zur Tabula rasa zurückzuführen, träumte Friedman davon, Gesellschaften zu ‚entprägen‘, sie in den Zustand gereinigten Kapitalismus zu führen, gereinigt von allen Störungen [...]. Und wie Cameron glaubte Friedman, die einzige Möglichkeit, diesen Zustand der Jungfräulichkeit zu erreichen, wenn die Wirtschaft stark verzerrt ist, bestünde darin, schmerzliche Schocks zu verabreichen“. Beide „Dr. Schocks“ gehen laut Naomi Klein davon aus, dass sie mit Schocks und mit Gewalt den status quo einer Person oder einer Gesellschaft zerstören und damit neu aufbauen können – ganz nach ihrem Gusto. Doch mit dem Wiederaufbau nach ihren Vorstellungen scheiterten beide.

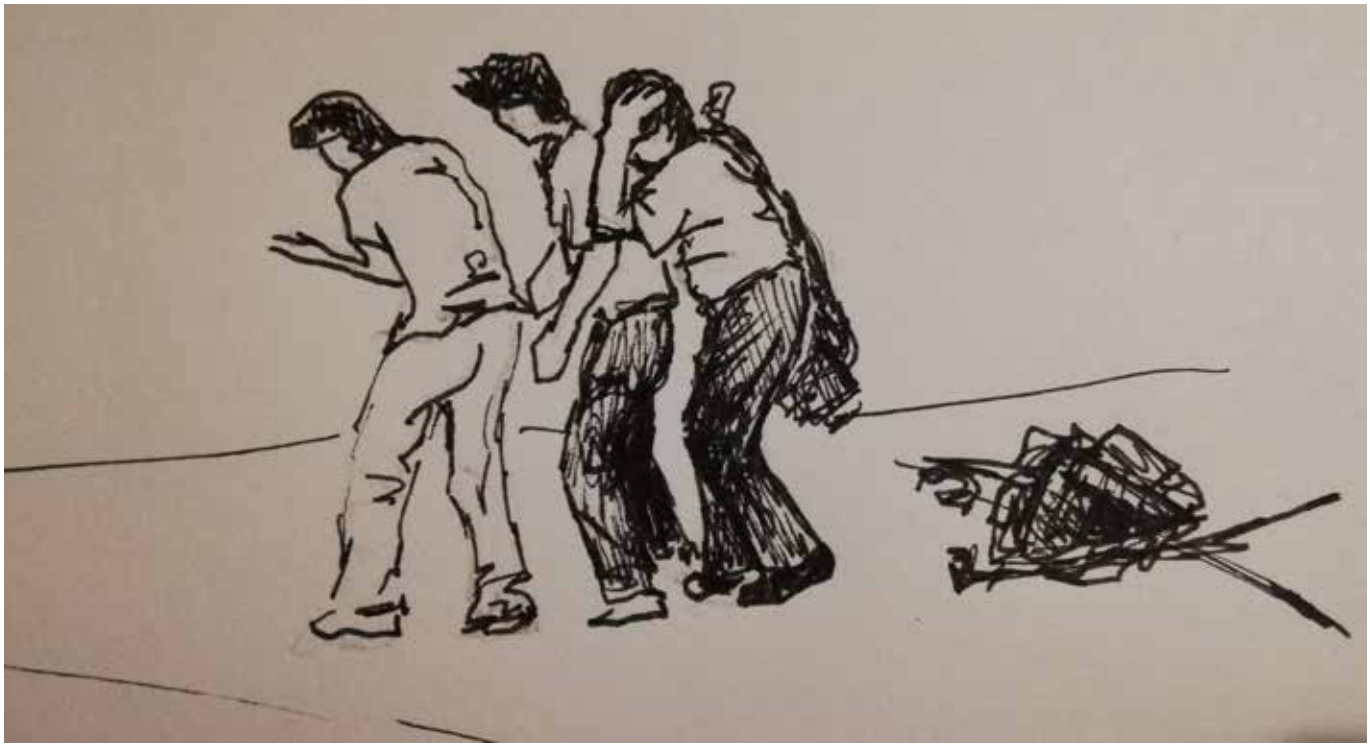
Auch das US-Militär entwickelte Interesse an Camerons sensorischer Deprivation und die CIA finanzierte bis 1961 seine Forschungen, die später eine zentrale Rolle im Kubark Counterintelligence Interrogation Handbuch, einem Folterhandbuch, spielen sollten. Dieses „Handbuch“ benutzte die CIA auch in ihren Ausbildungslehrgängen mit Geheimdiensten und Polizeiinstitutionen in zahlreichen Staaten weltweit. Die beschriebenen „modernen“ Foltermethoden, darauf weist Naomi Klein hin, kennen wir u.a. von den Bildern aus Guantanamo Bay oder dem Gefängnis Abu Ghraib im Irak.

Katastrophen-Kapitalismus

Zwei weitere wichtige Begriff, die Naomi Klein uns für die Analyse der Politik der Katastrophe in ihrem Buch an die Hand gibt, sind der Katastrophen-Kapitalismus und der Korporatismus. Wenn nach einem Schock (z.B. einer Naturkatastrophe, einem Militärputsch oder einem Krieg) der bereitliegende Plan zur wirtschaftlichen Schocktherapie angewandt wird, der laut Klein aus „Privatisierung, Deregulierung und Zerschlagung der Gewerkschaften“ besteht, profitieren zahlreiche Unternehmen und eine große Umverteilung setzt ein.

So werden in diesen Situationen oft Staatsunternehmen veräußert, wie Klein darstellt: Die Regierung unter Thatcher privatisierte nach der Operation Corporate (dem Falklandinselkrieg[2]) im Jahr 1982 und nach der Zerschlagung der Gewerkschaft der Kohlebergbauarbeiter*innen „zwischen 1984 und 1988 [...] unter anderen British Telecom, British Gas, British Airways, die British Airport Authority und British Steel und verkaufte ihre Anteile an British Petroleum“. Die Erdöl- und Erdgasunternehmen profitieren dabei nicht nur vom Ausverkauf staatlicher Anteile, sondern auch von der Lockerung der Umweltauflagen, die z.B. Teil der wirtschaftlichen Schocktherapie nach Hurrikan Katrina im Jahr 2005 waren, und von Kriegen und Konflikten, wie im Irak. Der Krieg gegen den Terror brachte neue Geschäftsfelder hervor, nach denen Großunternehmen immer suchen: darunter „Sicherheit“. Sowohl im US-amerikanischen Inland als auch in den Auslandseinsätzen des US-Militärs entstanden private Sicherheitsunternehmen, welche u.a. die Aufgaben von Polizei, Feuerwehr, aber auch des Militärs übernahmen. Der Wiederaufbau nach einer Umweltkatastrophe oder einem Krieg, wie im Irak z.B., bringt Aufträge in Milliardenhöhe, die oftmals an Unternehmen in den USA oder Europa gehen – dabei richten sie vielschichtigen Schaden an. Sie schaffen kaum Arbeitsperspektiven für Menschen vor Ort und die Liste an Beispielen von Unternehmen, die ihre Aufträge nicht richtig erfüllen konnten oder wollten, ist lang. Auch dadurch führte z.B. der Krieg und die anschließende Plünderung der irakischen Haushaltskassen , so Klein, zur „gefährlichen Zunahme des religiösen Fundamentalismus und der Konflikte zwischen den Religionsgruppen“.

Nach dem Tsunami über Sri Lanka im Jahr 2004 setzte die dortige Staatspräsidentin auf Druck „der Geldgeber Washingtons“ eine Task Force für den Wiederaufbau ein, die nicht aus demokratisch gewählten Regierungsvertreter*innen bestand, sondern aus „den mächtigsten Unternehmensführern des Landes, aus Finanzwirtschaft und Industrie“. Die Hälfte der zehn Mitglieder der Task Force kam aus der Hotelbranche, die ihre Chance witterte, die Fischer*innen von den Stränden zu vertreiben, um ihre Hotels dort zu platzieren. In ihrem innerhalb von zehn Tagen geschmiedeten Plan zum Wiederaufbau lenkte die Task Force „die Hilfsgelder um in den Bau von Autobahnen und industriellen Fischereihäfen, gegen die es vor der Katastrophe so massiven Widerstand gegeben hatte“. Ein sri-lankischer Landreformaktivist, Sarath Ferando,



betonte Klein gegenüber: „Wir sehen in dieser Wirtschaftsagenda eine größere Katastrophe als im Tsunami; deshalb haben wir schon früher so entschlossen diese Pläne bekämpft und sie bei der letzten Wahl abgeschmettert. [...] Aber jetzt, gerade eben drei Wochen nach dem Tsunami, legen sie uns denselben Plan wieder vor. Es ist offenkundig, dass das alles schon fertig in der Schublade lag."

Im Laufe der drei in dem Buch betrachteten Jahrzehnte wandelt sich die Beziehung von Großunternehmen und dem Staat. In Chile, dem ersten Versuchsfeld von Milton Friedmans Schocktherapie, entstand nach dem Militärputsch von Pinochet am 11. September 1973 eine neue Form von „Korporatismus": „Eine sich wechselseitig stützende Allianz von Polizeistaat und Großunternehmen, die mit vereinten Kräften und allen verfügbaren Mitteln gegen den dritten gesellschaftlichen Machtfaktor – die Arbeiter – Krieg führt und dabei ihren Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand kräftig erhöht." Nach fünfzehn Jahren Neoliberalismus in Chile stieg das Einkommen der reichsten 10 Prozent Chilen*innen um stolze 83 Prozent.

Zum Verständnis der Kosten, die hingegen die breite Bevölkerung für die mit Gewalt durchgesetzten Umverteilungen weltweit zahlt, zitiert Naomi Klein den argentinischen Schriftsteller Rodolfo Walsh: „Diese Ereignisse [des Verschwindenlassens und der Folter], die das Gewissen der zivilisierten Welt wachrütteln, sind jedoch nicht das größte dem argentinischen Volk zugefügte Leid und auch nicht die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen, die Sie begangen haben. Es ist die Wirtschaftspolitik ihrer Regierung, in der man nicht nur die Erklärung für die Verbrechen findet, sondern die auch eine noch größere Schandtat darstellt, da sie Millionen Menschen mit geplanten Elend bestraft."

Nach dem 11. September 2001 strebte der Korporatismus in den USA eine neue Form an: „die totale Verschmelzung der politischen und wirtschaftlichen Elite im Namen der Sicherheit". Großunternehmer*innen waren gleichzeitig Politiker*innen und konnten sich somit selbst Aufträge vergeben, wie es z.B. Dick Cheney und Donald Rumsfeld taten.

Plündern und Rauben unterm Deckmantel der Pandemie

Auch nach der Veröffentlichung ihres Buches beschäftigte sich Naomi Klein weiterhin mit dem Katastrophenkapitalismus und der Schockstrategie. Für sie zeichnet sich der momentane Raubzug des Korporatismus auf staatliche Gelder und neue Gewinnfelder in den USA derzeit in der Lobbykampagne von Tech-Unternehmen für einen „Screen New Deal" ab. Eric Schmidt, der ehemalige Google-CEO, wurde von New Yorks Governeur Andrew Cuomo zum Leiter der Kommission für die Post-Pandemie Neugestaltung der Stadt berufen. Für ihn und weitere Vertreter*innen der Tech-Unternehmen, so Klein, liegt die Lösung aller Probleme in der Entwicklung von Technologien und der Digitalisierung. In Zeiten der Pandemie, in denen z.B. Anuja Sonalker, CEO von Steer Tech, hervorhebt, dass Maschinen im Gegenzug zu Menschen keine Bio-Gefahr darstellen, preisen die Tech-Unternehmen verstärkt „Fernlernen, Telemedizin, 5G und fahrerlose

Fahrzeuge“[3] an. Die Forderung nach Digitalisierung und Automatisierung zur Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit ist nicht neu, doch diesen Forderungen schlug, so Klein, vor der Pandemie mehr Skepsis entgegen. Sollte der Screen New Deal durchgesetzt werden, lockt laut Klein keine rosige Zukunft für einen Großteil der Bevölkerung, sondern es droht eine „High-Tech-Dystopie“, in der das „geplante Elend“ hinter dem Bildschirm stattfindet: „Es ist eine Zukunft, die vorgibt, von ‚künstlicher Intelligenz‘ betrieben zu werden, aber in Wirklichkeit wird sie von zig Millionen anonymer Arbeiter*innen zusammengehalten, die unsichtbar in Lagerhäusern, Datenzentren, Webinhaltsprüfungsmühlen, elektronischen Sweatshops, Lithiumminen, Industriefarmen, Fleischverarbeitungsbetrieben und Gefängnissen ungeschützt Krankheiten und Überausbeutung ausgesetzt sind.“ Naomi Klein betont auch, dass „jede unserer Bewegungen, jedes unserer Worte, jede unserer Beziehungen durch eine beispiellose Zusammenarbeit zwischen Regierung und Tech-Giganten verfolgbar, nachvollziehbar und datenverwertbar“[4] wird.

Wenn wir diesbezüglich auf die BRD schauen, lassen Vorschläge wie die von Wirtschaftsminister Peter Altmaier aufhorchen, der zur Kostendeckung der Pandemie prüfen will, „ob Tafelsilber des Bundes zu Geld gemacht werden kann“[5], um Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Mit dem Tafelsilber sind staatliche „milliardenschwere Beteiligungen etwa an der Post und der Telekom“ gemeint und mit Zukunftsinvestitionen gelten mit Blick auf das „Zukunftsprogramm“ im Corona-Konjunkturpaket u.a. Investitionen in KI, Quantentechnologie, Smart Cities, Digitalisierung der staatlichen Verwaltung und Telebildung. Zukunftsinvestitionen sollen in private Technologieunternehmen und nicht in Lehrer*innen und Pflegepersonal oder ressourcenschonende Nachhaltigkeit gesteckt werden.

5-Punkte-Plan zur Schockresistenz

Es gibt auch gute Nachrichten: Zum einen betont Naomi Klein in ihrem letzten Kapitel der Schockstrategie, dass ein Schock ein temporärer Zustand sei, sich abnutze und Schockresistenz entwickelt werden kann. Zum zweiten entwarf sie im Jahr 2017 einen Fünf-Punkte-Plan6 gegen die Schockstrategie des damaligen US-Präsidenten Donald Trump. Obwohl der Plan auf den US-amerikanischen Kontext vor der Covid19-Pandemie ausgerichtet ist, bleibt er global wertvoll und aufschlussreich. Zunächst wichtig, laut Klein: zu wissen, was passieren wird! Bei der Betrachtung zurückliegender Katastrophen und Krisen zeige sich, dass wahrscheinlich ein Ausnahmezustand ausgerufen und Protest kriminalisiert wird. Wenn wir uns dessen

Naomi Kleins Fünf-Punkte-Plan. Quelle: IMI.

bewusst sind und damit rechnen, vermeiden wir es, in einen Schockzustand zu verfallen. An zweiter Stelle betont Klein, sei es wichtig, weiterhin auf die Straße zu gehen, massenhaft Ungehorsam zu leisten und Ausgangssperren nicht zu respektieren. Dies ist wie gesagt auf die Situation vor der Pandemie bezogen, doch ergibt sich damit für uns auch die Frage nach dem Umgang mit der Ausgangssperre. An dritter Stelle sei es wichtig, die Geschichte zu kennen, um aus ihr zu lernen und besser gewappnet zu sein. Viertens ruft Naomi Klein uns dazu auf, dem Geld zu folgen und zu analysieren, wer gerade profitiert und wer für die Krise zahlt. Zu guter Letzt sei es ratsam, ebenso einen Gegenentwurf zu entwickeln und parat zu haben, der sich, im Gegensatz zu dem neoliberalen Credo, gegen Militarismus, Klimawandel und deregulierte Märkte stellt und für ökonomische Gerechtigkeit, gegen Rassismus und Sexismus, für ein gerechtes und besseres Leben für alle und einen unversehrten Planeten einsteht.

Anmerkungen

1 Naomi Klein: Schockstrategie. Aufstieg des Katastrophenkapitalismus, Fischer Verlag, 2007.
2 Die Falklandinseln werden auf Spanisch als Islas Malvinas bezeichnet.
3 Naomi Klein: Screen New Deal, theintercept.com, 8.5.2020.
4 Ebd.
5 Vorschlag von Altmaier Tafelsilber für Corona-Schulden verkaufen?, tagesschau.de, 31.1.2021.
6 Naomi Klein: How to Resist Trump’s Shock Doctrine, theintercept.com, 13.6.2017.

Corona-Ausnahmezustand und „neue Normalität“

Auszüge aus einer Rede vom Oktober 2020

von Rolf Gössner

Anmerkung der Redaktion: Zu den grund- und verfassungsrechtlichen Folgen der Pandemie existieren unterschiedliche Einschätzungen, die freilich alle einen vorläufigen Charakter haben. Wir haben uns hier dafür entschieden, einen Auszug aus der Rede von Rolf Gössner anlässlich der Verleihung des Hans-Litten-Preises durch die vdj (Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V.)[1] abzudrucken, weil sie eine zugleich persönliche, knappe wie auch in die Zukunft gerichtete Analyse darstellt, in der wir uns sehr weitgehend wiederfinden. Der Preisträger hat den Text für uns nochmal ergänzt und aktualisiert.

[...] Wie bereits angekündigt möchte ich noch auf das Thema „Menschenrechte und Demokratie im Ausnahmezustand und in der sog. „neuen Normalität“ eingehen. Ich habe mich im Frühjahr 2020 sehr schwer getan, mich in diese Problematik einzumischen, Corona-Abwehrmaßnahmen bürgerrechtlich zu hinterfragen und öffentlich Kritik zu üben – und zwar wegen der durchaus realen Befürchtung, am Ende als „Corona-Verharmloser“ dazustehen, als unsolidarischer „Grundrechtsfreak“ oder verantwortungsloser Freiheitsapostel. Geht es doch bei Corona, wie es immer wieder heißt, um nicht weniger als um „Leben und Tod“. Der moralische Druck und die Angst waren jedenfalls immens und wurden von Regierungsseite und massenmedial regelrecht forciert. Und so kam es, dass die übergroße Mehrheit der Bevölkerung den Lockdown und die ergriffenen Abwehrmaßnahmen als „alternativlos“ akzeptierten, dass viele Menschen, Verbände und auch die parlamentarische Opposition, einschließlich Linke und Grüne, allzu lange den Regierungskurs weitgehend mitgetragen haben. Sie haben sich aus unterschiedlichen Gründen mit ihrer Kritik zurückgehalten und selbst mutmaßlich unverhältnismäßige Grundrechtseingriffe nicht oder nur zögerlich hinterfragt – trotz mitunter widersprüchlicher und willkürlicher Maßnahmen, trotz anfänglicher verfassungswidriger Aushebelung der Versammlungsfreiheit, trotz Gesetzesverschärfungen im Eiltempo und ohne Expertenanhörung, trotz weiterer Verschiebung des politischen Machtgefüges zugunsten der Exekutive, trotz weiterer Entmachtung des Parlaments.

(1) Angesichts solcher Zurückhaltung oder auch Konfliktscheu fühlte ich mich regelrecht gedrängt, mit meinen skeptischen Gedanken und zuspitzenden Thesen zum alptraumhaften Corona-Ausnahmezustand und zur „neuen Normalität“ dazu beizutragen, in dieser bedrückenden Zeit großer Unsicherheit bürgerrechtliche Orientierung zu bieten für eine offene, für eine kritische und kontroverse Debatte. Denn auch die gesellschaftliche Debatte hat – nicht zuletzt in den Medien – allzu lange unter Angst, Einseitigkeit und Konformitätsdruck gelitten, auch unter Diffamierung und Ausgrenzung. Diskussionskultur und Meinungsvielfalt haben in der Corona-Krise jedenfalls gehörig gelitten und sie leiden noch immer – auch wenn Zweifel, Kritik und Gegenstimmen längst lauter geworden sind, sich aber mitunter auch skurril bis gefährlich verirren.

Bei so viel immunschwächender, leicht manipulierbarer Angst und selten erlebter Eintracht waren und sind jedoch Skepsis und kritisch-konstruktives Hinterfragen vermeintlicher Gewissheiten und exekutiv-autoritärer Verordnungen, die unser aller Leben stark durchdringen, nicht nur angezeigt, sondern dringend geboten – ebenso wie die Überprüfung harter Grundrechtseingriffe auf Verhältnis- und Verfassungsmäßigkeit. Schließlich kennzeichnet das eine lebendige Demokratie – nicht nur in Schönwetterzeiten, sondern gerade in Zeiten großer Unsicherheit und Gefahren, die nicht nur aus einer, sondern aus unterschiedlichen Richtungen lauern, gerade in Zeiten, die nicht nur die Gegenwart, sondern in besonderem Maße auch unsere Zukunft schwer belasten. In solchen Zeiten sind vor allem auch demokratische Juristinnen und Juristen besonders gefordert.

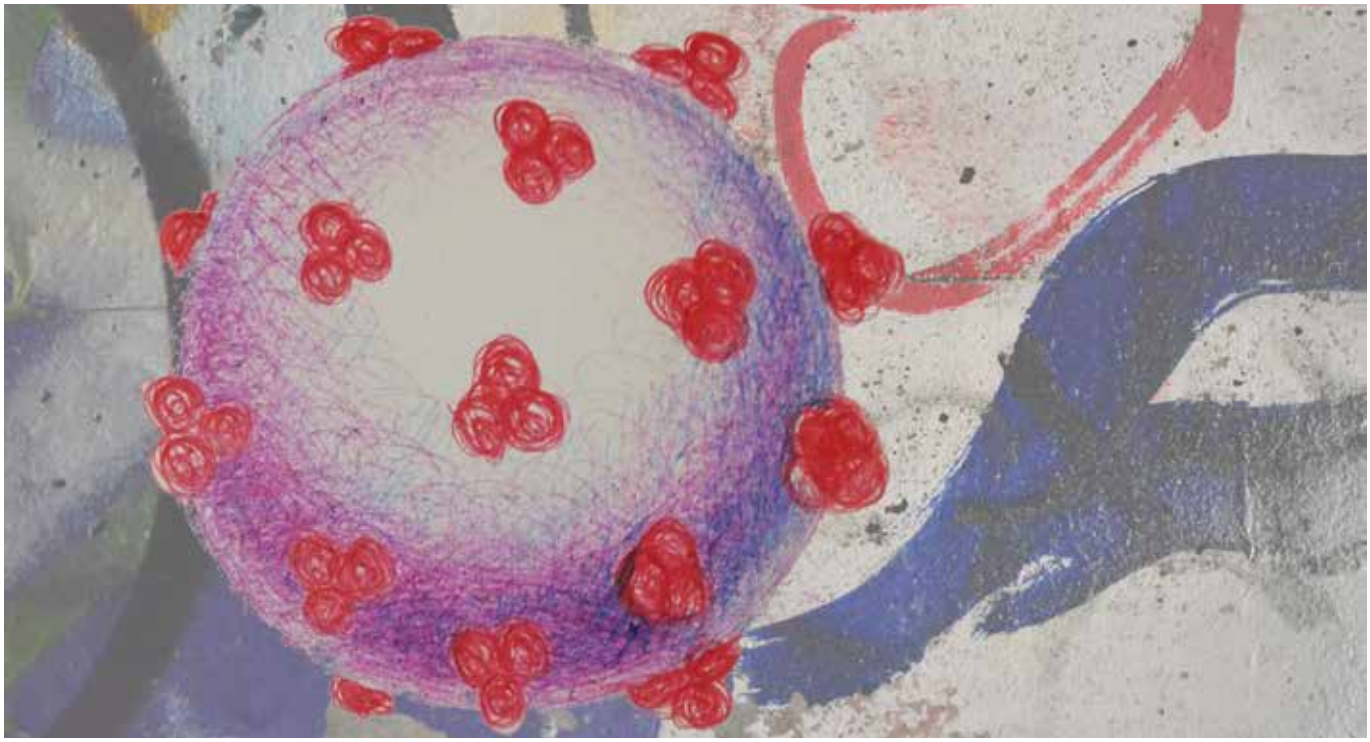
(2) Denn das Corona-Virus gefährdet ja nicht allein Gesundheit und Leben von Menschen, sondern schädigt auch elementare Grund- und Freiheitsrechte, Rechtsstaat und Demokratie – und zwar „dank“ jener gravierenden Corona-Abwehrmaßnahmen, die dem erklärten und wichtigen Ziel dienen sollen, das Gesundheitssystem vor dem Kollaps zu bewahren sowie Gesundheit und Leben zu schützen. Abwehrmaßnahmen, die jedoch gleichzeitig – wie noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik – tief in das alltägliche Leben aller Menschen eingreifen, die dabei schwerwiegende individuelle, familiäre, schulische, berufliche, gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Schäden und dramatische Langzeitfolgen verursachen, deren Ausmaß der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Gesellschaft und ihren Bewohner:innen noch lange schwer zu schaffen machen wird. Es war der Historiker René Schlott, der davor warnte, auf diese Weise die „offene Gesellschaft zu erwürgen, um sie zu retten“.

(3) Es ist hierzulande mit sinnvollen Schutzregeln zwar vieles richtig gemacht worden, aber leider auch manches falsch, zu wenig differenziert und nicht verhältnismäßig. Es gibt begründete Zweifel an der Angemessenheit mancher der panikartig und pauschal verhängten Lockdown-Maßnahmen auf ungesicherter Datengrundlage. Mit regionalem, lokalem und zielgruppenorientiertem, dennoch verantwortbarem Vorgehen hätten wohl viele Schäden, hätte viel persönliches Elend verhindert werden können.

Auch die Justiz, die anfänglich die exekutiven Freiheitsbeschränkungen kaum infrage stellte, hat mittlerweile in fünfzig und mehr Fällen staatliche Corona-Maßnahmen wegen Rechts- oder Verfassungswidrigkeit aufgehoben (inzwischen sind es mehr als hundert Fälle). Allein das müsste doch zu denken geben. Die Gerichte mahnen mit Blick auf die jeweils aktuelle Corona-Infektionslage – die im Übrigen ebenfalls differenzierter als bislang beurteilt werden müsste – immer häufiger eine differenziertere Betrachtung und Behandlung des Einzelfalls an. Das gilt auch für Zeiten erhöhter Infektionszahlen, wie wir sie gegenwärtig erleben. Ich denke dabei nur an die fragwürdigen neueren Beherbergungsverbote und Quarantäne-Auflagen für Reisende aus inländischen Risikogebieten.

(4) Bei all dem sollte doch Berücksichtigung finden, was zeitweise in Vergessenheit geraten ist: Auch soziale Verwerfungen und gesundheitliche Folgen, die durch die Restriktionen unseres täglichen Lebens verursacht werden, müssen in eine verfassungsrechtlich gebotene Abwägung zwischen Freiheitsrechten, Gesundheit und Leben einbezogen werden. Denn das Grundgesetz kennt kein „Supergrundrecht Gesundheit“, das alle anderen Grundrechte in den Schatten stellt, genauso wenig wie ein „Supergrundrecht Sicherheit“. Auch die (Über-)Lebenschancen (in) einer Gesellschaft, insbesondere auch für sozial benachteiligte Menschen und Gruppen, sind bei Rechtsgüterabwägungen angemessen zu berücksichtigen. Gesundheitsschutz und Freiheitsrechte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, Menschenleben nicht gegen Menschenrechte.

(5) Und noch ein Warnhinweis für die Zukunft: Der Ausnahmezustand im modernen Präventionsstaat, wie er sich hierzulande längst entwickelt hat, tendiert dazu, auch nach erfolgter Krisenbewältigung zum rechtlichen



Normalzustand zu mutieren; dies kann zu einer gefährlichen Beschleunigung des längst eingeschlagenen Kurses in Richtung eines präventiv-autoritären Sicherheits-, Kontroll- und Überwachungsstaats führen. Das hat sich nach 9/11 deutlich gezeigt. Deshalb ist schon jetzt höchste Wachsamkeit geboten, damit sich der neue gesundheitspolitische Ausnahmezustand nicht allmählich normalisiert – schließlich ist längst die Rede von „neuer Normalität“ auf unbestimmt lange Zeit; und es ist schon jetzt höchste Wachsamkeit geboten, damit die längst zu verzeichnende autoritäre Wende sich nicht verfestigt – mit einem paternalistischen Staat, einer restriktiven und überregulierten Gesellschaft sowie einem stark kontrollierten und verkrampften Alltag.

(6) Im Übrigen plädiere ich für die Einrichtung unabhängiger interdisziplinärer Kommissionen in Bund und Ländern. Deren Aufgabe sollte es sein, die Politik in der „Corona-Krise“ kritisch zu begleiten sowie Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit staatlicher Abwehrmaßnahmen und ihre sozialen, psychischen und wirtschaftlichen Folgen zu evaluieren. Aus den so gewonnenen Erkenntnissen ließen sich dann Lehren ziehen für eine differenziertere und damit verhältnismäßige Bewältigung der weiteren Corona-Entwicklung und künftiger Epidemien.

Doch es muss darüber hinaus auch darum gehen, Perspektiven für überfällige gesellschaftliche, gesundheitspolitische, sozioökonomische, ökologische und friedenspolitische Strukturveränderungen zu entwikkeln und umzusetzen – in Richtung Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Abrüstung und Frieden, kurz: für eine gerechtere und zukunftsfähige Gesellschaft.

Ja, es gäbe zu diesen hier nur angerissenen Problemkreisen noch so viel mehr zu sagen. Deshalb verweise ich mal auf eine soeben erschienene Broschüre mit dem Titel „Menschenrechte und Demokratie im Ausnahmezustand“, in der vieles dazu nachzulesen ist. Es ist die erweiterte und aktualisierte Langfassung meiner „Gedanken und Thesen zum Corona-Lockdown, zur ‚neuen Normalität’ und den Folgen“ – dankenswerterweise herausgegeben von der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen und erschienen im Verlag Ossietzky. Eine produktive Kooperation, für die ich mich sehr bedanke.

weitere Info

Die vollständige Rede kann hier nachgelesen werden: https://www.vdj.de/mitteilungen/nachrichten/nachricht/dankrede-des-preistraegers-dr-rolf-goessner/.

Auch der andere Schwerpunkt seiner Rede über Repression und rechte Unterwanderung insbesondere im und durch den sog. „Verfassungsschutz“ halten wir für empfehlenswert. Die angesprochene Broschüre „Menschenrechte und Demokratie im Ausnahmezustand“ kann hier bestellt werden: https://www.vdj.de/mitteilungen/nachrichten/nachricht/menschenrechte-und-demokratie-im-ausnahmezustand/.

Die Bundeswehr als Krisenakteur im Inland

Dammbrüche, Akzeptanzbeschaffung & der aktuelle Corona-Einsatz

von Martin Kirsch

Die Corona-Pandemie hat den gesamten Staatsapparat und weite Teile der Gesellschaft in einen Ausnahmezustand versetzt. Zu Beginn der staatlichen Maßnahmen im Februar und März 2020 hielt sich die Bundeswehr, die den großen Auftritt bei Krisen und Naturkatastrophen sonst so liebt, eher im Hintergrund. Bevor die Bundeswehr großflächig im Inland aktiv werden konnte, wurden die eigenen Strukturen pandemiefest gemacht und die Durchführung der Auslandseinsätze gesichert. Schon Ende März hatte Generalinspekteur Zorn klargestellt, dass die Durchführung des militärischen Kernauftrags der Bundeswehr absolute Priorität vor allen Hilfsmaßnahmen im zivilen Bereich habe. Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer verglich in diesem Kontext die staatliche Pandemiebekämpfung mit einem Marathon. Die Rolle der Bundeswehr in diesem Ausdauerrennen sei es, den Staffelstab erst dann zu übernehmen, wenn die zivilen Infrastrukturen überlastet seien.

Als Vorbereitung auf den bevorstehenden Marathon stellte die Bundeswehr zu April 2020 ein Einsatzkontingent mit 15.000 Soldat*innen für Hilfeleistungen im Inland auf. Mittlerweile sind 17.600 Soldat*innen im Inland aktiv.[1] Von der Aufstockung des Personals in den Gesundheitsämtern im Oktober über den Start der Impfkampagne Ende Dezember bis zur Ausweitung von Schnelltests in Alten- und Pflegeheimen im Januar 2021 ist die Bundeswehr seit Herbst 2020 bei allen von der Bundesregierung initiierten Kampagnen zur Eindämmung des Corona-Virus mit tausenden Soldat*innen beteiligt.

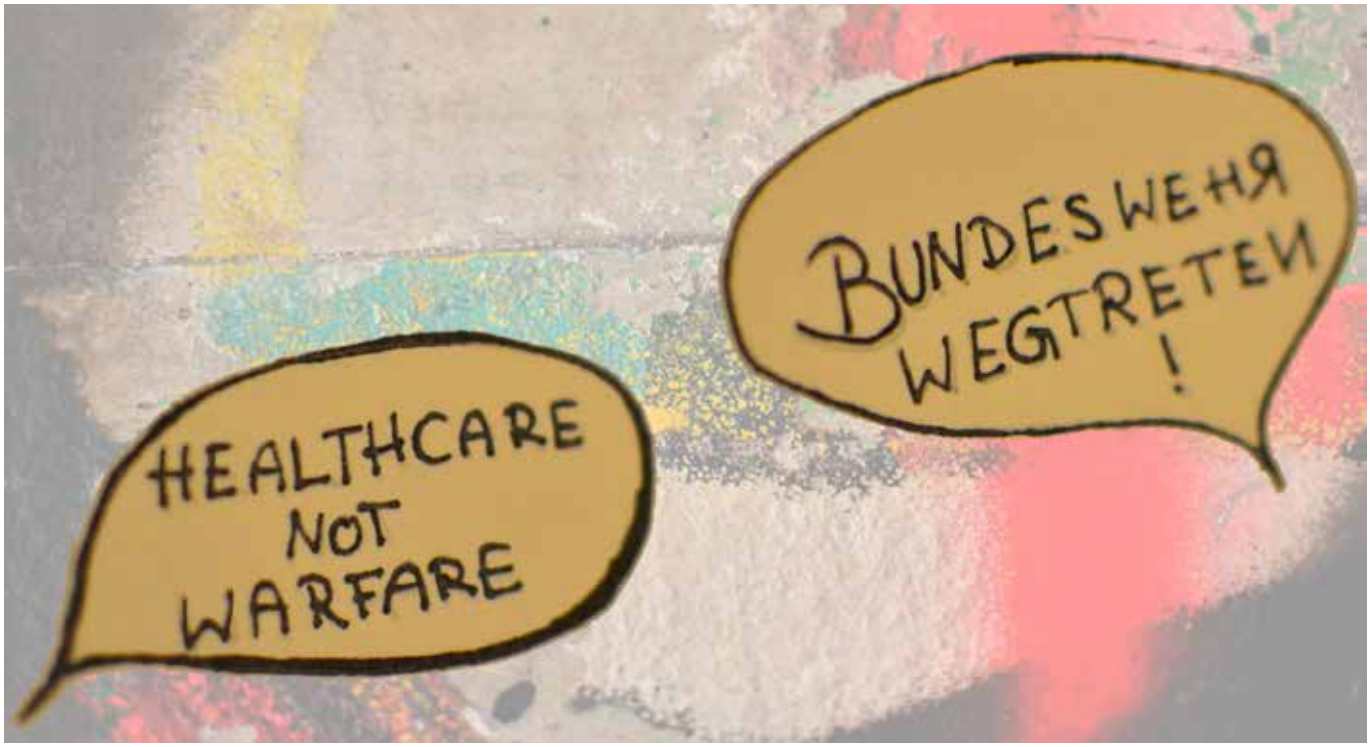
Katastropheneinsätze, Verfassungsfragen und Akzeptanzbeschaffung

Die Geschichte der Inlandseinsätze der Bundeswehr ist sowohl eine Geschichte der Rechtsbrüche und Rechtsbeugungen als auch eine Geschichte der Akzeptanzbeschaffung.

Das erste Mal rückte die Bundeswehr 1962 für einen Katastropheneinsatz im Inland aus. Durch eine Sturmflut kam es entlang der Nordseeküste und der Unterläufe von Weser und Elbe zu massiven Überschwemmungen. Entgegen der damaligen Verfassung, die Einsätze der Armee im Inland kategorisch ausschloss,[2] alarmierten die Behörden in Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen auch die Bundeswehr. Tausende Soldaten und hunderte Militärhubschrauber kamen zum Einsatz. Trotz des aktiven Verfassungsbruchs wird dieser Katastropheneinsatz im Nachhinein als glorreicher Moment in der Bundeswehrgeschichte gefeiert. Anfang der 1960er wurde die junge Bundeswehr in größeren Teilen der Bevölkerung als neue Wehrmacht gesehen und deshalb äußerst skeptisch beäugt. Der Hilfseinsatz der Streitkräfte führte dazu, dass auch in relevanten Teilen der zuvor skeptischen Bevölkerung die Akzeptanz für die Bundeswehr deutlich stieg. Im klaren Bewusstsein um die Bedeutung dieses Einsatzes dürfen Fernsehaufnahmen von damals, in denen der Verfassungsbruch mit keiner Silbe erwähnt wird, die Soldaten und die Bundeswehr aber für ihren heldenhaften Einsatz von der Bevölkerung gelobt werden, in einem Propagandafilmchen zum 65. Geburtstag der Bundeswehr nicht fehlen.[3]

Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 wurde der Verfassungsbruch von 1962 für künftige Fälle legalisiert. Gegen massiven Widerstand wurden mit dem Verteidigungsfall, dem Inneren Notstand und dem Katastrophenfall drei Szenarien für einen Inlandseinsatz im Grundgesetz verankert. Seit dieser Legalisierung von Bundeswehreinsätzen bei Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen hat sich die Aktivierung von Soldat*innen bei starkem Hochwasser, schweren Waldbränden, Stürmen, extremen Schneefällen und Kälteeinbrüchen in den folgenden Jahrzehnten zum Normalfall entwickelt.

Ein weiterer Einsatz, der im Nachhinein als wegweisend für die Akzeptanzbeschaffung bewertet wird,



ereignete sich 2002. Im Rahmen der sogenannten „Jahrhundertflut“ in Ostdeutschland wurden erneut zehntausende Soldat*innen mobilisiert, um Deiche zu sichern, Sandsäcke zu füllen und vom Wasser eingeschlossene Dörfer zu evakuieren. In diesem Fall war es die Bevölkerung der neuen Bundesländer, unter der eine Ablehnung der Bundeswehr als Armee des ehemaligen Feindes bis dahin verbreitet war. Auch hier führte die Sichtbarkeit der Bundeswehrsoldat*innen als praktische Hilfe in einer unmittelbaren Notsituation dazu, dass zuvor skeptische Bevölkerungsteile die Propagandafloskel von der “Armee der Einheit” für sich annahmen.

Seit Mitte der 2000er Jahre baut die Bundeswehr neue Strukturen der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit auf. Mit diesen neuen Strukturen der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit ging zudem eine Verschiebung der Rechtsgrundlage einher, mittels derer die Bundeswehr im Inland aktiviert wird.

Zuvor war es der Normalfall, dass ein*e Landrät*in oder ein*e Ministerpräsident*in bei entsprechenden Ereignissen öffentlichkeitswirksam den Katastrophenfall ausrief und dann die Bundeswehr alarmierte. Mittlerweile ist dieser Weg zur Ausnahme geworden. Noch unterhalb der Schwelle des Katastrophenfalls können mit Hilfe des Amtshilfeparagraphen im Grundgesetz (GG Art. 35 Abs. 1) alle staatlichen Institutionen zur gegenseitigen Hilfe aufgefordert werden – so auch (ohne Waffen und hoheitliche Befugnisse) die Bundeswehr. Über die gehäufte Nutzung dieses (Um)Weges sind die Anträge und die Einsätze der Bundeswehr im Inland kleinteiliger und häufiger geworden. Bestes Beispiel für diese Praxis ist die aktuelle Corona-Pandemie. Abgesehen von der temporären Ausrufung des Katastrophenfalls in Bayern ist dieses Mittel zur Aktivierung der Bundeswehr bisher ausgeblieben.

Corona-Einsatz der Bundeswehr

Der Corona-Einsatz der Bundeswehr hat bereits jetzt eine Dimension angenommen, die ihn für eine Erwähnung in der Reihe der historisch einschneidenden Inlands- und Katastropheneinsätze der Streitkräfte in der Bundesrepublik qualifiziert.

Dass die Bundeswehr auch die aktuelle Krise nutzen will, um sich im besten Licht zu präsentieren, wurde besonders im Frühjahr und Sommer 2020 deutlich. Die ersten Monate des Corona-Einsatzes wurden mit Hilfe einer Youtube-Serie propagandistisch aufbereitet.[4] Während die Bevölkerung weiterhin dazu aufgerufen war, zu Hause zu bleiben, Kontakte zu meiden und auf Reisen zu verzichten, wurden hohe Militärs nicht müde, den heldenhaften Einsatz der Bundeswehr gegen das Virus bei Presseterminen vor Ort zu präsentieren.

Mit Beschluss vom 03. Februar 2021 wurde das Einsatzkontingent erneut um 5.000 weitere Soldat*innen auf jetzt 25.000 aufgestockt.[5] Darin nicht enthalten sind Zivilangestellte der Bundeswehr, aktivierte Reservist*innen und alle aktiven Soldat*innen aus dem Bereich des Sanitätsdienstes. Bezieht man auch diese Bundeswehrangehörigen mit ein, steigt die Gesamtzahl je nach Rechnung auf bis zu 35.000.

Die Anzahl der mobilisierten Soldat*innen erreicht damit ein Level, das mit der „Jahrhundertflut“ von

2002 vergleichbar ist. Damals wurden über 46.000 Soldat*innen aktiviert.[6] Während es sich bei Inlandseinsätzen im Rahmen von Hochwasser, Waldbränden und extremen Schneefällen allerdings um räumlich klar begrenzte Ereignisse handelt, findet der aktuelle Corona-Einsatz bundesweit statt. So wurden Soldat*innen bis Ende Januar 2021 bereits in 331 der insgesamt 412 Landkreise in Deutschland für Amtshilfemaßnehmen in Bewegung gesetzt.[7]

Der bisher längste Inlandseinsatz der Bundeswehr zur Versorgung, Unterbringung und Verteilung von Geflüchteten und zur Unterstützung von Behörden zur Verarbeitung der anfallenden Daten und Anträge zog sich vom Sommer 2015 bis Sommer 2016 über ein knappes Jahr. Ausgehend von der offiziellen Aufstellung des Einsatzkontingentes Corona-Hilfe der Bundeswehr zum 01. April 2020 als Startpunkt wird dieser bisherige Höchstwert im Frühjahr 2021 höchstwahrscheinlich überschritten – zumal damit gerechnet werden kann, dass Soldat*innen mindestens bis Herbst 2021 in Gesundheitsämtern und Impfzentren aktiv bleiben werden. Die im Jahr 2020 bei der Bundeswehr gestellten Anträge auf Amtshilfe haben mit deutlich über 2.500 bereits einen historischen Spitzenwert erreicht. Weit über 90% dieser Anträge wiesen einen direkten Corona-Bezug auf. Vergleicht man diese Zahl mit den 249 Amtshilfeanträgen im Laufe des eher durchschnittlichen Jahres 2019, handelt es sich um eine Verzehnfachung. Setzt man als Vergleichsgröße das Jahr 2015 mit 866 Amtshilfeanträgen an, zeigt sich eine Verdreifachung des bisherigen Spitzenwertes. Bis Anfang Februar 2021 ist die Zahl der an die Bundeswehr gestellten Amtshilfeanträge mit Corona-Bezug bereits auf über 3.900 angestiegen.[8]

Rund 10% der 2020 an die Bundeswehr gestellten Amtshilfeanträge wurden abgelehnt und weitere gut 5% von den Antragssteller*innen zurückgezogen. Neben vielen Ablehnungen aufgrund fehlender Kapazitäten oder fehlenden Materials befinden sich darunter auch solche Anfragen, die aus rechtlichen Gründen durch das Verteidigungsministerium ausgeschlagen wurden. In Thüringen und Baden-Württemberg hofften die dortigen Behörden auf Unterstützung der Bundeswehr, um in Geflüchtetenunterkünften, die unter Kollektivquarantäne standen, Soldat*innen als bewaffneten Sicherheitsdienst einsetzen zu können. Weitere Anträge, die über den Rahmen der Verfassung deutlich hinausgingen, kamen aus Polizeipräsidien und dem Innenministerium in Baden-Württemberg. Dort wurden hunderte Soldat*innen beantragt, um die angeblich unterbesetzte Polizei bei der Durchsetzung der Corona-Maßnahmen im öffentlichen Raum zu unterstützen.[9]

Die Dreistigkeit des Landesinnenministers Strobl, solche Anfragen überhaupt zu stellen, zeigt den politischen Willen, jede Krise für einen Vorstoß zu nutzen, um den bewaffneten Inlandseinsatz der Bundeswehr zur Realität werden zu lassen. Eher unerwartet erwies sich die Bundeswehr selbst in der aktuellen Krise als bremsende Kraft, indem sie die entsprechenden Anfragen mit Verweis auf geltendes Recht ablehnte. Regelmäßige gemeinsame Übungen von Bundeswehr und Polizei für die Terrorabwehr im Inland weisen allerdings in eine andere Richtung.[10] Bereits jetzt – noch bevor des Ende der Pandemie absehbar ist – lässt sich feststellen, dass die Bundeswehr in einer bisher nicht bekannten Dimension bis in die kleinsten Verästelungen des staatlichen Gesundheitssystems vorgedrungen ist. Dabei könnte es sich um einen Vorgeschmack darauf handeln, wie das Gesundheitssystem durch die Pandemie zu einem Austragungsort der Sicherheitspolitik und der Großmachtkonkurrenz mutiert. Die aktuell als Hilfskräfte in Krankenhäuser und Gesundheitsämter abkommandierten Soldat*innen werden beizeiten abziehen, um sich wieder ihrem eigentlichen Job zu widmen. Währenddessen ist die Produktion von Schutzkleidung, Medikamenten und vor allem von Impfstoffen längst zur strategischen Ressource geworden, um die bereits mit harten Bandagen gekämpft wird.

Anmerkungen

1 Bundesministerium der Verteidigung: Einsatzkontingent „Hilfeleistung gegen Corona“ auf 25.000 Soldaten erhöht, bmvg.de, 3.2.2021.

2 NDR, Sturmflut 1962 - Die große Rettungsaktion, ndr.de, 9.1.2020.

3 Bundeswehr: 65 Jahre Bundeswehr - Die Doku, Teil 1/3, youtube.com, 16.11.2020.

4 Nina Ruprecht: Einsatz gegen Corona - Die neue Werbekampagne der Bundeswehr, IMI-Standpunkt 2020/020, imi-online.de, 3.6.2020.

5 BMVg, 3.2.2021.

6 BMVg: Hochwasserkatastrophe im August 2002, S. 34, September 2002.

7 Bundesministerium der Verteidigung: Regelmäßige Unterrichtung der Obleute des Verteidigungsausschusses über die Unterstützungsleistungen der Bundeswehr in der CORONA-Pandemie, S. 5, 1.2.2021.

8 BMVg, 3.2.2021.

9 Martin Kirsch: Die Bundeswehr und das Virus - Teil II: Mitte März bis Mitte Mai - Amtshilfe und Eiserne Reserve, in: Audsruck, Juni 2020, S. 38, imi-online.de.

10 Beispielhaft: Martin Kirsch: BWTEX: Anti-Terror-Übung “katastrophischen Ausmaßes”? - Normalisierung von Bundeswehreinsätzen im Inland, IMI-Analyse 2019/35, imi-online.de, 30.10.2019.

Coronaprofiteur Bundeswehr

von Tobias Pflüger

Die Bundeswehr versucht, auf mindestens zwei Arten von der Corona-Krise zu profitieren. Einmal ist da das Bestreben, sich Gelder aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung einzuverleiben. Und zum anderen sind da die Versuche, die Einsatzbefugnisse im Inland auszuweiten (siehe auch den Beitrag von Martin Kirsch). Der im Zuge der Pandemie unternommene Versuch, die Bundeswehr mit exekutiven Befugnissen im Inland einzusetzen, wäre eine eindeutige Überschreitung der sogenannten Amtshilfe. Und es gab ja mehrere Anläufe, u.a. von Innenminister Thomas Strobl in Baden-Württemberg, diese Linie bewusst zu übertreten. Was in diesem Kontext noch einmal spannend ist, ist das berühmt-berüchtigte Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 3. Juli 2012, bei dem mit 15 zu 1 Stimmen ein Bundeswehreinsatz im Inneren ermöglicht wurde. In dem Urteil hieß es: „Es ist sicherzustellen, dass die Streitkräfte niemals als innenpolitisches Machtinstrument eingesetzt werden. Abgesehen von dem extremen Ausnahmefall des Staatsnotstandes, in dem nur zur Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer als letztes Mittel auch Kampfeinsätze der Streitkräfte im Inland zulässig sind (Art. 87a Abs. 4 GG), bleibt die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit allein Aufgabe der Polizei."

Was wir gerade erleben ist, dass immer mehr an dieser Formulierung gesägt wird und es sich hier also durchaus auch um ein Austesten von Leuten wie Strobl und Co handelt, inwieweit sie hier eine Überschreitung hinbekommen. Das ist also ein Aspekt, bei dem die Bundeswehr von der Krise profitieren will – ein anderer ist eben der gesamte Finanzbereich.

Bundeswehr und Konjunkturpaket

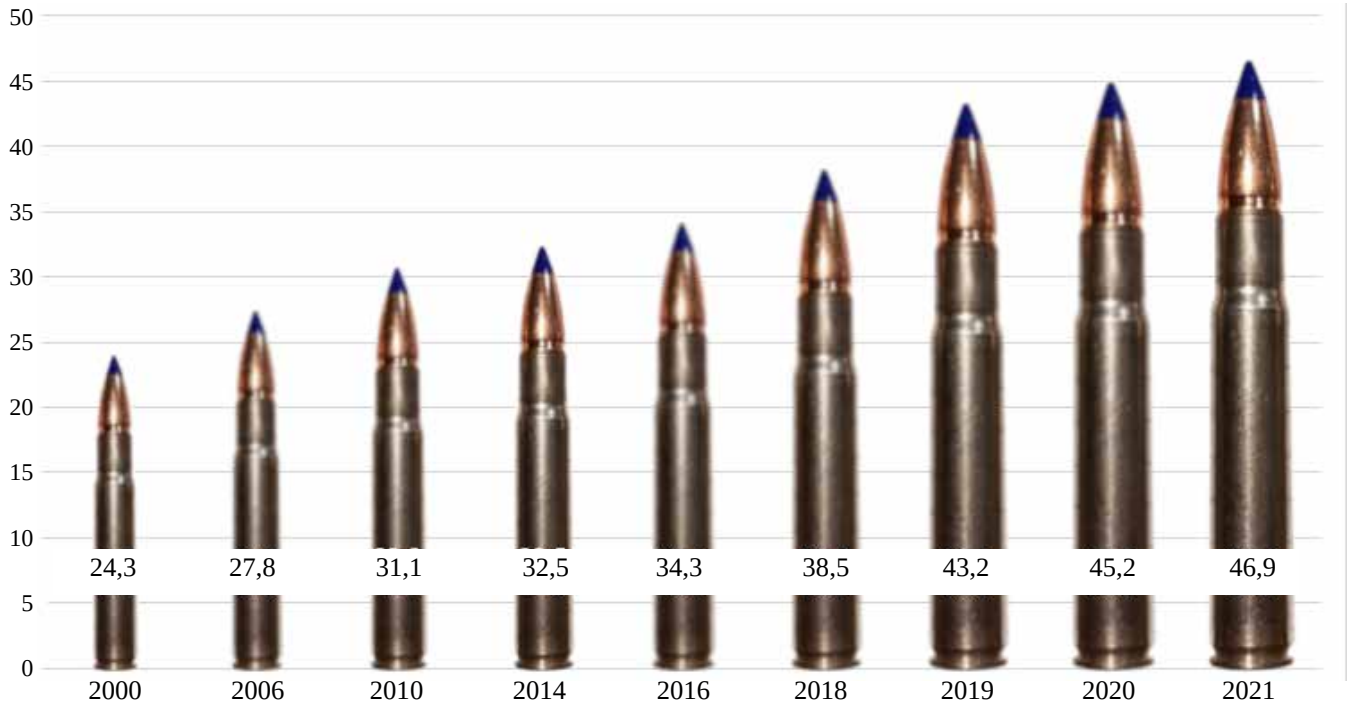
Interessant war, als das Corona-Konjunkturpaket vorgelegt wurde, dass sich darin auch ein Abschnitt fand, der konkret aussagte, es sollen in der Höhe eines Projektvolumens von 10 Mrd. Euro auch Rüstungsprojekte davon gefördert werden. Was das mit Corona zu tun hat und weshalb dies da drinsteht, ist, denke ich, offensichtlich: Die Situation soll genutzt werden. Wörtlich heißt es im Konjunkturpaket: „Der Bund wird in allen Bereichen prüfen, inwieweit geplante Aufträge und Investitionen jetzt vorgezogen werden können. Insbesondere sollen Digitalisierungsvorhaben in der Verwaltung, Sicherheitsprojekte sowie neue Rüstungsprojekte mit hohem deutschen Wertschöpfungsanteil, die noch in den Jahren 2020 und 2021 beginnen können, sofort umgesetzt werden. {Projektvolumen: 10 Mrd. Euro}". Übersetzt heißt das, man zieht insbesondere die Projekte vor, bei denen sich die entsprechenden Rüstungsfirmen innerhalb der Bundesrepublik befinden. In „Europäische Sicherheit & Technik" hieß es dazu: „Nach einer Übersicht des Bundesfinanzministeriums sollen Projekte der Bundeswehr mit 3,2 Mrd. Euro aus dem Konjunktur- und Zukunftspaket der Bundesregierung finanziert werden. Das Paket hatte die Bundesregierung im Juni 2020 beschlossen, um die heimische Wirtschaft bei der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie zu unterstützten. Mit einem Projektvolumen von 10 Mrd. Euro sollen in allen Bereichen geplante Aufträge und Investitionen vorgezogen werden, bei Rüstungsprojekten sollen solche ausgewählt werden, die einen hohen deutschen Wertschöpfungsanteil enthalten." Als es dann darum ging, welche Projekte nun sofort finanziert werden sollten, gab es eine 25-Millionen-Vorlage (Projekte, die diesen Betrag überschreiten, müssen vom Verteidigungs- und Haushaltsausschuss extra bewilligt werden). In dieser Vorlage ging es dann um die Neuanschaffung von Militär-LKWs, die nun plötzlich eine Corona-Maßnahme in Höhe von 800 Mio. Euro sind – also einem Viertel dieser 3,2 Mrd. Euro. Allein schon, dass diese LKWs darüber finanziert werden sollen, ist interessant, aber es wird noch besser: Als dann abgefragt wurde, was denn bereits finanziert worden sei, kam heraus, dass die größte bisherige Ausgabe mit 10,5 Mio. Euro im

Rüstungsbereich die Anschaffung von Pistolen-Patronen war. Neben den vorgezogenen Rüstungsprojekten finden sich im Corona-Paket zusätzlich auch noch 500 Mio. Euro für ein neues Cyberzentrum der Bundeswehr: „Die Fähigkeit zu souveränem Handeln im Cyber- und Informationsraum ist untrennbar mit digitaler Souveränität verbunden. Daher wollen wir ein Zentrum für Digitalisierungs- und Technologieforschung der Bundeswehr aufbauen, um die nationale Verfügbarkeit digitaler und technologischer Innovationen für öffentliche und private Bereiche zu verbessern und innovative und interdisziplinäre Forschung in einem sicheren Umfeld zu betreiben. (Finanzbedarf: 0,5 Mrd. Euro).“

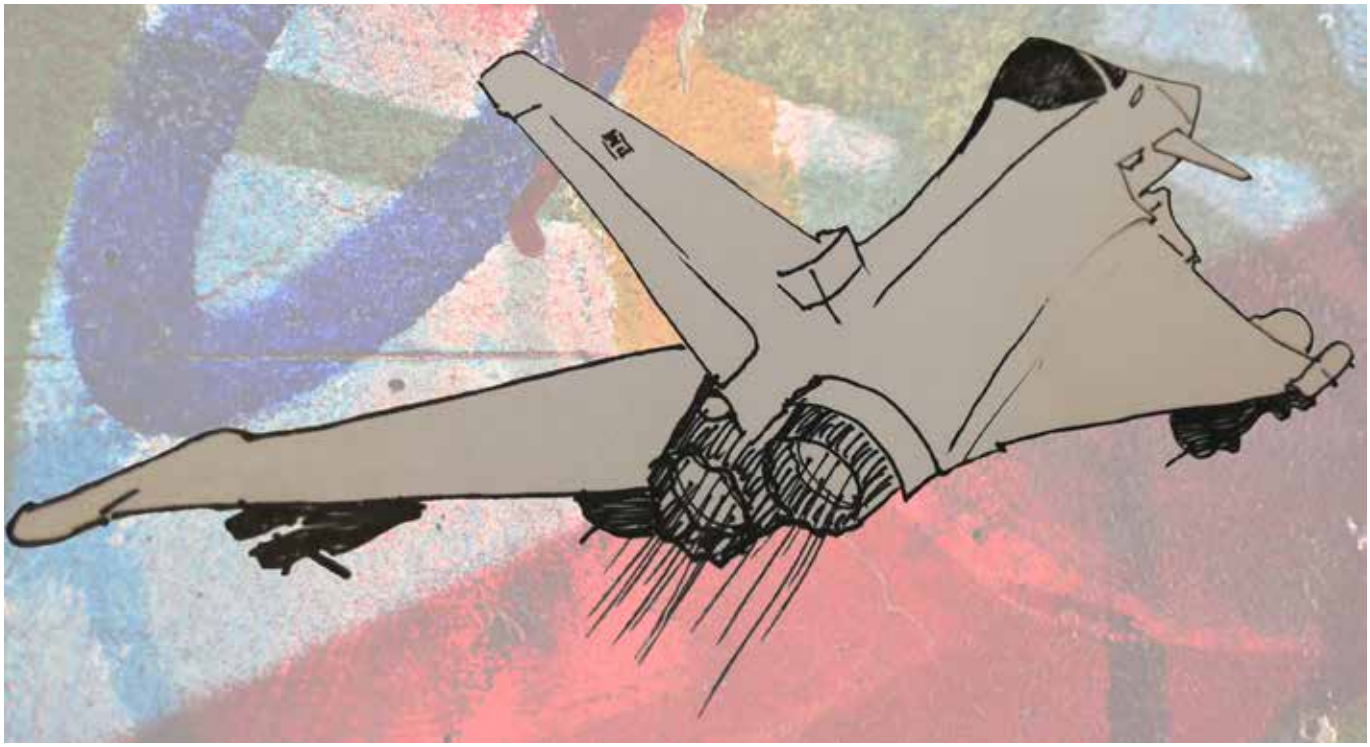
Insgesamt ist meine politische Bewertung die, dass gerade so etwas wie eine Umschichtung innerhalb der Rüstungsprojekte der Bundeswehr stattfindet, bei der insbesondere kleinere Vorhaben vorgezogen werden. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hatte ja im November 2020 eine Grundsatzrede gehalten, in der eine Formulierung enthalten war, über die inzwischen viele Rätseln, nämlich dass sie nicht mehr bereit wäre, die Großprojekte in der bisherigen Form weiter zu finanzieren: „Das führt mich zu einem zentralen Punkt: Ich werde einer Finanzierung von Großprojekten zu Lasten der Grundausstattung und der Mittel des täglichen Betriebs nicht zustimmen. [...] Neue Großprojekte, so attraktiv sie scheinen und so schön es wäre, die damit versprochenen Fähigkeiten zu haben, können nur dann realisiert werden, wenn dafür in der Finanzplanung zusätzliches Geld bereitgestellt wird – oder wenn andere Großprojekte dafür nicht realisiert werden.“ Der Hintergrund dieser Aussagen ist relativ einfach: Die Bundesregierung hat eine ganze Reihe 25-Mio-Vorlagen in den Verteidigungsausschuss eingebracht – insgesamt 30 Stück. Dazu gehören zum Beispiel: das Eurofighter-Kampfflugzeug (5,6 Mrd. Euro), die MKS-180-Fregatte (bzw. F-126: 2,8 Mrd.) oder auch das Transportflugzeug A400M (1,6 Mrd.). Das sind unglaubliche Summen, die in diesem Kontext durchgeschoben werden sollen – und es scheint der Versuch des Ministeriums zu sein, zusätzlich zu diesen Großprojekten sogenannte kleine Rüstungsprojekt nun über das Corona-Paket mitfinanziert zu bekommen.

Militärhaushalte auf Höhenflug

Insgesamt kann man davon ausgehen, dass das Konjunkturprogramm eine zusätzliche Finanzspritze für den Militärhaushalt darstellt. Und um hier einfach noch einmal den Zusammenhang herzustellen: Die Bundesregierung schlug für 2021 einen offiziellen Militärhaushalt von 45,6 Mrd. Euro vor (ohne NATO-Kriterien, die noch einmal höher liegen), plus 1,2 Mrd. Euro aus dem Corona-Paket (nach der letzten Bereinigungssitzung stieg der Gesamtbetrag sogar auf 46,93 Mrd. Euro). Dabei werden die Gelder aus dem Konjunkturpaket nicht etwa im Einzelplan 14 (Verteidigungshaushalt), sondern im Einzelplan 60 (Allgemeiner Haushalt) verbucht, also dort, wo sich in Zukunft auch der deutsche Anteil zum Europäischen Verteidigungsfonds finden lassen wird. Das sind gewaltige Steigerungen des Bundeswehrhaushaltes von offiziell 24,3 Mrd. Euro (2000) über 31,1 Mrd. Euro (2010) und 32,5 Mrd. (2014) bis hin zu den heutigen Summen. Dazu muss man wissen,



Rüstungshaushalt 2000-2021 in Milliardenbeträgen, inkl. Corona-Hilfen, Quelle: Eigene Darstellung.



dass insgesamt nicht nur die Bundesrepublik, sondern natürlich auch andere NATO-Staaten enorm aufrüsten und diese Situation nutzen, dass die Ausgaben in diesem Bereich nicht etwa heruntergefahren, sondern sogar erhöht werden. So stiegen die Militärausgaben der NATO-Staaten von 1031 Mrd. Dollar (2019) weiter auf 1092 Mrd. Dollar (2020) an (2015 waren es noch 895 Mrd. Dollar). Parallel dazu gibt es bei der Europäischen Union einzelne Bereiche, in denen jetzt de facto so etwas wie EU-Militärhaushalte installiert werden. Dazu gehört die Militärische Mobilität mit ca. 1,7 Mrd. Euro, der Europäische Verteidigungsfonds mit etwa 8 Mrd. Euro, die militärischen Weltraumprogramme mit ungefähr 15 Mrd. Euro und die sog. EU-Friedensfazilität mit ca. 5,5 Mrd. Euro. Politisch zusammengefasst geht es der Bundesregierung darum, die Corona-Pandemie zu nutzen, um die Militärausgaben noch weiter hochzufahren. Sie haben aber gerade ein spannendes Phänomen, von dem sie nicht so genau wissen, wie sie damit umgehen sollen: Bisher hieß es ja, sie müssten die NATO-Vorgabe einhalten, sich in Richtung eines Militärhaushaltes von 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu bewegen. Dadurch, dass das Bruttoinlandsprodukt aktuell coronabedingt logischerweise nach unten geht, ist es plötzlich aber so, dass der Anteil der Militärausgaben am BIP jetzt im Jahr 2020 auf 1,57 % gestiegen ist, nachdem es 2019 noch 1,36% gewesen waren. Ursprünglich hat die Bundesregierung gegenüber der NATO zugesagt, dass diese 1,5% „erst“ 2024 erreicht werden, aber das tat sie in der Annahme, das Bruttoinlandsprodukt würde weiter steigen. Jetzt haben aber die Regierungsfraktionen erklärt, das würde sie nicht daran hindern, die Rüstungsausgaben dennoch weiter anzuheben. Annegret Kramp-Karrenbauer hat deshalb erklärt, dass das 2%-Ziel in Zukunft nicht mehr ihre Größe sei, sondern dass man in Zukunft als Bundesrepublik Deutschland 10% der gesamten NATO-Fähigkeiten beisteuern soll: „Das Thema zwei Prozent ist zuerst einmal eine Chiffre, von der wir eben sehen, dass in einer Situation, in der das Bruttoinlandsprodukt zurückgeht, man eine höhere Prozentzahl erreichen kann, ohne dass es de facto mehr Geld für die Verteidigung gibt. [...] Konkret: Für das Jahr 2030 zehn Prozent der Fähigkeiten in der Nato, was im Umkehrschluss bedeutet, dass wir auch von 90 Prozent Fähigkeiten profitieren, die andere zur Verfügung stellen.“

Pandemiegewinner:
Bundeswehr und Rüstungsindustrie

Zusammengefasst soll Corona als Brandbeschleuniger für die Rüstungsausgaben genutzt werden. Sie können natürlich nicht erklären, was diese Pistolen oder diese LKWs, die nun aus dem Coronapaket finanziert werden, konkret mit der Pandemie zu tun haben, trotzdem werden sie nun darüber bezahlt – und das eben zusätzlich zu dem, was im Militärbereich ohnehin bereits finanziert wird. Die Bundeswehr und die Rüstungsindustrie als Pandemiegewinner, das ist besonders in einer Zeit, in der endlich mehr als offensichtlich geworden sein sollte, dass wir Gelder für ganz andere Dinge benötigen, ein Skandal!

(Tech)Geopolitik in der Pandemie

Mit Corona in die „Strategische Autonomie“

von Christoph Marischka

Frühe Annahmen und vorläufige Indizien

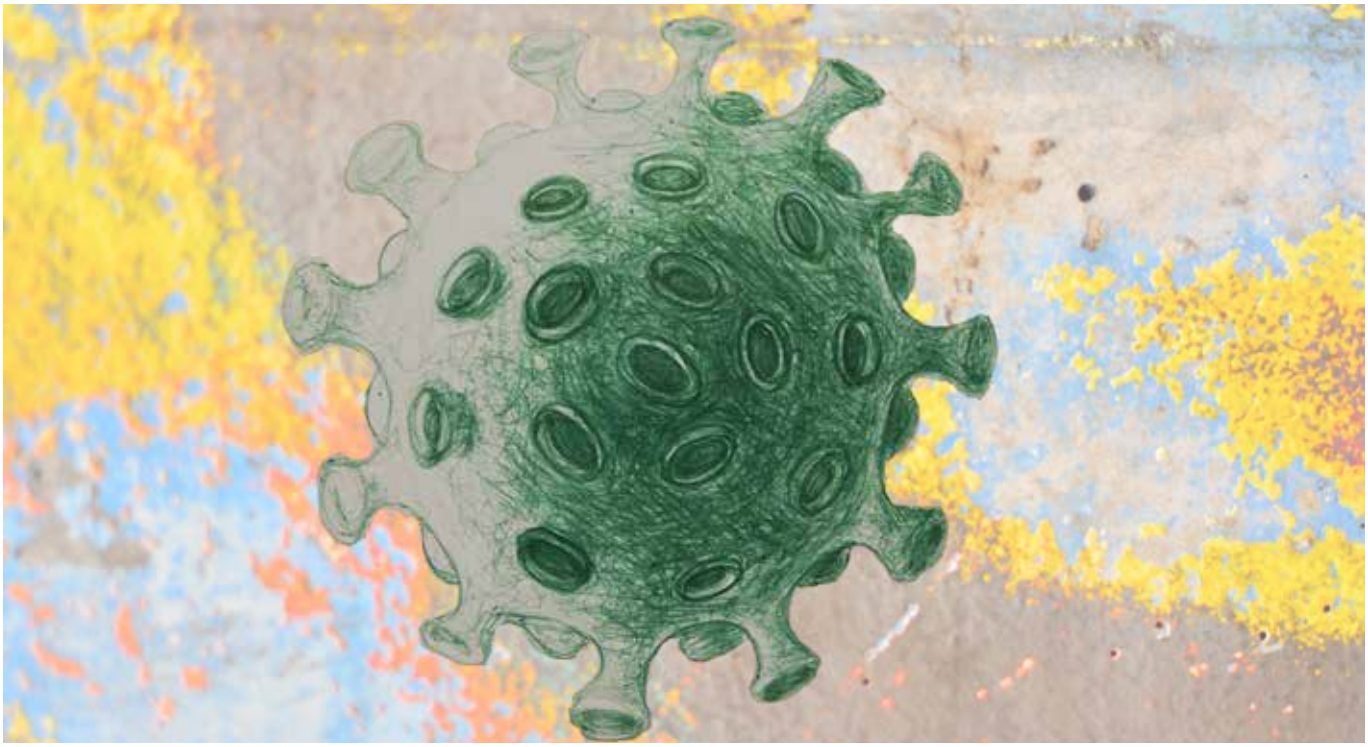
Zu Beginn der Pandemie hatten wir auch bei der IMI Vorstellungen von deren geopolitischen Folgen, die rückblickend etwas naiv oder vorschnell waren. Abzusehen waren aus unserer Sicht massive wirtschaftliche Einbrüche, die auch zu grundlegenden Verschiebungen im globalen Machtgefüge führen würden. Außerdem gingen wir u.a. davon aus, dass die Pandemie besonders schwere Folgen im Globalen Süden haben und dortige Konflikte eskalieren könnte, womit sie dann typischerweise auch zu Stellvertreterkonflikten werden, da sich die Großmächte unterschiedlich positionieren und einmischen. Auch wenn davon bislang nichts ausgeschlossen ist, weisen erste Indizien und auch aktuelle Diskurse in eine andere Richtung: Besonders betroffen ist der Globale Norden, Europa, Nord- und Südamerika, während Afrika und Südostasien eher glimpflich davongekommen sind. Zumindest in den ersten Monaten der Pandemie konnte man meinen, bei den bisherigen Großmächten und der EU durchaus auch eine gewisse Selbstbeschäftigung erkennen zu können, die ihre Präsenz auf der Weltbühne in Mitleidenschaft zog. Gleichzeitig mehrten sich Stimmen aus dem und über den afrikanischen Kontinent, die von einem verstärkten Selbstbewusstsein geprägt waren und hervorhoben, dass afrikanische Länder in der Pandemie ihre Unabhängigkeit von europäischer und internationaler Hilfe demonstrieren konnten. Auch die antizipierte massive internationale Wirtschaftskrise ist bislang ausgeblieben. Mitten in der Pandemie kletterte etwa der DAX Anfang Januar 2020 erstmals in seiner Geschichte über 14.000 Punkte und stabilisierte sich anschließend nur wenig unter diesem Wert. Von den Webseiten der großen (westlichen) Kapitalverbände wie dem World Economic Forum (WEF) oder Beratungsgesellschaften wie PricewaterhouseCoopers (PWC) schlägt einem ein geradezu bizarr anmutender Optimismus – fast schon eine Euphorie – angesichts der zu erwartenden Transformationen entgegen.

Nach aktuellem Stand scheint auch ökonomisch v.a. China gestärkt aus der Pandemie hervorzugehen. Der Aufstieg Chinas stellt allerdings sowohl als Trend wie auch als Diskurs weniger einen Bruch als eine Kontinuität zur Zeit vor Corona dar. Auch im geopolitischen Diskurs verstärkte sich zunächst die Tendenz, nur noch drei große, mächtige Blöcke – USA, China und die EU – wahrzunehmen, während der zwischenzeitlich viel beachtete Aufstieg anderer Schwellen- und Entwicklungsländer aktuell weniger Aufmerksamkeit erfährt. Wenn dies im Folgenden am Beispiel eines Papiers des Europäischen Instituts für Sicherheitsstudien (EUISS) dargestellt wird,[1] so muss dabei klar sein, dass es sich hier um eine explizit EU-europäische Sichtweise handelt, die vielleicht eher Ausdruck der bereits angesprochenen Selbstbeschäftigung ist, als eine zutreffende Analyse der globalen Machtverhältnisse.

Eurozentrische Szenarien

Die Studie des EUISS bzw. der Generaldirektion Auswärtige Angelegenheiten (DG EXPO) wurde im Auftrag des Europäischen Parlaments erstellt und untersucht – so auch der Titel – „die geopolitischen Implikationen der COVID-19-Pandemie“. Auch sie identifiziert zunächst fünf Trends, welche sich tendenziell durch die Pandemie beschleunigt hätten: Der Aufstieg Chinas, die Entfremdung zwischen den USA und der EU, die Zuspitzung der Konflikte mit Russland (u.a. durch dessen „Einmischung“ auf dem „westlichen Balkan“), die wachsende Instabilität in der „südlichen Nachbarschaft“ und ein qualitativer Niedergang der Demokratie. Auf dieser Grundlage entwarf die Studie vom September 2020 drei Szenarien.

Das Szenario einer **„strategischen Distanzierung“** ging von einer Wiederwahl Trumps aus, welche zu einer mehr oder weniger neutralen Positionierung der EU zwischen den USA und China führt. Dadurch friert die Eskalation zwischen einem geschwächten Russland



und der EU auf dem Niveau eines dauerhaften Informationskrieges ein. Russlands Einfluss in der „südlichen Nachbarschaft“ bzw. dem arabischen Osten geht zurück und der Iran implodiert, was als Chance gewertet wird. Die EU und China konkurrieren weitgehend friedlich um Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent.

Ein **„Europa in der Selbstisolation“**, so das zweite Szenario, scheint v.a. von einem latenten Kriegszustand zwischen den USA und China geprägt, auch weil Europa seinen Gestaltungsanspruch auf der Weltbühne weitgehend aufgegeben hat. Europa ist autark, grün und demokratisch. Global gesehen jedoch gehen auch wegen der europäischen Selbstisolation der Klimawandel und der Niedergang der Demokratie weiter – letzteres u.a., weil v.a. China und Russland durch die Lieferung repressiver Technologien die Regime in der „südlichen Nachbarschaft“ stabilisieren und dadurch an Einfluss gewinnen. Auch hier wurde von einer Wiederwahl Trumps ausgegangen.

Das Szenario **„Welt im Lockdown“** hingegen ging davon aus, dass in den USA Biden zum Präsidenten gewählt werde. Europa und die USA gründen gemeinsam mit allen „konsolidierten Demokratien“, nicht-staatlichen Akteuren und Unternehmen eine „Partnerschaft zur Verteidigung der Demokratie“ – was die Welt in zwei Teile spaltet. Die Rüstungsausgaben in der EU steigen stark, weil sie für die Eindämmung Russlands zuständig ist, während die USA sich mit China beschäftigen. Zwischen den beiden Blöcken findet kaum Kooperation, Handel und Informationsaustausch statt, beide konkurrieren aber dabei, den Klimawandel zu bekämpfen.

Tech-Geopolitik

Alle drei Szenarien gehen von einer technologischen und informationellen Blockbildung und einem damit verbundenen Umbau der Wertschöpfungsketten aus. Dies gilt natürlich auch für die Rüstungsindustrie. So geht etwa das Szenario der strategischen Distanzierung davon aus, dass die EU verteidigungsrelevante Rohstoffe zunehmend aus Grönland und Afrika statt aus China und Russland bezieht. Zugleich werden in strategischen Sektoren wie Künstlicher Intelligenz und Batterien durch Subventionen und Kreditprogramme umfangreich eigene Produktionskapazitäten und Zulieferketten aufgebaut. Besonders ausführlich werden in diesem Szenario der Informationskrieg mit Russland und seine technischen wie administrativen Voraussetzungen behandelt. So würden in der EU nur noch Plattformen zugelassen, die sich zur Entfernung von Fake News verpflichten. Über ganz Europa verteilt entstehen damit verbunden Zentren zur Überprüfung von Nachrichten mit insgesamt 50.000 Vollzeitstellen, was es ermöglicht, dass „bis 2025 geschätzte 95% aller Falschnachrichten innerhalb von fünf bis sieben Minuten“ nach ihrem Erscheinen bzw. dem Erreichen „europäischer Öffentlichkeiten“ entfernt werden.

Auch im Szenario der Selbstisolation verlässt sich Europa weitgehend auf eigene, geschlossene Wertschöpfungsketten und setzt bei der darüber hinaus notwendigen Versorgung mit Rohstoffen oder Vorprodukten v.a. auf geografische Nähe. Investitionen in den „Klimaschutz“ und erneuerbare Energien ermöglichen, dass die EU auch hinsichtlich der Energie zunehmend

autark wird. Technologie spielt in diesem Szenario auch eine Rolle bei der Stabilisierung undemokratischer Regime durch China und Russland durch die Bekämpfung bzw. Verunmöglichung von Protest: „... insbesondere bei der Anwendung Künstlicher Intelligenz und Big Data haben autoritäre Regierungen [mit Hilfe Chinas und Russlands] so große Fortschritte gemacht, dass Demokratie – erstmals seit 1999 – eine Minderheit im globalen Regierungssystem“ (DG EXPO, S. 49) darstellt.

Im Szenario des Lockdowns existieren zwei Blöcke mit in sich weitgehend geschlossenen Lieferketten. „Obwohl der Austausch von Menschen und Informationen [zwischen diesen] technisch immer noch möglich ist“, findet er de facto kaum noch statt. Dementsprechend nimmt auch die Intensität des Informationskrieges ab, da die Menschen fast nur noch Nachrichten aus „ihren“ jeweiligen Blöcken und von „ihren“ jeweiligen Staatsführungen konsumieren („Vielleicht war dies eine ‚natürliche‘ Reifung in einem Zeitalter des Überflusses an Informationen“, DG EXPO, S. 50). Nicht explizit ausgeführt, aber implizit angenommen wird hier, dass der wissenschaftliche und technologische Austausch weitgehend zum Erliegen kommt und Technologie fast völlig entkoppelten Entwicklungspfaden folgt. Auch die angenommenen großen Fortschritte bei der Bekämpfung des Klimawandels in diesem Szenario ergeben sich nicht aus Kooperation, sondern aus Wettbewerb, in dem „das Rennen um Klimaneutralität [carbon neutrality] zum Symbol für Fortschritt und systemische Überlegenheit wurde“ (DG EXPO, S. 50).

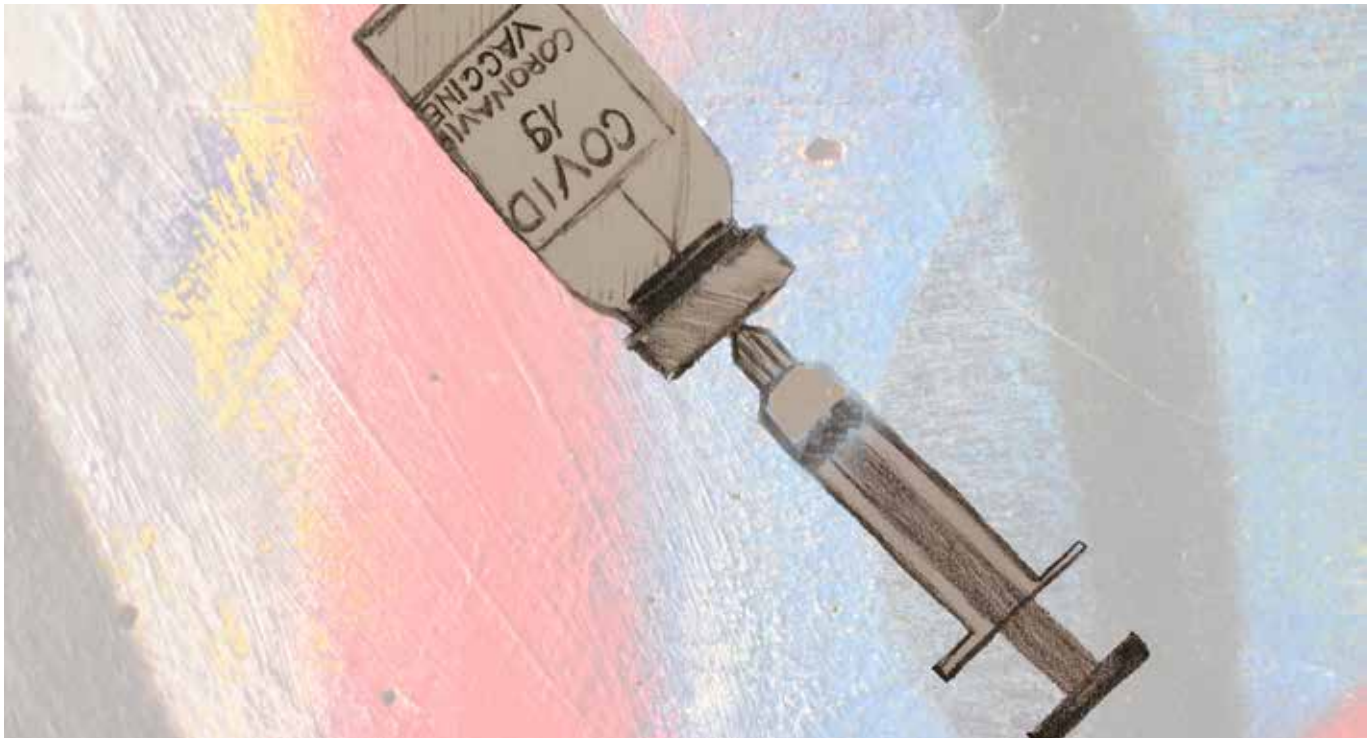
Ohnehin nimmt neben den Versorgungsketten und der Technologiepolitik die (damit verbundene) Energie- und Klimapolitik einen großen Raum in allen drei Szenarien ein. Sie erscheint geradezu als Gradmesser, der darüber bestimmt, als wie wünschenswert diese sich jeweils darstellen. So lautet ein zentraler Satz des Szenarios europäischer Selbstisolation: „Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels gehören zu den ersten Opfern einer Welt ohne Europa“ (DG EXPO, S. 49).

Strategische Autonomie

Allerdings handelt es sich bei den verschiedenen Bezugnahmen auf die Pandemie (auch) im vorgestellten Papier um Augenwischerei. Wie schon bei den einleitend identifizierten „Trends“ handelt es sich auch bei den vermeintlich aus den Szenarien abgeleiteten Imperativen um ohnehin dominante Diskurse und Strategien, die nun zusätzlich mit sich (vermeintlich) aus der Pandemie resultierenden Argumenten und mit den Corona-Konjunkturpaketen vorangetrieben werden.

So spielen die Versorgungs- und Wertschöpfungsketten, Technologie- und Klimapolitik unter dem Schlagwort der „Strategischen Autonomie“ bereits seit der Veröffentlichung der EU-Globalstrategie 2016 eine zentrale Rolle in der europäischen Politik.

Unter Strategischer Autonomie im engeren Sinne wird die Fähigkeit der EU verstanden, (notfalls) auch unilateral zu handeln, was im militärischen Sinne v.a. bedeutet, auch größere Konfrontationen ohne Unterstützung der USA und der NATO einzugehen. Konkret setzt dies etwa die Entwicklung einer europäischen Alternative zum von den USA kontrollierten GPS sowie Möglichkeiten zur globalen, militärisch gesicherten Weltraumkommunikation und weltraumgestützten Erdbeobachtung/Aufklärung voraus. Der damit angestrebte eigenständige „Zugang zum Weltraum“ beinhaltet wiederum eigene Trägersysteme, Weltraumbahnhöfe und Kapazitäten zur Überwachung und ggf. Verteidigung im Weltraum. Was hier für den Weltraum angedeutet wurde, gilt allerdings für die europäische Rüstungsindustrie insgesamt, die so umgebaut werden soll, dass sie „im gesamten Spektrum der Fähigkeiten“ von Kooperationen mit und Vorprodukten auch z.B. aus den USA unabhängig(er) wird. Es handelt sich dementsprechend um ein gewaltiges industriepolitisches Rüstungsprogramm. Die Strategische Autonomie bleibt aber v.a. im sog. „Cyber- und Informationsraum“ nicht auf den Rüstungsmarkt beschränkt. Im Zuge des 5G-Netzausbaus sind umfangreiche Bemühungen erkennbar, etwa chinesische Anbieter so weit wie möglich außen vor zu halten. Dies dient natürlich der Cyber-Defence in Erwartung eines sich zuspitzenden Konflikts mit China. Die Bemühungen um „digitale Souveränität“ und den Aufbau eines „europäischen Datenraumes“ sind, wie oben am Beispiel der Regulierung der Kommunikationsplattformen beschrieben, auch Teil des Informationskrieges. Der Europäische Cyber- und Informationsraum soll nicht nur gegen das Eindringen von Schadsoftware, sondern auch vor Informationen/Nachrichten, die den hier herrschenden Narrativen widersprechen, gewappnet sein. Mit der industriellen geht eine technologische und informationell-ideologische Blockbildung einher und wird relativ offen angestrebt. Auch die Maßnahmen zur „Bekämpfung des Klimawandels“ durch erneuerbare Energien und Kreislaufwirtschaft dienen auf europäischer Ebene zumindest in Teilen dem Ziel der strategischen Autonomie, der militärischen Handlungsfähigkeit und damit der Möglichkeit, Konflikte zwischen Großmächten einzugehen und zu eskalieren. Das allerdings dient ebenso wenig dem Schutz des Klimas, wie die umfassenden Rüstungsprogramme mit dem Ziel einer eigenen, unabhängigen Rüstungsindustrie. Festzuhalten ist, dass die nun im Zuge der Corona-Konjunkturpakete vorangetriebene Industrie- und Rüstungspolitik mit den Zielen



der strategischen Autonomie, der digitalen Souveränität und weiteren „Digitalisierung“, der Klimaneutralität und der Entwicklung „disruptiver Technologien“ ziemlich exakt jenen Zielvorstellungen entspricht, die bereits vor der Pandemie formuliert und umgesetzt wurden.

Impf-Geopolitik

Als bisher vermutlich eindeutigste Auswirkung der Pandemie auf die internationalen Beziehungen lassen sich allerdings die Lieferketten, Zulassungen und Distribution von Impfstoffen als neue Domäne der Geopolitik ausmachen. Hier deutet sich auch die – bislang eher ideologisch, als technologisch begründete – informationelle Blockbildung an. Vor der Zulassung hatte die EU-Kommission nur Lieferverträge mit Unternehmen abgeschlossen, die in der EU, Großbritannien und den USA ansässig sind. Nur diese Unternehmen wurden in größerem Maßstab finanziell unterstützt, obwohl sich Impfstoffe bspw. aus China und Indien bereits auf derselben Stufe der Erprobung befanden und für diese tw. bereits deutlich mehr Daten vorlagen. Zugelassen wurden in der EU bis Ende Januar ausschließlich drei Impfstoffe von jenen Unternehmen, mit denen Vorabverträge abgeschlossen worden waren (darunter zwei auf der Grundlage der neuen mRNA-Technologie), während Impfstoffe aus anderen Ländern – oft von öffentlichen Forschungseinrichtungen entwickelt und auf konventioneller(er) Technologie basierend – zu diesem Zeitpunkt bereits großflächig zur Anwendung kamen. Für die Wirksamkeit und/oder Nebenwirkungen der Impfstoffe aus China, Indien und Russland existiert im europäischen Informationsraum aktuell noch so gut wie keine Aufmerksamkeit. Sie erschöpft sich gerne in dem Hinweis, dass es sich um Notzulassungen handelt, bevor die klinischen Studien abgeschlossen wurden. Dies gilt allerdings vergleichbar für die in der EU zugelassenen und produzierten Vakzine. V.a. bei der Verteilung der Impfstoffe an Drittstaaten und den dabei ausgehandelten Bedingungen lassen sich bereits jetzt bestehende und neue Konstellationen erkennen und wird sich in Zukunft eine ausgeprägte Impf-Geopolitik herausbilden. Die zugrunde liegende Logik stellt auch die hier vorgestellte Studie des EUISS dar: „Nachdem verschiedene Staaten die Erprobung von Impfstoffen vorangetrieben haben, zeichnet sich bereits ab, dass der erste erfolgreiche [Impfstoff] den Einfluss desjenigen Staates vergrößern wird, der ihn finanziert hat. Dies könnte weitere Spannungen anheizen, aber auch als weiteres Mittel dienen, das eigene Standing in der Welt zu verbessern“ (DG EXPO, S. 36). Was die Verteilung von Impfstoffen an Drittstaaten angeht, haben zum Stand Januar 2020 zunächst Russland, China und Indien das Rennen gewonnen, während sich die EU-Kommission mit den finanziell umfassend geförderten privaten Herstellern um Liefermengen zankte.

Anmerkung

1 Policy Department for External Relations (DG EXPO): The geopolitical implications of the COVID-19 pandemic – Study requested by the AFET committee, europarl.europa.eu, 2020. Als Herausgeber fungiert die Generaldirektion Auswärtige Angelegenheiten (DG EXPO) des europäischen Parlaments, die Autor*innen stammen jedoch vom EUISS.

China gegen den Rest der Welt?

Zur Neuordnung der Weltpolitik

von Andreas Seifert

Auf den Niedergang des Westens als bestimmende Macht im weltweiten Kontext wurde auf IMI-Kongressen regelmäßig eingegangen. Dabei wurde auch konstatiert, dass dieses System sich immer wieder aufs Neue erstaunlich flexibel gezeigt hat, um die bestimmende Größe zu bleiben. Dabei wurde oft von Regelsetzungen und -verstößen berichtet, die mit der Adaptation an die neue Situation einhergingen. In der Wahrnehmung vieler hat es „der Westen" dabei bisher immer wieder geschafft, seine privilegierte Position – die Grundlage des Wohlstandes in Europa und den USA – von einer Phase in die nächste zu retten. Dass dabei das Wort „fair" weit gedehnt wurde, um einen Zustand zu rechtfertigen, dessen „Ungerechtigkeit" eigentlich augenfällig sein könnte, ist dabei mehr als nur eine sprachliche Figur.

Genau diese „Fairness" wird bemüht, wenn es darum geht, die Volksrepublik China (VR) zu beurteilen: Sie subventioniere ihre Wirtschaft über alle Maßen und sei zudem protektionistisch gegenüber allen anderen, die in China nur ihr gerechtes Geschäft betreiben wollen. Sie ignoriere die fundierten Ansprüche westlicher Lizenzinhaber und das geistige Eigentum generell. Stimmen aus diesem politischen Spektrum sind es dann auch, die eine vollständige Eindämmung chinesischer Einflüsse weltweit fordern – wenn es nicht anders geht, auch militärisch? Auf alle Fälle: Keine Chinesen bei „uns" (im europäischen Hinterhof Afrika, im US-amerikanischen Hinterhof Südamerika). In solchen Einflusszonen zu denken führt letztlich dazu, auch das Instrumentarium der Politikgestaltung dem anzupassen – Militärisches inbegriffen. Wenn also eine deutsche Verteidigungsministerin öffentlich darüber nachdenkt, zukünftig auch Schiffe durch den „Indo-Pazifik" fahren zu lassen, ist dies nicht als touristische Kreuzfahrt gemeint.

Geopolitik ist allerdings kein Spiel, zu dem man ohne Grund aufgefordert wird, und das chinesische Verhalten lässt sich in diese Richtung interpretieren. Auch die VR tendiert angesichts der internationalen Konkurrenz dazu, in „Einflusszonen" und „Verbündeten" zu denken und verstärkte seit Ausbruch der Pandemie genau diese Bemühungen.

Führerschaft des Westens?

Mit Donald Trump haben wir einen US-Präsidenten erlebt, dessen Rhetorik den bereits vorher zunehmend protektionistischen Politikstil der Vereinigten Staaten abschreckend nach außen getragen hat. Mit ihm hat die „westliche Führungsmacht" das hässliche Gesicht bekommen, das neoliberale Politik verdient, mit allen Folgen für die Legitimität einer solchen Weltordnung.

Die Stichwörter dazu sind „America First" und der „Deal". Den eigenen Vorteil fest im Blick wird mit dem Kantholz Politik betrieben, werden internationale Institutionen demontiert und andere Staaten und Ansprüche diffamiert. Mit dieser Politik wird auch Druck ausgeübt, sich für oder gegen einen als Rivalen empfundenen anderen Staat zu stellen – in diesem Fall gehört neben dem Iran, Russland und anderen auch China dazu.

Mit einem Präsidenten Biden wird sich voraussichtlich der Ton ändern, aber nichts Wesentliches in der Sache, insbesondere, wenn es um Fragen des weiteren Aufstiegs Chinas und der Ausrichtung der Weltwirtschaft geht. Bidens Slogan „Buy American" ist der deutliche Hinweis auf eine Kontinuität in der Politik generell wie auch gegenüber China. Und auch nun steht zu erwarten, dass die Rüstungsindustrie weiter gefördert und die Position der USA als Waffenexporteur ausgebaut wird. Biden wird vielleicht nicht zur alten militärischen Rolle der USA in ihrer Gänze zurückkehren, aber es ist absehbar, dass die NATO wieder an Gewicht gewinnt und militärisches Vorgehen eine andere Präsenz erhält. Der politikerfahrene Biden wird eher zu einer strukturierten Außen- und ggf. Geopolitik fähig sein. Kern der Politik gegenüber China wird auch unter seiner Präsidentschaft der gleiche sein: China bleibt ein strategischer Rivale – technologisch, wirtschaftlich und militärisch.

Problemfall China?

Unter Xi Jinping ist es der Volksrepublik China gelungen, sich zum Bewahrer einer positiv besetzten Globalisierung zu stilisieren, die gegenseitige Vorteile, freien, fairen und regelbasierten Handel verspricht, obwohl das wirtschaftspolitische Handeln der VR das genaue Gegenteil hiervon ist. Schon 2017 hat Xi bei seinem Auftritt beim Weltwirtschaftsforum in Davos Chinas neue Offenheit verkündet und die Bereitschaft, mit allen an einem Strang zu ziehen, um den Welthandel nicht mit Protektionismus zu behindern. Bestes Beispiel dafür ist die chinesische Seidenstraßen-Initiative, die sich anfangs (2013) wenig beachtet vom Westen zu einem gigantischen Projekt gemausert hat, das keineswegs auf eine Bahnlinie zwischen dem chinesischen Kernland und Europa zu reduzieren ist. Ein anderes gutes Beispiel ist das Mitte November 2020 besiegelte Freihandelsabkommen RCEP mit der ASEAN, Japan, Südkorea, Neuseeland und Australien. Damit ist ein gigantischer Wirtschaftsraum ohne Zollschranken entstanden. Fast ein Drittel der weltweiten Wirtschaftsleistung ist in dieser Freihandelszone vereint – ganz zu schweigen von dem „Markt“, den die Bevölkerung des Gebiets darstellt.

Die VR benötigt solche Abkommen, in denen sie die Regeln mitgestalten kann, um damit das eigene Ziel, bis 2035 größte Wirtschaftsmacht der Welt zu werden, realisieren zu können. Einige Kommentatoren sehen in dem Engagement für diese Form multilateraler Abkommen Anzeichen eines „Einlenkens“ der Führung in Beijing, den eigenen Markt wirklich zu öffnen und protektionistische Schranken abzubauen (kurz: sich dem regelbasierten Handel westlicher Prägung zu unterwerfen). Dies war nach den Versprechungen von 2015 ausgeblieben.

China hat viel geleistet und viel zu bieten. In den letzten zehn Jahren lag der Schwerpunkt des chinesischen Entwicklungsmodells auf der Schaffung einer zukunftsfähigen Basis, die das bis dahin gültige, vornehmlich auf Export basierende Entwicklungsmodell kritisch reflektierte und (un-)konkrete Schlüsse zog. Mithilfe räumlicher Neuordnung und umfangreicher Infrastruktur hat China weite Teile des eigenen Landes planmäßig erschlossen und Entwicklung auch in entlegeneren Gebieten ermöglicht. Durch eine konsequente Politik der Urbanisierung hat der Staat auch Gegenden entvölkert und damit kleine Naturreserven geschaffen, die an anderen Stellen aufgegeben wurden. Armut, vor allem im ländlichen Raum, gilt nun als überwunden. China versucht, eine an die Klimaerwärmung angepasste Wirtschaftsentwicklung zu leisten, tendiert aber auch dazu, schmutzige Industrien, die einstmals von westlichen Staaten dorthin verlagert wurden, ihrerseits in bisher weniger belastete eigene Regionen oder gleich in andere Länder umzusiedeln – Vietnam und Myanmar waren und sind hier beispielsweise Zielgebiete.

Die VR ist ein autokratisches System, dass konsequent das Wohlergehen des Han-chinesischen Mehrheitsvolkes im Blick hat und den Machterhalt der KPCh als Grundbedingung jeder weiteren Entwicklung begreift. Dissens wird innerhalb Chinas gnadenlos verfolgt und, so er von außen kommt, beflissentlich überhört oder abgestraft. China kann hier kein Vorbild sein!

Zum Geheimnis der erfolgreichen Generalstabs-

planung gehört dann eben auch, dass alles und jeder erfasst und digital kontrolliert wird. Die Botschaft lautet: Wer als Bürger den Ball flach hält, kann gut leben, wer sich äußert, lernt das Repressionssystem aus der Nähe kennen. Vermerke in Zentralen Registern wie der Steuerkartei können dazu führen, dass die Mobilität einzelner eingeschränkt wird, denn ohne ID-Karte kann man in China kein Bahn- oder Flugtikket kaufen oder Verkehrsmittel benutzten. Ein rigoros durchgesetztes Korporationsverbot verhindert jeden Zusammenschluss außerhalb der vorgegebenen, staatlich und parteilich kontrollierten Verbände, was vor allem bei der Durchsetzung von Arbeitsrechten ein Hemmnis darstellt. Noch vor 10 Jahren konnte man in China jeden Tag größere und kleinere Demonstrationen beobachten. Heute sind öffentliche Proteste nahezu zum Erliegen gekommen. Dabei sind die Chancen zur Teilhabe am Wohlstand extrem ungleich verteilt. So ist z.B. die strukturelle und systematische Benachteiligung von Minderheiten an der Tagesordnung. Ethnische oder religiöse Zusammenschlüsse werden von der Führung als potentiell gefährlich eingestuft und, wo nicht unmittelbar kontrollierbar, massiv unterdrückt.

Militärische Präsenz und militärische Drohgebärden gehören auch in der VR zum außenpolitischen Repertoire. Mit Waffenexporten schafft China die Basis für engere Bindungen zu anderen Ländern und gleichzeitig für Instabilität. Die VR nimmt für sich in Anspruch, eine Armee zu unterhalten, die der Größe des Landes angemessen ist. Und auch hier hat es eine weitreichende Planung gegeben, die eine Aufrüstung und Umwandlung der einstmals größten Armee der Welt zu Folge hatte. Die Armee wurde im Zuge dieser Entwicklung wesentlich modernisiert und verfügt heute über längst nicht mehr nur beschränkte Fähigkeiten zur Projektion militärischer Macht. Das schließt auch ein digitales Vorgehen mit ein. Mit Japan liefert man sich seit Jahren eine Aufrüstungsspirale und auch in Südostasien ist durch das Auftreten chinesischer Flottenverbände eine Rüstungsdynamik entstanden, die viel Energie bindet. Chinesische Truppen sind weltweit im Einsatz und halten die chinesische Fahne als Signal neuer militärischer Potenz hoch. Große Manöver zum Beispiel mit kirgisischen und russischen Truppen sind als Demonstration der Stärke gedacht.

Immer öfter wird das wirtschaftliche Engagement der VR von diplomatischen Initiativen begleitet, die auch sicherheitspolitische Komponenten beinhalten. Und wie der Westen zunehmend China als Bedrohung antizipiert, begreift auch die VR den ihr entgegengebrachten Widerstand als Bedrohung ihrer Interessen und Bürger im Ausland. Auch der chinesische Staat glaubt durch Schaffung von Spezialeinheiten den Schutz seiner Bürger im Ausland gewährleisten zu können. Entsprechende Einheiten befinden sich seit ca. 2005 im Aufbau. Wozu sie dann letztlich wirklich eingesetzt werden, steht ebenso in Frage, wie das Einsatzportfolio des deutschen KSK, das man ja einst ebenfalls zum Schutz der Bürger im Ausland aufstellte.

China ist dank seiner Truppen und seines wirtschaftlichen Aufstiegs machtbewusst geworden. Die Diplomatie reflektiert dies in Teilen schon: Der Begriff der Wolf-Warrior Diplomacy macht die Runde und meint einen bissigen chinesischen Diplomaten, der nicht mehr nur lächelt, sondern zurückschnappt.

Fazit

Eine Krisensituation wie die derzeitige Pandemie gibt der Exekutive Gelegenheit, zu beweisen, was sie kann. Sie bietet Raum, sich positiv (oder negativ) in Szene zu setzen. So zeitigt die Dysfunktionalität der US-Administration unter Donald Trump im Umgang mit der Pandemie eine weitere Verschlechterung des Images der USA in der Welt. Der Selbstbezug der EU-Mitgliedsländer und ihre zur Schau getragenen Egoismen werden außerhalb der EU ebenfalls nicht als Stärke und Vorteil wahrgenommen. Unter anderem ist hier die VR in eine Bresche gesprungen, die andere hinterlassen haben. Sei es nun, dass die VR großzügig medizinisches Material und Personal ausgesandt hat, um überall dort zu helfen, wo sich ein Bedarf abzeichnete, oder auch, dass sie Foren geboten hat, sich auszutauschen.

Die Pandemie hat zudem aufgezeigt, wie „verletzlich“ Globalisierung macht, wie wichtig Lieferketten und Ressourcensicherheit geworden sind: Pandemien können fatale Kettenreaktionen auslösen. Weltweit denkt man nun offen über Aspekte einer De-Globalisierung nach. In Deutschland und Europa will man wieder „Kapazitäten“ schaffen, die eine „Absicherung“ mit lebensnotwendigen Dingen ermöglichen. In den USA erhält die Spirale des Protektionismus einen weiteren Spin und auch in China denkt man in diese Richtung. Der neue Slogan aus Beijing lautet nun „Dualer Kreislauf“ und bezieht sich darauf, die Abhängigkeit von Importen abzumildern und einen „inneren“ Kreislauf von Waren und Technologien in China aufzubauen, der durch einen „externen“ auf Im- und Export aufbauenden Kreislauf gestützt und angetrieben wird. Und selbst wenn diese neue Idee noch etwas diffus vorgetragen wird, ist doch erkennbar, dass der gewachsene Binnenmarkt Chinas auch mit Produkten bespielt werden soll, die ihren Ursprung im besten Fall in der VR selbst haben: Buy Chinese.

Die vollständige Version dieses Textes findet sich als IMI Studie 2021/2 unter: imi-online.de.

Die Rohstoffe der Elektromobilität

Menschenrechtsverletzungen beim Abbau von Lithium und Bauxit

von Gertrud Falk, FIAN Deutschland

Die deutsche Bundesregierung reagiert in der Verkehrspolitik bisher sehr technisch auf die Klimakrise. Kanzlerin Merkel hat das Ziel formuliert: Bis 2030 sollen in Deutschland sieben bis zehn Millionen Elektroautos angemeldet sein und an einer Million Ladestationen Strom tanken können.[1] Die dafür nötigen metallischen Rohstoffe muss Deutschland allerdings importieren, da sie hier nicht oder nur in sehr geringen Mengen vorkommen. Zwei dieser Metalle sind Lithium und Bauxit. Lithium, weil es für die Herstellung von Akkus für den Antrieb der Elektrofahrzeuge benötigt wird. Bauxit, weil es der Grundstoff für das Leichtmetall Aluminium ist, das in den Fahrzeugen verbaut wird, um deren Gewicht möglichst gering zu halten.

Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung

Um das rohstoffarme Deutschland als Industriestandort zu sichern, hat die Bundesregierung 2010 eine Rohstoffstrategie beschlossen und sie 2019 überarbeitet.[2] Der Rohstoffhandel soll demnach im Wesentlichen den Märkten überlassen werden. Die Regierung will aber im Fall von Marktversagen und Handelsstreitigkeiten eingreifen, um Versorgungsengpässe zu vermeiden. Darüber hinaus will sie aktiv Zielkonflikte angehen, die sich aus ihren Verpflichtungen zum Klimaschutz und zur nachhaltigen Entwicklung ergeben. Sozial- und Umweltstandards sowie Menschenrechte in Lieferketten sollen beachtet werden. Laut dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) waren 2018 wertmäßig 16 Prozent aller deutschen Importe Rohstoffe.

Zur Umsetzung der Strategie hat die Regierung Institutionen und Finanzinstrumente geschaffen. Die 2010 gegründete Deutsche Rohstoffagentur (DERA) soll Informationen für die Industrie aufbereiten und diese beraten. Über Garantien für Ungebundene Finanzkredite (UFK-Garantien) sollen Investitionen in Minen außerhalb Deutschlands erleichtert werden. Die Bedingung dafür ist, dass zumindest ein Teil der abgebauten Rohstoffe nach Deutschland exportiert wird.

Lithium – das „weiße Gold“

Aufgrund ihrer Leistung haben sich Lithium-Ionen-Akkus als wiederaufladbare Batterien für elektronische Geräte und Fahrzeuge durchgesetzt. Der Lithium-Anteil in Akkus von Elektroautos beträgt etwa 72 Gramm je Kilogramm Akkuzelle.[3] Solche Autobatterien wiegen mehrere hundert Kilogramm und enthalten durchschnittlich etwa 3 kg Lithium. Lithium ist zwar schon vor dem Anschub der Elektromobilität in Akkus verbaut worden. Sein Verbrauch hat sich aber durch die Förderung von Elektrofahrzeugen sprunghaft erhöht. Das Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) prognostiziert bis 2050 einen globalen Bedarf von 14 bis 20 Mio. Tonnen. Die Preise für Lithium sind entsprechend auf ein Vielfaches angestiegen. Investoren nennen den weißen Rohstoff daher das „weiße Gold“. Lithium wird vor allem im Dreiländereck Argentinien – Bolivien – Chile gewonnen. In Chile liegen 40 Prozent in den unterirdischen Salzseen der Atacama-Wüste, bis zu 450 Meter tief im Boden. Die Wüste ist eine der trockensten Regionen der Erde. Zum Abbau werden das lithiumhaltige Salzwasser und Grundwasser an die Oberfläche gepumpt und gemischt. Durch die extreme Hitze verdunstet das Wasser. Übrig bleiben Salze, die rund 6% Lithium enthalten. Den Abbau teilen sich das chilenische Unternehmen SQM und der US-amerikanische Konzern Albemarle auf. Manche dieser Anlagen verbrauchen jährlich zehn Milliarden Liter Wasser, so viel wie die gesamte Stadt Köln in 45 Tagen. In der Region werden weitere Anlagen gebaut. Sie erstrecken sich zusammengenommen auf eine Fläche, die so groß wie Hessen ist. Laut der Bergbau-Kommission der chilenischen Regierung wurde der Atacama-Wüste von 2002 bis 2015 viermal mehr Wasser entzogen, als die Natur wieder auffüllt.

Diese Wasserausbeutung zerstört den Lebensraum der indigenen Kolla. Sie haben ihre Lebensweise über Jahrhunderte an diese Wüste angepasst. Doch seit dort Lithium abgebaut wird, versiegen ihre Grundwasserressourcen.

Ihnen wird die Lebensgrundlage im wahrsten Sinn des Wortes abgepumpt. Denn ganz ohne Wasser können auch sie in der Wüste nicht überleben. Doch sie haben wenig gegen die Bergbauunternehmen in der Hand. Denn in Chile ist Wasser zu 100 Prozent privatisiert. Der Staat reguliert den Wasserverbrauch der Konzerne nicht und verletzt damit seine Pflicht, das Menschenrecht auf Wasser der Kolla zu schützen.

Bauxit – Leichtmetall mit schwerwiegenden Folgen

Das Aluminiumerz Bauxit ist nicht nur für die Herstellung von Verpackungen gefragt, sondern auch in der Mobilitätsbranche. Denn Aluminium ist ein Leichtmetall und je leichter die Fahrzeuge, desto weiter kommen sie mit einer Stromladung. Die Autohersteller sind auf Importe des roten Minerals angewiesen. 2018 bezog Deutschland 90% des Bauxits aus dem westafrikanischen Guinea, wo mehrere internationale Bergbaukonzerne Tagebau betreiben. Menschenrechtlich ist das eine fragwürdige Politik. Denn im Forschungsbericht „Die Achtung von Menschenrechten entlang globaler Wertschöpfungsketten“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ist Guinea als Land mit „höchsten menschenrechtlichen Herausforderungen“ eingruppiert.

Ausdruck dieser menschenrechtlichen Bedenken ist auch die Sangaredi-Mine in der Region Boké, die seit 1973 vom Unternehmen Compagnie des bauxites de Guinée (CBG) betrieben wird. CBG gehört zu 49 Prozent dem guineischen Staat, zu 51 Prozent dem Unternehmenskonsortium Halco Mining, das wiederum zu 10 Prozent dem Bergbaukonzern Dadco gehört, der die einzige Aluminiumschmelze Deutschlands in Stade betreibt. Die Mine erstreckt sich über 579 km2 und ist fast anderthalbmal so groß wie die Fläche Kölns (405 km2). 13 Dörfer liegen in der Nähe der Mine. Sie gräbt ihnen das Wasser ab. Während Bewohner*innen berichten, dass sie früher ausreichenden Zugang zu sauberem Wasser aus Flüssen und Quellen hatten, seien diese inzwischen durch die Mine versiegt oder verschmutzt. Sie wurden dafür nicht entschädigt. Der guineische Staat greift nicht ein. Importländer wie Deutschland verschließen nicht nur die Augen vor dieser anhaltenden Verletzung des Menschenrechts auf Wasser, sondern fördern sie auch noch mit Krediten und Kreditgarantien.

Vertreibung mit deutscher Unterstützung

2014 hat CBG die Erweiterung der Sangaredi-Mine beschlossen und dafür bei Entwicklungs- und privaten Banken Kredite eingeworben. Die Mine soll ihre Produktion von 15 Mio. Tonnen im Jahr 2015 auf 28 Mio. jährlich knapp verdoppeln.[4] Dazu muss nicht nur weiteres Land abgegraben, sondern auch die begleitende Infrastruktur wie Straßen, Schienen und der Exporthafen ausgebaut werden. Das Unternehmen hat die Kosten dafür auf 752 Mio. US-Dollar kalkuliert und sogar 834 Mio. dafür eingeworben. Ein Bankenkonsortium hat das Geld zur Verfügung gestellt. Darunter die Weltbank-Tochter International Financial Corporation (IFC) 200 Mio. und die US-amerikanische Entwicklungsbank OPIC 150 Mio. US-Dollar. Auch die deutsche ING Diba hat 293 Mio. US-Dollar (ca. 250 Mio. Euro) beigesteuert. Weil es unsicher ist, ob CBG die Summe tatsächlich zurückzahlen kann, hat das deutsche Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) diesen Kredit mit einer Ungebundenen Finanzkredit-Garantie (UFK-Garantie) versichert. Und das, obwohl die bedenkliche Menschenrechtslage in Guinea und im Umfeld der Mine kein Geheiminis war. Denn vor der Entscheidung über die Kreditvergabe hat die IFC ein Gutachten über Nutzen und Risiken der Erweiterung erstellen lassen. Ergebnis: Das Projekt werde das Ökosystem und die Wasserressourcen schädigen und negative Folgen für die örtlichen Gemeinden haben, die irreversibel sein können.[5] Vor Beginn der Erweiterung war klar, dass Dörfer dafür umgesiedelt werden müssen. Die IFC hat CBG zwar soziale und Umweltschutzauflagen für die Erweiterung gemacht, aber die wurden nicht eingehalten.

2019 haben schließlich 540 Vertreter*innen der betroffenen 13 Gemeinden mit Unterstützung einer US-amerikanischen und zwei guineischer Nichtregie-

rungsorganisationen eine Beschwerde bei der Weltbank eingereicht. Das Mediationsverfahren sollte eigentlich im März 2020 beginnen, wurde jedoch wegen Corona verschoben. CBG ließ sich dagegen von Corona nicht aufhalten. Sie siedelte das über 200 Jahre alte Dorf Hamdallaye zwangsweise auf eine Abraumhalde um. Dort hat sie zwar Häuser gebaut, aber ohne Wasseranschluss und ohne Bepflanzung. Zuvor hatten die Familien schon 40% ihres Ackerlands an die Mine abtreten müssen. Der Boden unter ihren neuen Häusern ist nicht urbar, sie sind nun ungeschützt der westafrikanischen Hitze ausgeliefert. Erst nachdem öffentlicher Druck auf das Unternehmen ausgeübt wurde, hat es Wasserleitungen ins Dorf gelegt. Während die Dorfbewohner*innen dies einerseits begrüßen, beklagen sie andererseits, dass sie durch diese Art der Wasserversorgung abhängig vom Unternehmen bleiben. Denn die Leitungen werden allein von CBG kontrolliert. Darüber hinaus beschweren sie sich über fehlende soziale und kulturelle Einrichtungen. Im neuen Dorf fehlen eine Moschee für Frauen und eine Gesundheitsstation. Es gibt keine Lehrer*in für die Schule und für die Zwangsumgesiedelten keine bezahlten Arbeitsmöglichkeiten. Die Menschen können sich nicht mehr ausreichend selbst versorgen und hängen am Tropf des Unternehmens.

Schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen

Die Verletzungen der Menschenrechte der Betroffenen sind schwerwiegend. Ihnen wurde von CBG die Lebensgrundlage entzogen, ohne dass der guineische Staat sie davor geschützt hat. Felder und Wasserressourcen wurden ihnen genommen. Auch ihre kulturellen Stätten, wie Friedhöfe, wurden zerstört. Ihre Gesundheit ist durch die hohe Staubbelastung durch die Mine gefährdet. Bisher sind sie für diese gravierenden Verluste nicht entschädigt worden. Auch menschrechtliche Verfahren, die die Würde der Betroffenen sicherstellen sollen, wurden bei der Erweiterung der Sangaredi-Mine bisher missachtet. Es gab keine umfassende und verständliche Aufklärung über das Erweiterungsvorhaben und seine Folgen, keine Einbeziehung in Entscheidungen zur Erweiterung der Mine und keine Informationen über die Möglichkeit, ihre Rechte gerichtlich abzuklären, bevor das Unternehmen Fakten schafft.

Bundesregierung sieht nur Positives

Wie verhält sich die deutsche Regierung angesichts dieser katastrophalen Folgen ihrer Unterstützung? In ihrem Jahresbericht zur Auslandsgeschäftsabsicherung 2016 beschreibt die Bundesregierung nur Vorteile der Minenerweiterung: „Die Erweiterung des Minenbetriebs trägt zur Beschäftigungssicherung in der Region Boké in Guinea bei und wird den Beitrag von CBG zur guineischen Wirtschaftsentwicklung weiter steigern. Darüber hinaus wird der langfristige Abnahmevertrag die Rohstoffversorgung für AOS (Aluminium Oxid Stade GmbH) sichern und damit auch zur Beschäftigungssicherung am deutschen Standort beitragen. Die Umsetzung des Erweiterungsvorhabens erfolgt unter der Berücksichtigung der internationalen Umwelt- und Sozialstandards und hat bereits erfolgreich zu nachhaltigen Verbesserungen im Zusammenhang mit dem Minenbetrieb geführt“.[6] Selbst im Juli 2020 verweist sie in Antworten auf Fragen von Bundestagsabgeordneten auf die Umwelt- und Sozialstandards, an deren Einhaltung die IFC ihren Kredit gebunden hat. Außerdem seien ein neues Umsiedlungsmanagement und Beteiligungsverfahren eingeführt worden.[7]

Diese Darstellung geht an der Realität der betroffenen Gemeinden völlig vorbei und muss wie Hohn in ihren Ohren klingen. Die Nichtregierungsorganisationen PowerShift und FIAN haben deswegen eine Petition an Wirtschaftsminister Altmaier gestartet: #StopptUnfaireKredite, die auf der Webseite von FIAN unterzeichnet werden kann: https://www.fian.de/mitmachen/aktionen/petition-stopptunfairekredite/

Anmerkungen

1 Bundesregierung: “Neue Perspektiven im Klimaschutz – Verkehr”, o.D., bundesregierung.de.

2 Bundesregierung: Rohstoffstrategie, Dezember 2019, bmwi.de.

3 Fraunhofer ISI: Batterien für Elektroautos - Faktencheck und Handlungsbedarf, Januar 2020, isi.fraunhofer.de.

4 Compagnie des bauxites de Guinée: „Projet d’extension“, o.D., cbg-guinee.com.

5 International Finance Corporation: Environmental & Social Review Summary - Project 34203, 24.11.2015, disclosures.ifc.org.

6 Euler Hermes Aktiengesellschaft (im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie): Exportkreditgarantien der Bundesrepublik Deutschland – Hermesdeckungen – Jahresbericht 2016, agaportal.de.

7 Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 19/182, 7.10.2020, dipbt.bundestag.de.

Aufstandsbekämpfung im Sahel

Die Gewaltspirale des „Antiterrorismus“

von ffm-online

Die Forschungsgesellschaft Flucht & Migration e.V. (FFM) arbeitet seit Mitte der 1990er Jahre zur europäischen Abschottungspolitik und – das ist unser eigentliches Thema – zu den Migrationsbewegungen als soziale, gegen all die Abwehrpolitiken wesentlich selbstbestimmte Bewegungen.

Mit Blick auf den Sahel geht es nicht allein um die Blockierung der Migrationsbewegungen im Vorfeld in Zusammenarbeit mit zweifelhaften Regimes, wie wir es auf der Internetseite www.migration-control.info dokumentieren. Sondern die Externalisierung des EU-Grenzregimes überschneidet sich mit Aufstandsbekämpfung und ist Teil einer Militarisierung dieser riesig großen Region in Afrika - einer Region, die sich südlich der Sahara einige hundert Kilometer nach Süden erstreckt und die quer durch den Kontinent verläuft. Diese Militarisierung deformiert das Alltagsleben und die sozialen Bewegungen.

Die sozialen Aufbrüche, die Migrationsbewegungen in Gang gesetzt und neue Impulse zurück aufs Land gebracht haben, sind in den militärisch beherrschten Gewaltzonen deformiert und auf Gewaltprozesse reduziert worden. Die Rücküberweisungen der Migrant*innen, die in vielen Dörfern ein prekäres Überleben ermöglicht haben, bleiben aus. Massaker und Vertreibungen sind zudem ein funktionales Element der Enteignung ländlicher Bevölkerungen.

Warum haben wir uns in den letzten Jahren immer wieder mit dem Sahel beschäftigt? Einerseits ist der Sahel Kumulationsort menschgemachter Katastrophen, andererseits sind die Agilität und Mobilität der jugendlichen Bevölkerung im Sahel wie auch in anderen Regionen Afrikas zentrale Momente des Widerstands gegen die postkoloniale Ordnung. Wie können wir uns vom Norden her auf diese Akteur*innen beziehen, wenn nicht durch Ermöglichung von Migrationen und durch unser Bemühen, der weiteren Militarisierung der Region Einhalt zu gebieten?

Katastrophen im Sahel

Beginnen wir mit den Katastrophen. Die Bevölkerungen im Sahel sehen sich in die Zange genommen: Vom Norden rückt die Wüste vor und vom Süden die kapitalistische Landnahme – in Form des Landgrabbing für die industrielle Nahrungsmittelproduktion, für groß angelegte Rinderzucht und für extraktive Industrien. Dies betrifft zuerst die Fulani, die sich mit ihren Herden im Wechsel der Jahreszeiten oft auch grenzüberschreitend bewegt haben, aber es betrifft auch die bäuerlichen Bevölkerungen. Die Konkurrenz zwischen diesen Gruppen verlängert sich in die militärischen Konflikte hinein.

In dieser Situation hat sich in den letzten Jahren, vor allem in den Grenzregionen zwischen Mali, Niger, Burkina Faso und Nigeria, in der Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Milizen und Militärs, eine Kriegszone ausgebildet – ein militärisches Sperrgebiet, ein Gewaltraum mit eigenen Gesetzen. Zu den Leidtragenden gehört in erster Linie, und in den letzten zwei Jahren stark zunehmend, die Zivilbevölkerung.1 Massaker und Vertreibungen führen nicht selten zum Verlust der traditionellen Landrechte: Der Krieg ist ein Mittel der kapitalistischen Landnahme. Die Menschen landen in den Flüchtlingslagern und es gibt kein Zurück. Hinzu kommt die Unterbrechung der regionalen Migrationen und Handelswege, welche die Krise der lokalen Ökonomien verstärkt.

„Anfechtung der Legitimität von unten“

Die „djihadistischen“ Milizen werden oft als Ableger von Al Qaeda oder dem Islamischen Staat beschrieben. Diese Bezeichnungen dienen vor allem dazu, den Zusammenhang zum globalen antiterroristischen Diskurs herzustellen, damit Gelder für das Militär weiterhin fließen. Diese Bezeichnungen entsprechen allerdings nur bedingt den Tatsachen. Fulani-Jugendliche sind

keine Gotteskämpfer – sie nutzen den Djihadismus eher als ein Medium ihrer Rebellion gegen einen Staat, der ihnen nichts bringt außer Repression, und gegen die alten Eliten ihrer eigenen Ethnie. Sie haben sich zum Teil in den Camps der Djihadisten ausbilden lassen und bilden bewaffnete Gruppen in Regionen, aus denen die Staatsorgane sich zurückgezogen haben. Zum Teil ersetzen sie die staatliche Infrastruktur und gewinnen die Unterstützung der Bevölkerung. Zusammenstöße mit Milizen anderer Ethnien oder dem Militär enden immer wieder in Massakern an einer Zivilbevölkerung, die zwischen die Fronten gerät.

Hier ein Zitat aus einer Untersuchung, die 2017 veröffentlicht wurde. Damals war die Gewaltspirale gegen die Zivilbevölkerung in Zentral-Mali noch nicht so weit fortgeschritten wie heute:

„Der malische Staat klagt die Fulani an, terroristische Gewalttaten zu begehen, aber indem er das tut, übergeht er alle Missstände. Wir argumentieren, dass die Nomaden die Legitimität des Staats von unten angreifen. In den letzten Jahren haben die Fulani eine neue Position in der Gesellschaft eingenommen: Sie haben von den Tuareg und von den Djihadisten gelernt. Ihr Selbstbewusstsein – ihre Emanzipation sozusagen – entwickelt sich in einem Dreieck verschiedener Faktoren: einer langen Vorgeschichte der Marginalisation, dem Gebrauch neuer Kommunikationsmittel und der Dynamik des Antiterrorkriegs in der Region. Das hat sich als eine Konstellation erwiesen, in der die „Anfechtung der Legitimität von unten“ zu einer echten Kraft in der Gesellschaft geworden ist.“[2]

Gewaltspirale des Antiterrorismus

Die Bevölkerung Malis lebt überwiegend in Dörfern. Aber es ist eine jugendliche Bevölkerung, die nicht mehr mit Kamelen oder Eseln unterwegs ist, sondern mit Motorrädern, und die mit dem Handy aufgewachsen ist. Die patriarchalen Traditionen funktionieren nicht mehr. Die Gesellschaft muss neu erfunden werden. Migration ist für die Jugendlichen ein wichtiges Medium der Selbstfindung, auch für die jungen Frauen. Wenn der Krieg zum Geschäft wird und die Migrationswege versperrt sind, finden die männlichen Jugendlichen Bestätigung und Einkommen bei den Milizen. Die militärischen Interventionen führen zu einer Spirale der Gewalt.

Sehr anschaulich hat Nick Turse, ein amerikanischer Antimilitarist, die Auswirkungen der Militärinterventionen auf die Gewaltspirale am Beispiel Burkina Faso beschrieben.[3] Als dort 2013 der Kampf gegen den Terrorismus begann, gab es gar keine gemeldeten Vorfälle „djihadistischer“ Natur. Auf Verdacht, die Situation in Somalia vor Augen, durchkämmten die Green Berets das Land, gemeinsam mit Einheiten des burkinischen Militärs. Heute ist Burkina Faso ein Hotspot im Sahel-Krieg. Auch in Bezug auf Boko Haram, Nordnigeria, ist beschrieben, wie sich eine ursprünglich ländliche Protestbewegung unter den Schlägen des Militärs zu einer Terrororganisation wandelte.[4]

Über die Details der Militarisierung des Sahel zu sprechen, würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen – über die Operation Barkhane und Takuba, mit Bombern und Drohnen, MINUSMA, die G5 Joint Forces,

die amerikanischen Drohnenschläge. Im September haben wir zu diesem Thema zusammen mit Christoph Marischka einen Vortrag gehalten, auf den wir hier verweisen möchten.[5]

„Counterterrorism Governance“

Worauf wir aber an dieser Stelle noch kurz eingehen wollen, ist die Verknüpfung der postkolonialen Staaten mit dem Antiterrorismus. Aufstandsbewegungen werden schon deshalb als djihadistischer Terrorismus bezeichnet, um die Geldzuflüsse zu erhalten, die bis zu zwei Drittel der Staatshaushalte ausmachen. Diese Staaten funktionieren nur in Verbindung mit ausländischer Militärpräsenz, der Antiterrorismus ist quasi die Existenzbedingung dieser Staaten. Deshalb wird der Krieg auf Dauer gestellt. Bruno Charbonneau hat bereits 2016 von einer „neuen Normalität militärischer Interventionen“ im „globalen Krieg gegen den Terrorismus“ gesprochen und von „Conterterrorism Governance“ als einer Art von Staatsraison.[6]

„Militärische Interventionen (und [von außen gesteuerte] Entwicklung) stehen hinter dem Großteil, wenn nicht allen nationalen Machtverhältnissen: Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen Eliten, Spoilssystemen, Mehrparteiensystemen, Ressourcenmanagement, dem Aufbau und der Konsolidierung von Regierungsinstitutionen, Verfassungsreformen und mehr“, schrieb Charbonneau im Januar 2020.[7]

Wie denken die Menschen in den Gewalträumen des Sahel über diese Dinge? Sie wollen vielleicht gar nicht unbedingt regiert werden. Sie wollen Sicherheit, Ausbildung, Gesundheitsdienste, Bewegungsfreiheit. Den Staat erleben sie in Form korrupter Bürgermeister, Steuereintreiber und Militärs, und seit 2015 zunehmend auch als Grenzwächter – all das geschieht in den alten kolonialen Mustern. Wir denken, dass es ein Fehler ist, wenn aus der Sicht des Nordens, einschließlich der gutwilligen Linken, die Stärkung der postkolonialen Staaten um jeden Preis an erster Stelle steht wenn über Chancen „für Afrika“ gesprochen wird. Die Perspektiven nationaler „Entwicklungsstaaten“ sind schon vor über 30 Jahren verloren gegangen. Afrika hat einen Dreißigjährigen Krieg, aber dieser muss nicht zwingend in einem afrikanischen 1648 enden. Territorialstaaten sind keine afrikanische Lösung, sondern eine europäische Projektion. Vielleicht können wir von „Afrika“ lernen, „es nicht wie einen Staat zu sehen“?[8]

Europas Nekropolitik

Europa schickt Militär und bezahlt die Regimes, damit sie die Grenzen schließen. Europa ist verantwortlich für die Todeszonen in der Sahara, im Mittelmeer und jetzt wieder im Atlantik. Das sind die Dimensionen einer Nekropolitik, die sich in den Sahel hinein fortsetzt. Widerstand gegen diese Politik heißt für uns, zu versuchen, die Blickwinkel der betroffenen Menschen wahrzunehmen – zum Beispiel im Sahel. Den Blickwinkel der Menschen, die in den Dürregebieten des Sahel ihr Überleben organisieren, die in die Flüchtlingslager vertrieben wurden und der Jugendlichen, die beharrlich gegen die Grenzen der Festung Europa ankämpfen. Wie können wir uns an die Seite dieser Menschen stellen?

Anmerkungen

1 Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED): Mali: Any End to the Storm?, https://acleddata.com/2020/12/17/mali-any-end-to-the-storm/.

2 Mirjam de Bruijn & Jonna Both (2017): Youth Between State and Rebel(Dis)Orders: Contesting Legitimacy from Below in Sub-Sahara Africa, in: Small Wars & Insurgencies, Volume 28, Issue 4-5, S. 779-798, DOI: 10.1080/09592318.2017.1322329. Siehe auch https://ffm-online.org/mali-youth-contesting-legitimacy-from-below/.

3 Nick Turse (2020): How One of the Most Stable Nations in West Africa Descended Into Mayhem, https://www.nytimes.com/2020/10/15/magazine/burkina-faso-terrorism-united-states.html.

4 Sahara Reporters (2012): INTERVIEW: Wole Soyinka: Next Phase Of Boko Haram Terrorism-TheNEWS, http://saharareporters.com/2012/02/06/interview-wole-soyinka-next-phase-boko-haram-terrorism-thenews.

5 Initiative gegen das EU-Grenzregime in Afrika (2020): EXIT MALI – Thesen zum MINUSMA-Einsatz der Bundeswehr in Mali, https://grenzfall.blackblogs.org/2020/11/12/exit-mali-thesen-zum-minusma-einsatz-der-bundeswehr-in-mali/.

6 Bruno Charbonneau (2017): Intervention in Mali: building peace between peacekeeping and counterterrorism, in: Journal of Contemporary African Studies, Volume 35, Issue 4.

7 Bruno Charbonneau (2020): Counterinsurgency governance in the Sahel, Bulletin Franco Paix, Volume 5, no. 1, S. 5.

8 Scott, James C. (1998): Seeing Like a State: How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed, Yale University Press.

Chile und die aktuellen Proteste

Folgen von Militärdiktatur und Neoliberalismus

von Valeria Bustamante

Salvador Allende wurde 1970 als erster sozialistischer Präsident in einer freien, demokratischen Wahl gewählt. Hinter ihm stand die große Volkspartei „Unidad Popular“, in der sich die verschiedenen Linksparteien verbündet hatten. Ihnen gegenüber standen die Christdemokraten zusammen mit der Nationalen Partei, die zwei Jahre später die Macht im Senat übernahmen und von da an mit voller Kraft Allendes Regierung bekämpften und mit parlamentarischen Boykotts zum Stillstand brachten. Treibende Kraft und Unterstützer waren die USA, die Chiles Rechte radikalisierte und für deren skrupellose Terroranschläge ausstattete. Durch künstliche Lebensmittelverknappung und Boykott der Industrie (Einfuhrblockaden für Ersatzteile, Streiks der Fabrikvorsteher und Manager) wollte man die Regierung Allendes in die Knie zwingen. Einzelne Gewerkschaftsführer und Arbeitergruppen hatten sich mit der Nationalen Partei zusammengetan und organisierten die Streiks in den Kupferminen und vor allem bei Fuhrunternehmen und Spediteuren – sie bekamen Gelder aus den USA. Ziel der Opposition war es, das Land ins Chaos zu stürzen und Umstände zu schaffen, die einen Putsch rechtfertigten – die Mehrheit der Arbeiter hielt weiterhin zur Regierung und die Fabriken am Laufen. Die abwesenden Manager wurden kurzerhand durch Selbstorganisation ersetzt, fehlende Ersatzteile selbst hergestellt.

Ein erster militärischer Umsturz im Juni 1973 misslang, weil der putschende Arm der Streitkräfte zu diesem Zeitpunkt noch nicht den vollen Rückhalt der Armee hatte. Nach Ermordung eines verfassungstreuen Offiziers erhöhte sich der Druck auf die Armeeführung und am 11. September 1973 war es schließlich soweit: In einem brutalen Angriff auf den Regierungssitz in Santiago wurde die Regierung Allendes blutig gestürzt. Es folgten Willkürverfolgungen, Massenfestnahmen, Mord und Folter von Tausenden. Schaffung von Konzentrationslagern, in denen noch jahrelang gefoltert und getötet wurde. Eines der berüchtigtsten Folterzentren für Regimegegner war die Colonia Dignidad. Allein in den ersten Jahren der Diktatur flohen rund 200.000 Chilenen oder wurden des Landes verwiesen.

Schon vor dem Militärputsch hatte die neoliberale Unterwanderung Chiles durch die USA begonnen und machte aus Chile die „Petrischale des Neoliberalismus“. In einem CIA-Bericht heißt es, dass die USA zwischen 1953 und 1956 12,9 Millionen Dollar vorgesehen hatten, um ihren Einfluss in den Universitäten Lateinamerikas zu erweitern. Es entstand ein Austauschprogramm für Wirtschaftsstudenten zwischen der Universität von Chicago und der Katholischen Universität Chile. Die sogenannten Chicago Boys standen nach dem Putsch bereit, um den wirtschaftlichen Umbau umzusetzen, den Augusto Pinochet vorantreiben wollte. Mehrere dieser Friedman-Jünger hatten während der Diktatur Wirtschafts- und Haushaltsminister-Posten und sind noch heute angesehene Wirtschaftsexperten, die ihre Rolle während der Diktatur verleugnen. So empfahlen sie die Abschaffung von Preiskontrollen und Importbarrieren, die Privatisierung staatlicher Unternehmen und Kürzungen von Staatsausgaben. Die US-Regierung hat also nicht nur den Putsch gefördert und inszeniert, sie hat auch die „Experten“ ausgebildet, die die Wirtschaftspolitik nach ihrem Willen veränderte.

Kontinuität über die Diktatur hinaus – 1973-2019

Nachdem die Militärjunta installiert war und das chilenische Volk von der „marxistischen Bedrohung“ befreit schien, war der Weg für die wirtschaftliche Befreiung geschaffen. Allerdings beklagte Chile bereits ein Jahr nach dem Putsch eine Jahresinflation von 375% – die höchste weltweit. Und nach 10 Jahren war die Arbeitslosigkeit bei 32% angelangt. Wer in einem neoliberalen Land aufwächst und nicht zu einer wohlhabenden Elite gehört, bekommt nichts ab vom Wachstum. Die viel besungene Freiheit der Neoliberalen gilt

nicht für die Bevölkerung – zumindest nicht für den Großteil. Das neoliberale System hat durch die Privatisierung aller Lebensbereiche dafür gesorgt, dass die Menschen in Chile keine fairen Lebensbedingungen haben. Angemessene gesundheitliche Versorgung und Bildung sind fast unbezahlbar. Chile ist das Land mit den höchstverschuldeten Haushalten Lateinamerikas. Die Lebenshaltungskosten sind so hoch wie in Europa, doch die meisten Haushalte haben nur ein Einkommen von 600 Euro oder drunter. Die Renten reichen nicht zum Überleben, weshalb alte Menschen entweder von der Familie mitversorgt werden und/oder bis ins hohe Alter weiterarbeiten müssen.

Ein sehr wichtiges Kapitel in der chilenischen Geschichte ist das der Unterdrückung der indigenen Bevölkerung. Die Mapuche kämpfen seit der Kolonialisierung durch die Spanier gegen die Enteignung und Zerstörung ihrer angestammten Länder. Sie sind im besonderen Maße der Willkür des Staates ausgeliefert und werden seit Jahrzehnten von den verschiedenen Regierungen unterdrückt, getötet und misshandelt. Sie sind den Regierungen schon immer ein Dorn im Auge gewesen, denn sie weichen nicht zurück und lassen sich nicht vertreiben. Dabei bezahlen zu viele mit ihrem Leben, um zu verhindern, dass die chilenischen Regierungen ihre Gebiete z.B. an die großen ausländischen Forstindustrien verscherbeln. Hier ist nicht der Platz, um umfangreich auf die Umweltthematik einzugehen, aber am Beispiel Chile ließe sich deutlich machen, dass ein neoliberales System den Wert von Natur und Ressourcen nur danach bemisst, wieviel Profit sie einbringen. Dieser Aspekt stellt die Grundlage des mehr als berechtigten Widerstands der Mapuche gegen die extraktivistische chilenische Politik dar.

Nach der Diktatur folgte ab den 1990er Jahren eine Regierung nach der anderen, die die prekäre Situation des Landes und der Menschen nicht nur hingenommen, sondern neue Wege gefunden hat, die Schrauben der Ausbeutung weiter anzudrehen. Trotz des Übergangs von Diktatur zu Demokratie blieb das neoliberale Wirtschaftssystem nicht nur erhalten, sondern wurde weiter ausgebaut, nicht zuletzt dank der Beibehaltung der Verfassung, die während der Diktatur entstand. Sie wurde nur marginal verändert und zementierte bisher den Status Quo und die Vorrechte der Eliten.

Im Oktober 2019 war es soweit: 17 Jahre Diktatur und noch weitere 30 Jahre Neoliberalismus haben den Bogen so weit überspannt, dass nun endlich ein lange überfälliger Veränderungsprozess in Gang gekommen ist. Die Aufstände sind die Antwort des Volkes auf die letzten 30 Jahre Neoliberalismus. Sie sind Ausdruck der Wut und der Verzweiflung über ein System, das nur einer kleinen Elite nutzt und den Rest der Bevölkerung ausnutzt. Und sie sind Ausdruck der kategorischen Ablehnung des Neoliberalismus, den die USA den Chilenen aufgezwungen haben: Chile steht im Ruf eines wachstumsstarken und somit lobenswerten Wirtschaftssystems – er ist erkauft mit der Verschleierung der Ausbeutung, Repression und Ungerechtigkeit. Diese Wahrheit passt bis heute nicht ins allgemeine Weltbild!

Wichtig ist zu wissen, dass die Proteste nicht erst im Oktober 2019 begonnen haben. Zwischen 2011 und 2015 haben mehr als 1000 Proteste landesweit stattgefunden. Vor allem die jungen Menschen sind schon Jahre zuvor gegen das katastrophale Bildungssystem auf die Straßen gegangen. Dabei ist der Staat schon immer mit unangemessener Brutalität gegen die Protestanten vorgegangen. Das ist mehr als nur eine alte Gewohnheit aus Diktaturzeiten, sondern strukturell gewollt. Polizeibeamten genießen besondere Privilegien: eigene Krankenhäuser und gute finanzielle Absicherung im Alter – im Gegensatz zum Rest der Bevölkerung. Der gesamte Polizeiapparat ist stark von elitärem und rechtem Gedankengut geprägt, was schon früh in der Ausbildung eingeimpft wird bzw. schon bei der Auswahl neuer Rekruten eine wichtige Rolle spielt. Das unangemessen harte Eingreifen von Polizeikräften während Auseinandersetzungen ist gewollt und wird im Falle von Anzeigen und Klagen der Opfer entsprechend milde bis gar nicht geahndet. Repression für die Mehrheiten und „wirtschaftliche Freiheit“ für kleine privilegierte Gruppen sind in Chile zwei Seiten derselben Medaille, sagte Orlando Letelier, ehemals rechte Hand des chilenischen Präsidenten Salvador Allende, der in den USA von der chilenischen Junta 1976 ermordet wurde.

In der Pandemie: Protest und Perspektive nach 2019

Die Reaktion der Regierung von Sebastian Piñera ist bei den Protesten seit Oktober 2019 bis heute eine von ungehaltener Brutalität: die Berichte von Menschenrechtsorganisationen sprechen von hunderten von ausgeschossenen Augen, tausenden von Festnahmen und einer Vielzahl von sexuellen Übergriffen und anderen Gewaltakten nach den Festnahmen. Während die Demonstrationen in Chile über Monate gehen und nur durch den Corona-Ausbruch gebremst wurden, wird ein Gesetz nach dem anderen installiert, welches die Festnahmen und die Verurteilung der Demonstranten vereinfachen soll. Dies hat zur Folge, dass eine sehr große Anzahl (mehr als 2000) von politischen Gefangenen der Revolte in völlig überfüllten Gefängnissen ohne fairen Prozess zusammengepfercht lebt. Die Angehörigen und Anwälte haben aufgrund der Pandemie nur erschwerten, teilweise keinen Zugang zu ihnen. Viele dieser politischen Gefangenen sind minderjährig.

Die Kriminalisierung der Protestbewegung hat sich von Beginn der Proteste an immer weiter verschärft und die Verfolgung wird durch weitere Gesetzgebung untermalt und gestützt. Es herrscht große Verunsicherung und Angst bei den Angehörigen der Gefangenen, weshalb eine Erfassung der genauen Anzahl und Umstände sehr schwierig ist. Sie fürchten vor allem um das Wohl der Insassen und möchten zu keiner Verschärfung der Situation beitragen oder ihre Chancen auf einen fairen Prozess oder Freilassung negativ beeinflussen.

Mit den massiven und unermüdlichen Protesten des letzten Jahres hat das chilenische Volk ein Plebiszit erwirkt, um die alte Verfassung abzuschaffen, welche die Basis für die wirtschaftliche Ausbeutung, Privatisierungen und Schaffung der Ungleichheit in Chile ist. Mit einer landesweiten Zustimmung von über 80% wurden die Weichen für eine neue Verfassung gelegt.

Die große Vielfalt der sozialen Protestbewegung hat sich in den letzten Wochen aufgemacht, um Kandidaten aufzustellen, die sich in die verfassungsgebende Versammlung wählen lassen möchten. Dabei gilt es, viele Hürden zu überbrücken und vor allem die etablierten Politiker der Regierung davon abzuhalten, sich so in den Prozess einzuklinken, dass sie die Oberhand gewinnen. Die Akteur*innen der sozialen Proteste sind allen voran die Schüler*innen, die die Proteste Anfang Oktober angeführt haben. Die patriarchalen Strukturen des erzkatholischen Chiles werden seit geraumer Zeit, besonders aber seit den Protesten, von einer starken feministischen Bewegung bekämpft, die dafür gesorgt hat, dass die Besetzung der Verfassungsversammlung paritätisch sein muss. Die gesamte Protestbewegung zeichnet sich aber auch dadurch aus, dass alle Altersgruppen, die LGBTQ-Bewegung, die Mapuche, etc. gemeinsam einen Wandel herbeiführen möchten. Auch wenn politische Bündnisse sich erst noch finden müssen, ist eines klar: es gibt kein Zurück, denn es herrscht eine konsequente Ablehnung der bisherigen politischen Elite.

Gerade jetzt ist die internationale Aufmerksamkeit und Solidarität wichtig, um den Veränderungsprozess in Chile zu ermutigen und die Kräfte in Schach zu halten, die diesen aufzuhalten versuchen. Leider hat der Verlauf der Pandemie in Chile die Protestbewegung geschwächt und verlangsamt – sie hat allerdings in besonderem Maße gezeigt, dass kapitalistische, neoliberale Systeme in Zeiten großer Not das Leid und die Verzweiflung der Menschen nur weiter verstärken.

Hinweise:

Texte und Informationen der Gruppe 18.10.: wildbro.com/projects/1810-2.

You-Tube-Kanal mit aktuellen Beiträgen zu den Protesten in Chile: Chile in Flammen.

Gaby Weber, Chile: Nach der Revolte - ein Zwischenbericht: YouTube.

Amnesty International: Deliberate policy to injure protesters points to responsibility of those in command, amnesty.org

Human Rights Watch: Police Reforms Needed in the Wake of Protests, hrw.org

Inter-American Commission on Human Rights (IACHR) (2019-12-06), oas.org

UN Human Rights Office (2019-12-12), ohchr.org

Der heilbare Krieg

Diskurse um Traumatisierung und PTBS bei Bundeswehr-Veteranen

von Thomas Rahmann

PTBS – eine Diagnose aus militärischem Kontext

Die Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) als klinische Beschreibung eines Syndroms ist zugleich Produkt und Gegenstand politischer Auseinandersetzung. In den USA ‚Posttraumatic Stress Disorder' (PTSD) genannt, geht diese aus den Auseinandersetzungen um den Vietnamkrieg hervor. Dies ist besonders zu betonen, da es in Bezug auf Traumatisierungen zeitgleich eine weitere Syndrombeschreibung gab: die des ‚Rape Trauma Syndroms' (RTS), das die Reaktionen traumatisierter Betroffener von Vergewaltigungen umschreibt.[1] RTS hat es als „Gegensyndrom"[2] nicht in die Diagnose-Manuale geschafft – es wurde im Rahmen von feministischer Bewegung außerhalb von traditionellen Krankenhaushierarchien entwikkelt, sollte möglichst offen für die Vielseitigkeit von Reaktionen auf so ein traumatisches Ereignis sein und ist somit auch als Untergrabung von Vorurteilen zu verstehen, die Betroffenen typische Verhaltensweisen zuschreiben.[3] Verglichen dazu stellten die Bemühungen, das PTBS-Syndrom wissenschaftlich haltbar und möglichst exakt zu belegen, einen Trauma-Diskurs her, der vergleichsweise technisch ablief.[4] Im Gegensatz zum ‚Rape Trauma Syndrom' unterscheidet die PTBS nicht zwischen Opfer und Täter. Dass auch ‚selbst traumatisierte Täter' mit in die PTBS eingeschlossen sind, war eine bewusste Entscheidung, um allen traumatisierten Heimkehrern eine therapeutische Behandlung und rechtliche Unterstützung zu ermöglichen.

Ein Trauma führt dabei weder notwendig zu psychischen Symptomen, noch treten diese ausschließlich in Form von einer PTBS auf. Andersherum jedoch setzt eine PTBS immer ein traumatisches Ereignis voraus.[5] Grundsätzlich kann die Wirkung traumatischer Ereignisse nicht linear eindeutig festgestellt werden.[6]

Zwischen Anerkennung und Diskriminierung

Da die ‚psychische Wunde' im Rahmen der PTBS-Diagnose einen äußeren Auslöser benötigt, stellt sich die Frage um Anerkennung von entstandenen Verletzungen als, wie Brunner es in seinem Werk ‚Die Politik des Traumas' formuliert, „tief greifende, traumatisierende Verletzung des Gesellschaftsvertrags".[7] Im Gegensatz zu anderen Diagnosen, die infolge von Traumatisierungen gestellt werden, betont die PTBS durch die Fixierung auf ein traumatisierendes Ereignis keine psychische ‚Abnormalität', sondern ist „das Resultat einer normalen Reaktion auf ein unerträgliches, nicht in die Lebenswelt integrierbares Ereignis. Mit anderen Worten: zwar ist die PTBS, wie im DSM [das US-amerikanische Diagnosemanual, Anm. T.R.] definiert, eine durch eine psychische Verletzung hervorgerufene Störung, doch zugleich ist sie geradezu der Ausweis der Normalität".[8] Dies ist der Grund, warum beispielsweise eine als depressiv diagnostizierte Reaktion auf ein traumatisches Ereignis theoretisch genauso von politischer Relevanz sein sollte, allerdings eindeutiger unter das Label einer ‚psychischen Krankheit' fällt und somit in politischen und medialen Diskursen in der Regel als individuelles Problem und nicht als gesellschaftliches gehandhabt wird. Dass aber auch die Anerkennung eines Traumas unter der PTBS-Diagnose eine Kehrseite hat, beschreibt beispielsweise die Bundeswehrärztin Heike Groos, die mehrere Auslandseinsätze in Afghanistan zwischen 2002 und 2007 absolvierte. Sie hat ihre PTBS-Diagnose als stigmatisierend im Sinne einer ‚psychischen Krankheit' wahrgenommen[9], was sie eindrücklich in einem Gespräch, das sie mit ihrem Kommandeur geführt und später in ihrem Buch veröffentlich hat, beschreibt: „‚Natürlich habe ich grauenvolle Dinge gesehen und erlebt. Aber wäre es nicht schrecklich, wenn ich nicht darauf reagiert hätte? Wäre ich nicht erst recht krank, wenn ich angesichts der Toten und Verwundeten, angesichts der

Gewalt und des Leidens nicht mitgefühlt hätte, unberührt geblieben wäre? [...] Ja, sicher war ich traumatisiert, wenn Sie das so nennen wollen.‘“[10] In diesem Zitat tritt die PTBS-Diagnose nicht als subjektives Leiden, das (endlich) Anerkennung erfährt, sondern als leid-erzeugende Ausgrenzung aus ‚der Normalität‘ auf. Die PTBS trägt auch durch den Begriff einer ‚Störung‘ eindeutig normativen Charakter.

Als ‚psychisch krank‘ behandelte Personen werden in ihrem „Wahrnehmen, Fühlen, Denken und Verhalten“[11] in dem Sinne nicht ernst genommen, dass sie als ‚anormale‘ Reaktionen auf ein ‚normales‘ Ereignis gelten. Bezogen auf ihre eigene Definition gilt die PTBS umgedreht als eine ‚normale‘ Reaktion auf ein ‚anormales‘ Ereignis. In diesem Paradox spiegelt sich das zentrale Thema von Anerkennung und Diskriminierung im PTBS-Diskurs wieder. Der diskriminierende Charakter einer PTBS-Diagnose ist auch wichtig, da wissenschaftliche Studien in verschieden hohem Ausmaß von einer ‚Dunkelziffer‘ ausgehen – in vielen Studien ist die Anzahl der Soldaten, die unter die Kriterien einer PTBS-Diagnose fallen, wesentlich höher als jene, die sich behandeln lassen.[12]

Medialer Diskurs zu PTBS in Deutschland

Erst seit ungefähr 2005 sind Veteranen aus dem Afghanistan-Einsatz mit ihren traumatischen Erlebnissen thematisiert worden.[13] Dies hängt wohl auch damit zusammen, dass die deutsche Außenpolitik bemüht war, die ersten Auslandseinsätze der Bundeswehr als „humanitäre Einsätze“[14] und „Friedensmission“[15] zu deklarieren. Daten aus einer Langzeitstudie von Seiffert et al., die 2019 herauskam, zeigen die Häufigkeit potentiell traumatisierender Ereignisse, denen Bundeswehr-Soldaten in Afghanistan ausgesetzt waren. In dieser Studie des ‚Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr‘ über Soldaten und Veteranen, die im 22. ISAF-Kontingent in Afghanistan im Einsatz waren, sprechen 53 % davon, „feindlichen Beschuss erlebt“ zu haben, 44 % haben den „Tod eines Kameraden erlebt“, jeweils 29 % haben den „Tod eines Zivilisten“ und den „Tod eines feindlichen Kämpfers erlebt“.[16] Die PTBS hat mittlerweile ein besonderes Gewicht in der psychiatrischen Diagnostik der Bundeswehr, denn laut einer Statistik der Bundeswehr wurde von 2015 bis 2019 am häufigsten eine PTBS-Diagnose bezüglich einsatzbedingter psychischer Folgeerkrankungen gestellt.[17] Das Ärzteblatt verzeichnet im Juli 2020 ein erneutes Anwachsen der PTBS-Fälle in der Bundeswehr, nachdem es 2015 den letzten Höchststand mit 235 neu erfassten Fällen gab.[18]

Besonders Dokumentationen und fiktionalen Darstellungen kommt bezüglich des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr politisch ein besonderes Gewicht zu, da der Bundeswehreinsatz fernab von Europa von den meisten Bundesbürgern durch die Medien wahrgenommen wird und eine kritische Berichterstattung vor Ort schwer möglich ist.[19]

Selbstdarstellung der Bundeswehr: ‚Die verstehen das‘

Auf der aktuellen Webseite der Bundeswehr zum Thema PTBS bei Soldaten finden sich jeweils verlinkte Unterseiten: „Was Angehörige tun können“ sowie „Wie Ärzte, Kameraden, Kollegen und Vorgesetzte helfen können“.[20] Auch Soldaten selbst werden auf einem Bereich der Webseite angesprochen. Aktiven Soldaten wird beispielsweise vor allem geraten, die PTBS als Diagnose zu akzeptieren und sich in die dafür vorgesehene Behandlung zu begeben[21]. Die Bundeswehr selbst hat dafür mittlerweile eigene Strukturen geschaffen, so gibt es einen Online-PTBS-Test der Bundeswehr[22], 8-tägige PTBS-Seminare für Familien[23], Spezialisierungen auf PTBS in den Bundeswehrkrankhäusern in Berlin und Koblenz, eine sozialarbeiterische Stelle, eine Trauma-Hotline der Bundeswehr und Seelsorge-Angebote.[24] Zusätzlich gibt es nun auch eine App mit Namen ‚CoachPTBS‘. Auf der Webseite der Deutschsprachigen Gesellschaft für Psychotraumatologie (DeGPT) heißt es dazu: „Die App ist eine gute Möglichkeit im Rahmen des Selbstmanagements bei Belastungen die eigenen Ressourcen zu aktivieren, sich zu entlasten und bei Bedarf den Weg in die umfangreich dargestellten Hilfsmöglichkeiten zu ebnen“.[25] Somit werden auch betroffene Soldaten selbst in Verantwortung gezogen, sich richtig ‚selbst zu managen‘.

Auch Youtube-Kanäle werden für die Thematisierung von PTBS durch die Bundeswehr genutzt, aus denen nun zwei typische Beispiele folgen.[26] Der Videobeitrag ‚Homestory Steffi Matz | Unbesiegt | Bundeswehr Exclusive‘ von 2018 handelt von Hauptfeldwebel Steffi Matz, bei dem nach einem Afghanistan-Einsatz eine PTBS diagnostiziert wurde. Sie berichtet von ihrer Arbeit in der Apotheke des Sanitätsbereiches der Bundeswehr und ihren Symptomen, vor allem Angst vor Kontrollverlust. Auch ihre Mutter kommt zu Wort in einer Spaziergangs-Szene, die eine gewisse Vertraulichkeit des Gesprächs suggeriert und in der sie sichtlich mit aufkommenden Emotionen kämpft. Im Fokus steht aber die Teilnahme als Athletin bei den ‚Invictus Games‘ in Toronto, die als Gradmesser der therapeutischen Fortschritte herausgestellt wird. Auch die Musik setzt ein, als es näher um die sportlichen Spiele geht. Zu Wort kommt außerdem Oberstabsgefreiter Eric, der sowohl als guter Freund als auch Bundeswehr-Kamerad von Steffi vorgestellt

wird und mit ihr auch schon einen Einsatz absolvierte. Sowohl wird hier durch den Sanitätsdienst von Matz die berufliche Perspektive innerhalb der Bundeswehr nach einem Unfall oder einer Erkrankung erwähnt, die seit dem Einsatz-Weiterverwendungsgesetz[27] geregelt ist. Als militär-sportliches Ereignis dreht sich der Beitrag um die ‚Invictus Games', die als Rahmen für ein erfolgreiches Selbst-Management angesehen werden können. Gerade im sportlichen Bereich zählt, zumindest in der Ideal-Vorstellung, vor allem der eigene Einsatz.[28]

Ein anderer Beitrag, ‚PTBS: Gemeinsam stark – Bundeswehr' von 2018 beginnt mit langsamer, melancholischer Klaviermusik, Patrick Triendl wird als Fallschirmjäger mit einer PTBS vorgestellt und berichtet von Symptomen, vor allem Schlafentzug, Aggressivität und ‚Flashbacks', also eine Art Wiedererleben des traumatischen Ereignisses, das durch bestimmte Reize ausgelöst werden kann. Er wird immer wieder bei seiner neuen Arbeit gezeigt, die als erfolgreiche Berufswiedereingliederung benannt wird, da er laut seiner Psychotherapeutin „wieder fast voll in seinem Bereich Fallschirmjäger eingesetzt ist". Seine Therapeutin hebt besonders die Angehörigen als Warnsystem hervor, die es „als erstes merken" und nimmt sie in gewisser Weise damit in Verantwortung. Triendl selbst meint dazu: „Ohne die Angehörigen, ohne Freunde und Kameraden, die man noch hat, die noch zu einem stehen, wär ich wahrscheinlich nicht da, wo ich jetzt bin. Meine Freunde sind jetzt die, die ich in der Einheit habe. Die verstehen das, die sind auch da, die sind für mich da". Triendl betont besonders die Hilfe von Kameraden, die selbst „Gleiches" erlebt hätten und einen auch im Einsatz unterstützen könnten. Die Gefahr, dass die Ehe zu Bruch geht, wird als Gipfel verschiedener familiärer Probleme angesprochen. Doch wenn man nach der Therapeutin Alliger-Horn „diesen Prozess gemeinsam geht", also mit professionellen Unterstützern und den Familien, wird ein erfolgreicher Verlauf prognostiziert. Vor allem gegen Ende wird auch die Klaviermusik hoffnungsvoller. Der Videobeitrag über Triendl arbeitet sehr mit Emotionen und moralischen Apellen, da er sich vor allem um den privaten Bereich der Familien dreht. Besonders ihre Verantwortung zur Zusammenarbeit mit Professionellen und zu einem Verständnis für die traumatisierten Soldaten stehen im Zentrum.[29]

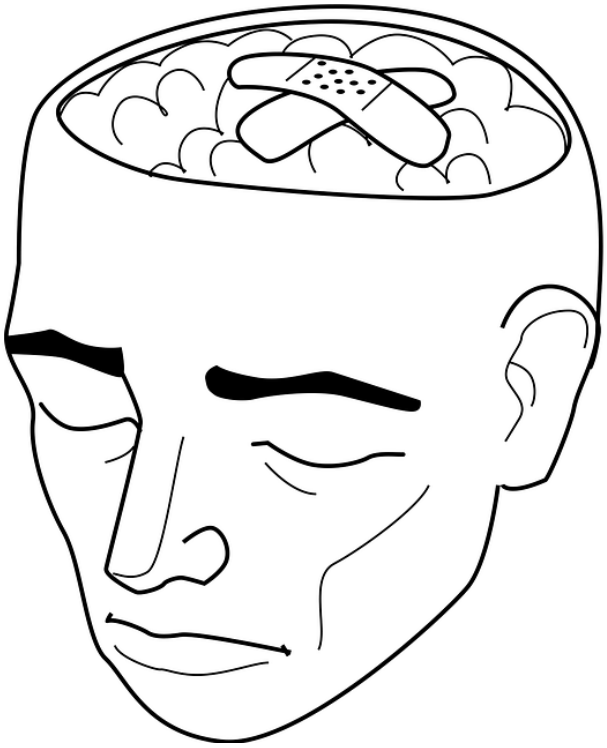
Zu den Videos der Bundeswehr zum Thema PTBS lässt sich zusammenfassend sagen, dass der klinische Aspekt hervorgehoben wird sowie die Auswirkungen der PTBS auf das soziale Umfeld. Vor allem an die Verantwortung von Kameraden, Familie und Freunden sowie an die Eigenverantwortung der Betroffenen wird appelliert. Die staatlich-institutionelle Verantwortungsebene wird vor allem in ihren bereits existierenden Bemühungen erwähnt. Eine unkonkret formulierte Angst bezüglich der Bundeswehr als Arbeitgeber findet sich in Bezug darauf, dass beruflich negative Konsequenzen aus einer PTBS-Behandlung folgen könnten. Auf diese Angst wird anschließend durch Darstellungen der therapeutischen und wiedereingliedernden Angebote der Bundeswehr reagiert. Dabei ist auffällig, dass in keinem Beitrag über die traumatisierenden Ereignisse gesprochen wird, außer dass das Trauma in einem Auslandseinsatz geschah. Die Bundeswehr tritt hier vor allem in einer fürsorglichen Rolle auf – durch den Fokus auf PTBS als ‚psychische Krankheit', der in einem Video besonders durch die Psychologin als Fachexpertin betont wird, wird dies verstärkt.

Der Band ‚Psychosoziale Belastungen' der für die Mitglieder des Psychosozialen Netzwerkes der Bundeswehr herausgegeben wurde, legt nahe, dass auch ein wirtschaftlicher Nutzen für die Bundeswehr darin liegen kann, Betroffene einer PTBS frühzeitig zu behandeln. Er bezieht sich dabei auf eine Studie des RAND Centers for Military Health Policy Research.[30] Dadurch, dass die Bundeswehr sich auch medizinisch als erste Anlaufstelle für traumatisierte Soldaten etabliert, sichert sie sich auch eine gewisse Kontrolle über Behandlung und Erkenntnisse, die damit zusammenhängen. So wurden mit Abstand die meisten Studien über traumatisierte Bundeswehr-Soldaten von der Bundeswehr selbst durchgeführt.

Darstellung in Funk und Fernsehen: Moment des Traumas

Viele Funk- und Fernsehreportagen ähneln sich insofern, dass das traumatisierende Ereignis als recht eindeutig beschrieben wird: eine Konfrontation mit dem Tod. Die eine, vermeintlich auslösende Situation wird in den Reportagen ausführlich beschrieben und real oder fiktiv dargestellt. Dr. Norbert Kröger, zu dem Zeitpunkt leitender Psychologe im Bundeswehrkrankenhaus Berlin, sprach in der Reportage ‚Albtraum Auslandseinsatz' 2007 dagegen nicht von einem einzigen „großen Trauma", das zu einer PTBS führe, sondern von mehreren kleinen Traumata, die aus Sicht der Betroffenen daher rührten, „die ganze Zeit misstrauisch zu sein".[31] Diese Aussage stimmt auch mit den Ergebnissen einer Studie der TU Dresden von 2011 überein, die Dichte und Häufigkeit traumatisierender Ereignisse als Ursache der PTBS herausstellten.[32]

Zum großen Teil sprechen die Veteranen in den Reportagen sehr gefasst, ihre Klarheit und Normalität wird anhand des verständlich beschriebenen, als tragisch dargestellten Ereignisses betont. Wenn vor allem an die Verantwortung von staatlicher Seite appelliert wird, enden die Reportagen eher unversöhnlich. Wenn



die Eigenverantwortung der traumatisierten Soldaten, sich in professionelle Behandlung zu begeben, zentraler Inhalt der Reportage darstellt, fällt das Ende eher optimistisch aus. Während die Bundeswehr den Umgang mit PTBS-diagnostizierten Soldaten und Veteranen im Großen und Ganzen schon als zufriedenstellend beschreibt, finden sich in Funk- und Fernseh-Reportagen oft Appelle an Gesetzgeber und Bundeswehr.

Die Ergebnisse dieses Kapitels lassen sich nach Brunner als „Politik der Verantwortung“[33] deuten. Damit beschreibt er, „wie die psychischen Wunden, mit denen die Afghanistan-Heimkehrer der Bundeswehr nach Hause kommen, durch die deutschen Medien in ein politisch-moralisches Narrativ eingebunden wurden, das eine für Heilung notwendige verantwortungsbewusste Haltung aller involvierten Akteure – des Staates, der Gesellschaft, der Fachleute und auch der Heimkehrer selbst – formuliert“.[34]

Weiterentwicklung des PTBS-Konzeptes: Das kranke Gewissen und der saubere Krieg

Das Konzept der ‚moral injury‘ aus den USA ist in den Bundeswehrkliniken als Ergänzung zur PTBS angekommen. Oberstarzt Zimmermann spricht in einem PTBS-Podcast der Bundeswehr 2020 davon, dass die Behandlung ‚moralischer Verletzungen‘ die wichtigste Neuerung im Therapiekonzept des Bundeswehrkrankenhauses darstelle.[35] Im Konzept von ‚moralischer Verletzung‘ geht es im Gegensatz zum klassischen PTBS-Konzept zentral um die Rolle als Täter. Wenn Soldaten Menschen verletzen oder töten, spielten auch Schuldgefühle, Scham und hartnäckiger Zorn, beispielsweise auf verantwortliche Vorgesetzte, sich selbst oder die lokale Bevölkerung, eine Rolle. Dies nage nach seiner langjährigen Erfahrung tiefgriefender an einer Person als eine Angst, die im Zentrum des klassischen PTBS-Konzeptes steht.[36] Ein in einer Studie von Hellenthal et al. vorgestelltes Therapieprogramm soll „die Bereitschaft von Soldaten fördern, sich mit Einsatzerfahrungen mit moralischer Dimension auseinanderzusetzen und diese kognitiv umzustrukturieren. Dabei sollen die betroffenen Soldaten über imaginative Dialoge mit moralischen Autoritäten lernen, eine neue Perspektive auf die Auswirkungen der Einsatzerlebnisse einzunehmen und somit diesen Erfahrungen auch eine neue Bedeutung zuzuschreiben“.[37] Dieser Therapieansatz steht in einem gewissen Kontrast zu einer möglichen präventiven Empfehlung, die die Studie vorschlägt: „Trainings zur moralischen Sensibilisierung gegenüber der einheimischen Bevölkerung“.[38] So gäbe es Studien zu moralischen Trainings, die „zu einem signifikanten Rückgang an Berichten über unethisches Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung und zu einer signifikant gestiegenen Bereitschaft, unethisches Verhalten anderer Soldaten zu melden“[39] geführt hätten. Während der erste Vorschlag der Studie also eine therapeutische Maßnahme zur moralischen Umwertung des Geschehens darstellt, soll mit dem zweiten eine präventive Sensibilisierung der Soldaten angestrebt werden. Diese Therapievorschläge dürften auch einige Fragen aufwerfen, die nicht allein psychologisch zu beantworten sind. Inwiefern kann ein durch Töten oder Verletzen von Menschen entstandenes schlechtes Gewissen als krank betrachtet werden?

Kann es durch präventive Sensibilisierungen einen ethisch unproblematischen, ‚sauberen' Krieg geben? Was können zeitgemäße ‚moralische Autoritären' sein, die im ersten Therapievorschlag imaginativ hervorgerufen werden könnten, um das eigene Gewissen zu beruhigen?

Ein Trauma-Diskurs, der sich um Werthaltungen von Individuen dreht, verschiebt sich weiter in Richtung Individualisierung der Verantwortung: Nicht das Töten und Verletzen von Menschen steht beispielsweise im Mittelpunkt der Diskussion, sondern die moralische Bewertung von Seiten der ‚Täter'. Jemanden zu töten, zu verletzen oder zumindest (mit)verantwortlich dafür zu sein, dass eine andere Person stirbt oder verletzt wird, scheint nach der Studie von Hellenthal et al. besonders „Soldaten, bei denen das Empfinden für Schicksale und das Leid anderer Menschen besonders stark ausgeprägt"[40] ist, zu traumatisieren. Damit wird wiederum eine Bewertung von Wertorientierungen und damit zusammenhängenden Weltanschauungen vorgenommen. So führten „humanitäre oder christliche Wertorientierungen"[41] zu inneren Konflikten, wenn Soldaten Menschen töten oder verletzen und stellen damit einen Faktor für die Anfälligkeit einer ‚moralischen Verletzung' dar. Dies gilt generell bei „altruistischen, gemeinschaftsbezogenen Werten (wie Benevolenz und Universalismus)"[42], die auch als „traditionelle Werte"[43] bezeichnet werden. „Moderne Werte"[44] wie „‚Hedonismus' [...] und ‚Leistung'"[45] stünden diesen traditionellen Werten gegenüber und erwiesen sich gegenüber einer ‚moralischen Verletzung' als widerstandsfähiger: „So waren Werte wie Hedonismus und Stimulation mit einer verminderten Häufigkeit und Schweregrad posttraumatischer Symptombildung wie der posttraumatischen Belastungsstörung assoziiert, Universalismus, Tradition und Benevolenz führten hingegen offenbar zu schwerwiegenderen Erkrankungen".[46] Unter einem rein medizinischen Aspekt ergibt sich somit das Bild, dass ein Wertewandel weg von diesen als ‚traditionell' bezeichneten Werten hin zu ‚modernen' Werten anzustreben wäre.

Dabei fällt auch auf, dass manche Veränderungen in der Werthaltung dagegen nicht problematisiert werden – wohl weil sie nicht zu einer ‚moralischen Verletzung' beitragen. Beispielsweise berichten Veteranen mit einer PTBS-Diagnose in Reportagen teilweise von ihrer Angst vor ‚arabisch aussehenden Menschen' und begründen dies mit ihrer Traumatisierung: „Alles was so in die Richtung geht, Irak, Afghanen und so ist halt schwer für den Kopf, weil ich so Leute überhaupt nicht gerne mag, seitdem die Sachen halt waren. Also jetzt nicht als Menschen, nur weil das halt viel triggert".[47] Diese Einstellungen werden in der Studie von Zimmermann et al. nicht problematisiert, sondern scheinbar kausal begründet: „Negative Einstellungen (vor allem Wut und Enttäuschung) gegenüber der Zivilbevölkerung wurden von etwa der Hälfte der Teilnehmer berichtet, gelegentlich gekoppelt mit Schamgefühlen darüber. Grund war nicht selten die erlebte oder beobachtete Gewalt gegen Kameraden oder auch einheimische Frauen und Kinder. Dieser Ärger drückte sich nicht selten in abwertenden Bezeichnungen für Einheimische aus (‚Klingonen', ‚Knispel')."[48]

Der Diskurs um moralische Verletzungen scheint sich zudem noch exklusiver auf Soldaten zu beziehen als jener um PTBS. Eine Anwendung der Diagnose auf die zivile Bevölkerung, insbesondere geflüchtete Menschen, stellt sich als noch schwieriger heraus.

Einsatzfähigkeit oder Frieden?

Die Diskussion um die Verantwortung, sich gesellschaftlich um traumatisierte Veteranen zu kümmern, verdeckt schnell eine dem zu Grunde liegende Verantwortungsfrage: die Verantwortung der deutschen Politik, die sich an Kriegen beteiligt und einen erheblichen Teil der eigenen wirtschaftlichen Grundlage auf der Rüstungsindustrie aufbaut. Die Verantwortung der Medien, über militärische Auseinandersetzungen kritisch zu berichten und dabei nicht nur Vertreter der Bundeswehr zu Wort kommen zu lassen. Letztendlich die Verantwortung einer Gesellschaft, sich ein klares Bild darüber zu machen, was es bedeutet, Bundeswehrsoldaten in ein anderes Land zu entsenden. Die Auseinandersetzung mit traumatisierten Soldaten könnte dazu einen Beitrag leisten. Die Anerkennung des Leidens, das jene erfahren haben, verschwimmt jedoch in Diskursen um PTBS und moralischer Verletzung leicht mit der Anerkennung der Auslandseinsätze selbst, die als notwendig hingenommen werden. Demgegenüber stünde der Ansatz des Psychoanalytikers Thomas Auchter, der schlussfolgert: „[L]etztlich bedürfe es nicht der Therapie des Einzelnen, damit dieser wieder einsatzfähig wird, sondern der Erkenntnis, dass die Menschheit lernen müsse, Konflikte ohne Krieg und Gewalt zu lösen".[49] Dieser Ansatz würde zu ganz anderen wissenschaftlichen, medialen und politischen Diskursen – und vielleicht letzten Endes zu weniger Traumatisierungen – führen.

Die vollständige Version dieses Textes findet sich als IMI Studie 2021/1 unter: imi-online.de.

Anmerkungen

1 Vgl. Brunner, José, „Die Politik des Traumas – Gewalterfahrungen und psychisches Leid in den USA, in Deutschland und im Israel/ Palästina-Konflikt“, Berlin 2014, 56.
2 Brunner, José, 69.
3 Ebd.
4 Vgl. Brunner, José, 88.
5 Vgl. Brunner, José, 105.
6 Vgl. Brunner, José, 107.
7 Brunner, José, 23.
8 Brunner, José, 90.
9 Vgl. Brunner, José, 120f.
10 Brunner, José, 120 nach Groos, Heike: „Ein schöner Tag zum Sterben. Als Bundeswehrärztin in Afghanistan“, Frankfurt am Main 2009, 259f.
11 Lauff, Sonja: „Die gemiedene Kategorie der Psyche in der intersektionalen Diskriminierungskritik. Psychismus als Diskriminierungsform denken“ in: „Geschlechterforschung in und zwischen Disziplinen – Gender in Soziologie, Ökonomie und Bildung“, hrgs. von der Landesarbeitsgemeinschaft der Einrichtungen für Frauen und Geschlechterforschung in Niedersachsen (LAGEN), Bd.5, Hahmann, Julia et al., 63-80, Opladen/ Berlin/ Toronto 2020, 72.
12 Vgl. Tegtmeier, Michael A.: „Traumatischer Stress bei militärischen Kräften – Einsatz, Nachsorge, Herausforderungen“, Studien zur Stressforschung Band 31, Hamburg 2010, Zugl.: Dissertation der Bundeswehr München, 2010, 148.
13 Vgl. Brunner, José, 121.
14 Brunner, José, 124.
15 Brunner, José, 124.
16 Seiffert, Anja; Heß, Julius: „Leben nach Afghanistan – Die Soldaten und Veteranen der Generation Einsatz der Bundeswehr - Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Langzeitbegleitung des 22. Kontingents ISAF“, hrsg. vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam 2019, Abbildung 12: Erfahrungen des Kontingents mit direkter und indirekter Gewalt im Einsatz, Befragung des ZMSBw des 22. Kontingents ISAF Dezember 2012 bis März 2013 und Mai bis Oktober2013, 83.
17 Vgl. Redaktion der Bundeswehr: „PTBS – Statistik und Zahlen“, Chefredaktion: Dames, Simone, Berlin 2020
18 „Mehr Soldaten mit posttraumatischen Belastungsstörungen“, Ärzteblatt.de, Berlin, 8.7.2020.
19 Vgl. Brunner, José, 122.
20 Redaktion der Bundeswehr: „Wie die Bundeswehr bei PTBS hilft“, bundeswehr.de, Chefredaktion: Dames, Simone, Berlin 2020.
21 Redaktion der Bundeswehr: „PTBS bei aktiven Soldatinnen und Soldaten“, bundeswehr.de, Chefredaktion: Dames, Simone, Berlin 2020.
22 Redaktion der Bundeswehr: „PTBS-Test“, bundeswehr.de, Chefredaktion: Dames, Simone, Berlin 2020.
23 Redaktion der Bundeswehr: „Beratung und Unterstützung bei PTBS“, bundeswehr.de, Chefredaktion: Dames, Simone, Berlin 2020.
24 Redaktion der Bundeswehr: „PTBS bei ehemaligen Soldaten und Reservisten“, bundeswehr.de, Chefredaktion: Dames, Simone, Berlin 2020.
25 Deutschsprachige Gesellschaft für Psychotraumatologie: „App CoachPTBS“, Koblenz.
26 https://www.youtube.com/user/Bundeswehr, https://www.youtube.com/c/BundeswehrExclusive/about
27 Das ‚Einsatz-Weiterverwendungsgesetz‘ wurde 2007 erlassen und seitdem reformiert. Soldaten mit schwerer gesundheitlicher Einschränkung aus einem Auslandseinsatz sollte dadurch eine staatliche Anstellung gewährleistet werden. Vgl. Brunner, José, DPdT, 150
28 „Homestory Steffi Matz | UNBESIEGT | Bundeswehr Exclusive“, unbesiegt – die Kraft der invictus games, 18.10.2018.
29 Redaktion der Bundeswehr: „PTBS: Gemeinsam stark“, 10.2018.
30 Vgl. Golth, Dietmar: „Sekundäre Traumatisierung von Familienmitgliedern von Soldaten und Veteranen“ in: „Psychosoziale Belastungen – Eine Orientierungshilfe für Mitglieder des Psychosozialen Netzwerkes der Bundeswehr“, hrsg. Von Zimmermann, Peter; Eisenlohr, Volker, 2.Auflage, 159-176, Berlin 2015, 175.
31 Kloss, Harriet; Thöß, Markus: „Albtraum Auslandseinsatz - Posttraumatische Belastungsstörungen“, MDR 2007.
32 Vgl. Brunner, José, 163.
33 Vgl. Brunner, José, 54.
34 Brunner, José, 8.
35 Redaktion der Bundeswehr: „Podcast #26: PTBS“, 5.2020.
36 Ebd.
37 Hellenthal et al.:„Einsatzerlebnisse, moralische Verletzungen, Werte und psychische Erkrankungen bei Einsatzsoldaten der Bundeswehr“, in: Verhaltenstherapie 2017;27; 244-252, Freiburg 2017, 251.
38 Hellenthal et al., 251.
39 Hellenthal et al., 252.
40 Hellenthal et al., 250.
41 Zimmermann, Peter et al., „Werteveränderungen und moralische Verletzungen bei im Einsatz psychisch erkrankten Soldaten der Bundeswehr“, Wehrmedizinische Monatszeitschrift, 60. Jahrgang (Ausgabe 1/2016: S. 8-14), 20.1.2016.
42 Zimmermann, Peter et al.
43 Hellenthal et al., 247.
44 Hellenthal et al., 247
45 Hellenthal et al., 247
46 Zimmermann, Peter et al.
47 Möcklinghoff, Juliane; Höfle, Maren: „Verwundete Soldaten – Wege aus dem Trauma“, 45 min, 2018, NDR.
48 Zimmermann, Peter et al.
49 Brunner, José, 146.

Keine Abschiebung nach Afghanistan

Ein Blick auf die aktuelle Lage im Einsatzgebiet der Bundeswehr

von Jacqueline Andres

Afghanistan ist kein sicheres Herkunftsland – ganz im Gegenteil. Das Institute for Economics and Peace stufte Afghanistan sowohl im Jahr 2019 als auch 2020 in seinem Global Peace Index sogar als den unsichersten Staat weltweit ein.[1] Dennoch finden seit 2016 fast monatlich Sammelabschiebungen von Deutschland nach Afghanistan statt. Mit der seither 35. Sammelabschiebung am 12. Januar 2021 wurden 26 Menschen in Begleitung von insgesamt 84 Bundespolizist*innen nach Kabul geflogen.[2] Die afghanischen Behörden weigerten sich aus humanitären Gründen einen afghanischen Staatsangehörigen anzunehmen, den das Bundesland Hessen abschob. Etwa 100 Menschen demonstrierten am Abend der Sammelabschiebung im Düsseldorfer Flughafen, von wo aus der Flug startete.[3] Damit wurden seit 2016 insgesamt 963 Männer nach Afghanistan abgeschobenen und in Gefahr gebracht.[4]

Die geplanten Abschiebungen im Zeitraum von März bis November 2020 wurden pandemiebedingt und auf Bitte der afghanischen Regierung ausgesetzt.[5] Am 16. Dezember 2020 wurden sie jedoch wieder aufgenommen, d.h. just an dem Tag, an dem der Lockdown in der BRD ausgerufen wurde. Martin Link vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein kritisierte: „Dass trotz des nun auch in Deutschland ausgerufenen Lockdowns eine bundesweite Charterabschiebung ausgerechnet in das vom Bürgerkrieg und einer grassierenden Pandemie heimgesuchte Afghanistan – wo ein Drittel der Bevölkerung als infiziert gilt – stattfinden soll, ist purer Zynismus.“[6]

Sogar die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Bayern forderte im Dezember 2020 aus Sorge um ihre Beamt*innen eine vorübergehende Einstellung der Abschiebungen nach Afghanistan, denn dabei komme es immer wieder zu Zwischenfällen. So würde die Polizei immer wieder bespuckt werden und es bestehe für sie eine hohe Infektionsgefahr. Zudem sieht selbst die GdP die Lage in Kabul als „sehr umstritten und teilweise unsicher“[7] an. David Förster vom Bayerischen Flüchtlingsrat kritisiert die Abschiebungen scharf und schlägt vor: „Sollte es Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Ausländerbehörden und in den Innenministerien geben, denen langweilig wird, können sie sinnvoll die Gesundheitsämter bei der Kontaktnachverfolgung unterstützen. Der Infektionsschutz gebietet hingegen die drastische Reduktion direkter Kontakte und damit einen generellen Abschiebestopp!“[8]

Die wiederhergestellte Kooperationsbereitschaft der afghanischen Behörden in Hinblick auf die Abschiebungen könnte laut Thomas Ruttig im Zusammenhang mit der zugesagten Weiterfinanzierung der Entwicklungshilfe bis 2024 auf der Geberkonferenz in Genf vergangenen November 2020 stehen.[9]

Abschiebungen trotz Protesten

Die Entscheidung, Sammelabschiebungen nach Afghanistan durchzuführen, obwohl sich im Jahr 2016 der bereits seit mehr als einem Jahrzehnt andauernde Kriegszustand verschlimmerte und es sich um ein Einsatzgebiet der Bundeswehr handelte, stellte einen Dammbruch dar.[10] Trotz zahlreicher Demonstrationen, Kundgebungen, Banneraktionen, Appellen, Petitionen und mutigen Einschreitens, wie im Falle der rund 300 Berufsschüler*innen in Nürnberg, die sich mit ihrem spontanen Protest der Abschiebung ihres damals 20-jährigen Mitschülers in den Weg stellten, laufen die Abschiebungen weiter.[11]

Bereits vor Beginn der Pandemie wurden sie lediglich zeitweise verschoben bzw. ausgesetzt. Dies geschah z.B. auch mit dem Sammelabschiebungsflug, mit dem auch der besagte afghanische Berufsschüler aus Nürnberg im Jahr 2017 mitfliegen sollte. Dieser Flug vom 31. Mai 2017 musste wegen eines Anschlages in der Hauptstadt Kabul verschoben werden. An diesem Tag starben mehr als 150 Menschen bei der Explosion einer Autobombe im Diplomatenviertel Wasir Akbar Chan vor der deutschen Botschaft und mehr als 400 wurden

verletzt. Das Gebäude der deutschen Botschaft wurde massiv beschädigt und ein afghanischer Sicherheitsangestellter der Botschaft wurde getötet. Aufgrund von „organisatorischen Fragen“ und aus „Rücksicht auf Botschaftsangehörige“[12] sei die Abschiebung verschoben worden – nicht etwa aus Sorge um die Sicherheit der Abgeschobenen. Sogar die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit flog nur wenig später fast ihr gesamtes deutsches und internationales Personal aufgrund von Sicherheitsgründen aus,[13] doch die Bundesregierung hielt weiterhin daran fest, dass das kriegszerrüttete Land sicher genug für Abschiebungen sei. Wissen kann sie das eigentlich nicht, denn abgesehen davon, dass die Vorstellung, Afghanistan sei ein sicheres Herkunftsland an Absurdität kaum zu überbieten ist, heißt es in einem dem NDR vorliegenden Asyllagebericht von Dezember 2020: „Seit dem Anschlag vom 31. Mai 2017 ist die Funktionsfähigkeit der deutschen Botschaft in Kabul massiv und anhaltend eingeschränkt.“ Aus diesem Grund sei auch „die Gewinnung korrekter Informationen [...] nach wie vor außerordentlich schwierig“. Die Botschaft kann damit keine zuverlässige Lageeinschätzung geben und „die Bundesregierung kann nicht zuverlässig beantworten, wie sicher Afghanistan ist“.[14] Anderen scheint dies zu gelingen, wenn sie den Stimmen vor Ort zuhören.

Erfahrungen abgeschobener Afghanen

Recht ausführlich und aufwendig zeigt die Sozialwissenschaftlerin Friederike Stahlmann in ihrer Studie zum Verbleib und zu den Erfahrungen abgeschobener Afghanen mithilfe von Interviews mit 55 der von 2016 - 2019 bis dato insgesamt 574 abgeschobenen Menschen in Afghanistan, was sie bei einer Rückkehr erwartet. Zunächst ist die Ausgangslage in Afghanistan katastrophal: „Schon im Jahr 2016 war das Armutsniveau mit 54,5 Prozent wieder so hoch wie zum Zeitpunkt des Sturzes der ersten Taliban-Herrschaft im Jahr 2001 und 86 Prozent der Stadtbevölkerung lebten in Slums. Die Zahl derer, die akut von humanitärer Hilfe abhängig sind, hat sich im letzten Jahr nahezu verdoppelt. Im Jahr 2018 hatten im Vergleich zum Vorjahr 6 Millionen Menschen mehr keinen ausreichenden Zugang zu Nahrung. Mehr Hungernde gibt es nur in Jemen, die Arbeitslosenrate ist die höchste weltweit und 80 Prozent der Arbeit ist nicht existenzsichernd.“[15]

Die Lage hat sich Covid-19-bedingt innerhalb der letzten Monate weiter verschlechtert: Die Auswirkungen der Pandemie drohen laut dem afghanischen Wirtschaftsministerium die Arbeitslosigkeit um weitere 40 % und die Armut um 70 % zu steigern. Die National Union of Afghanistan Workers & Employees schätzte im Mai 2020, dass etwa zwei Millionen Arbeiter*innen und Beamt*innen (bei rund 32 Millionen Einwohner*innen) aufgrund der Pandemie ihre Arbeit verloren haben.[16] Ärzt*innen vom Mirwais Hospital in Kandahar berichten, dass sie allein in ihrem Krankhaus etwa jeden zweiten Tag eine Frau nach einem gescheiterten Selbstmordversuch behandelten, als die Coronavirus-Infektionen im Mai und Juni stiegen. Dies begründet Heather Barr, die Interims-Ko-Direktorin der Frauenrechtsabteilung bei Human Rights Watch, mit der Wirtschaftskrise im Land.[17] Die Nahrungsmittelpreise stiegen im Vergleich zum Vorkrisenniveau um ganze 30%,[18] wodurch sich die Situation der Hungersnot im Land zuspitzt.

90,3% der Befragten berichteten von Gewalterfahrungen. So zum Beispiel „haben in einem Fall Taliban innerhalb einer Wochenfrist erfahren, dass der Betroffene zurückgekehrt war, haben ihn gefangen genommen und drei Tage lang misshandelt, um ihn für die Flucht zu bestrafen und zur Mitarbeit zu zwingen. Er konnte nur entkommen, weil ihm ein Bekannter half, der erst seit Kurzem bei den Taliban war. Anschließend verließ er sofort erneut das Land.“[19] 54% waren sogar von speziell gegen Rückkehrende gerichtete Gewalt betroffen, die entweder durch die Taliban oder auch durch das eigene soziale Umfeld erfolgt. Stahlmann erklärt: „Um der Verfolgung durch die Taliban zu unterliegen, genügt die Tatsache, in Europa gewesen zu sein. [...] Vorwürfe sind nicht nur »Ungläubigkeit«, sondern auch »Spionage« und »Verrat«. In zwei Fällen wurde in den Drohschreiben explizit auf die Zufluchtsländer in Europa Bezug genommen, in denen die Rückkehrer Asylanträge gestellt hatten. Eine Familie musste Nachbarn Schutzgeld zahlen, weil man ihnen angedroht hatte, den Taliban die Rückkehr des Sohnes zu verraten.“[20] Zum Teil sind die Taliban auch in der eigenen Familie präsent: „Ein weiterer Abgeschobener wurde durch den eigenen Vater bedroht, der auch bei den Taliban ist, und durch Informanten in der afghanischen Community in Deutschland herausgefunden hatte, dass sein Sohn in Deutschland eine Freundin hatte.“ Berichtet wurden auch von acht Vorfällen, „bei denen sie auf der Straße, in der Moschee und bei der Arbeitssuche von Fremden als »Verräter« oder »Ungläubige« bedroht, gejagt oder sogar angegriffen wurden.“[21]

Abgesehen davon stellen Kriegshandlungen und Anschläge eine Gefahr dar: „So gab es drei Vorfälle, bei denen Abgeschobene durch Anschläge so schwer verletzt wurden, dass sie im Krankenhaus auf Notfallbehandlungen angewiesen waren. Durch einen vierten Anschlag wurde die Unterkunft eines Abgeschobenen schwer beschädigt und er ist nur einer Verletzung entgangen, weil er zufällig nicht zu Hause war.“[22] Mindestens eine Person beging nach seiner Abschiebung Suizid. Vor dem Hintergrund dieser Gefahrensitua-

Demonstration gegen Abschiebungen nach Afghanistan in Leipzig im Jahr 2017. Quelle: flickr/De Havilland.

tion wird auch ersichtlich, warum 89,9% der Befragten angaben, versteckt zu leben. Abgesehen von der Gewalt erwartet die Abgeschobenen Obdachlosigkeit (18,4% waren davon betroffen) und Armut: „Der einzige Befragte, der hauptsächlich von seiner Arbeit leben konnte, hat diese durch die Vermittlung eines Onkels gefunden. Der Ladenbesitzer hätte um seine Abschiebung gewusst und wäre einer der wenigen gewesen, die verstanden hätten, dass man kein Verbrecher sein müsse, um abgeschoben zu werden. Er hätte jedoch mit dem Betroffenen striktes Stillschweigen über die Flucht und Abschiebung vereinbart, um keine Gefährdung für das Geschäft zu provozieren. Nachdem er diese Arbeit verloren hatte, weil das Geschäft schließen musste, gab ihm der Onkel zu verstehen, dass er ihm nicht mehr helfen könne und er das Land verlassen solle.“[23]

Sicherheitslage in Afghanistan seit 2017

Seit 2017 hat sich die Lage nicht verbessert, ganz im Gegenteil. Aus der im Dezember 2020 veröffentlichten Studie „Afghanistan’s Rising Civilian Death Toll Due to Airstrikes, 2017-2020“[24] von Prof. Neta Crawford geht hervor, dass das Pentagon seine Einsatzregeln für Luftangriffe im Jahr 2017 lockerte und infolgedessen die Anzahl der Luftangriffe um ganze 330% stieg und damit auch die Zahl der zivilen Todesopfer. Einen Grund dafür sieht Crawford in der Reduzierung der US-amerikanischen Bodentruppen vor Ort und einen zweiten in der jahrzehntelangen Annahme in den USA, somit eine bessere Ausgangsposition am Verhandlungstisch einnehmen zu können. Hierfür stützt sie sich auf ein Zitat des U.S. Brigadier General Lance R. Bunch aus dem Juni 2018: „Der gesamte Zweck hinter unserer Luftkampagne ist es, die Taliban zur Versöhnung zu zwingen und ihnen zu helfen, zu erkennen, dass Friedensgespräche ihre beste Option sind.“[25]

Im Jahr 2019 starben mindestens 700 Zivilist*innen bei Luftangriffen – dies ist die höchste Zahl von getöteten Zivilist*innen seit Beginn des Krieges vor rund zwanzig Jahren. Doch diese Taktik wendet nicht nur das US-Militär an, so Crawford: „Alle Seiten – die afghanische Regierung, die USA und ihre Verbündeten sowie die regierungsfeindlichen militanten Gruppen – haben ihre Angriffe in verschiedenen Verhandlungsphasen eskaliert.“ So seien nach dem Friedensabkommen der USA und der Taliban (von dem die afghanische Regierung ausgeschlossen war) im Februar 2020 die NATO-Angriffe zurückgegangen, doch die weitergehenden Verhandlungen zwischen der afghanischen Regierung und der Taliban führten nun dazu, dass die Angriffe der Afghan Air Force (AFF) zunehmen. Zwischen Juli und September 2020 kamen 70 Zivilist*innen ums Leben – zum Vergleich dazu: In den ersten sechs Monaten des Jahres 2020 starben 86 Zivilist*innen. Für die Ausbildung der AFF ist u.a. die Bundeswehr zuständig.[26]

Im Jahr 2020 starben laut der New York Times 3.378 Sicherheitskräfte und 1.468 Zivilist*innen bei Kriegshandlungen in Afghanistan.[27] Alleine in der ersten Woche des Jahres 2021 kamen mindestens 49 weitere afghanische Sicherheitskräfte und 15 Zivilist*innen bei insgesamt 21 Angriffen ums Leben.[28] Zwischen September 2014 und Januar 2019 seien laut dem afghanischen Präsidenten Ashraf Ghani 45.000 afghanische Sicherheitskräfte – d.h. Polizist*innen und Soldat*innen – getötet worden.[29] Der staatliche Sicherheitssektor ist zusammen mit unterschiedlichen bewaffneten Gruppen zu einem der wenigen Branchen mit verfügbaren „Arbeitsplätzen“ avanciert – jedoch hat dies offensichtlich einen hohen Preis.

Wie in allen Kriegsgebieten trifft die Gewalt auch Minderjährige: Laut der UN wurden von 2005 bis 2019 mindestens 26.025 Kinder durch den Krieg in Afghanistan getötet oder verstümmelt und zudem gab es zwischen 2017 und 2019 mehr als 300 Angriffe auf Schulen.[30] Eine Verbesserung der Lage und ein kompletter Abzug der NATO-Truppen bzw. auch der Bundeswehr zeichnen sich auch mit Biden als neuem US-Präsidenten nicht ab. Zwar soll die Truppenstärke reduziert werden, doch die Mission läuft weiter und die Wahrscheinlichkeit von verdeckten CIA-Operationen steigt.[31]

Fazit

Die Lage in Afghanistan ist desaströs und die Bundesregierung ist durch den anhaltenden Einsatz der Bundeswehr und durch ihre Beteiligung an der neoliberalen Umstrukturierung Afghanistans mitverantwortlich für die Gewalt und die ausufernde Armut. Die geringe Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung schien nicht zuletzt am 18. November 2020 durch, als das Bundesverfassungsgericht entschied, die BRD müsse keine Entschädigungen für die Opfer des vom damaligen Bundeswehr-Oberst Georg Valentin Klein angeforderten NATO-Luftangriffs auf zwei gestohlene Tanklaster zahlen, bei dem im September 2009 mindestens 100 Menschen bei Kundus starben.[32] Geklagt hatten ein Familienvater, der bei dem Luftangriff zwei seiner Söhne verlor, und eine afghanische Frau, deren Ehemann und Vater der gemeinsamen Kinder getötet wurde. Für dieses Kriegsverbrechen erhielten Klein keine Sanktionierung und die Angehörigen keine gründliche Aufarbeitung, keine Entschädigung und damit auch keine Anerkennung. Während Oberst Klein innerhalb der Bundeswehr zunächst zum Brigadegeneral des Heeres und seit Oktober 2020 in die „militärische Spitzenposition“ als Abteilungsleiter und General Streitkräftegemeinsame Ausbildung im Streitkräfteamt in Bonn aufstieg, bleibt eine politische Aufarbeitung der begangenen Gewalttaten der Bundeswehr in Afghanistan aus und die Bundeswehr ist weiterhin vor Ort.

Nach UN-Angaben flohen allein im Jahr 2020 Hunderttausende vom Menschen vor den Kämpfen innerhalb Afghanistans. In den provisorischen Unterkünften der Camps sind sie der Kälte ausgesetzt – und die Temperaturen können in Teilen des Landes auf bis zu -20 Grad sinken: „Ohne angemessene Winterkleidung und Heizung seien mehr als 300.000 Kinder von Krankheit oder sogar Tod bedroht“.[33] Besser ist die Lage für die Geflüchteten aus Afghanistan und anderen Ländern, die auf den griechischen Inseln oder in Bosnien in den Lagern unter menschenunwürdigen Bedingungen festsitzen, nicht. Bei ihrem Versuch, die sogenannte „Balkanroute“ zu durchqueren, sind die Geflüchteten systematischer – und zumeist straffreier – Gewalttaten von „Grenzbeamt*innen, Polizeikräften der Mitgliedsstaaten, Soldat*innen [und] sogar Wachhunden“ ausgesetzt, “die eindeutig als sadistische, gnadenlose, erniedrigende und entwürdigende Behandlung bezeichnet werden können“.[34] Innenminister Seehofer betont: „Wir alle stecken in dieser Krise. Und wir sollten uns gemeinsam und solidarisch heraus kämpfen.“[35] Seehofers Definition von „wir“ ist sehr eng gefasst und seine Verwendung des Begriffs „solidarisch“ entleert dessen Sinn, denn er ist es, der seit Monaten die Aufnahmen von Menschen aus den Lagern in der BRD blockiert, obwohl im Oktober 2020 bereits 200 Kommunen ihre Aufnahmebereitschaft verkündet haben.[36]

Wenn es afghanische Staatsangehörige in die BRD schaffen, dann scheinen sie eine fast 60%ige Chance zu haben, eine zu Unrecht negative Asylentscheidung zu bekommen: Deutsche Verwaltungsgerichte haben in den ersten neun Monaten des Jahres 2020 ganze 5.644 ablehnende Asylentscheidungen für afghanische Geflüchtete aufgehoben – d.h. 59,1% der insgesamt 9.557 überprüften Fälle erwiesen sich als fehlerhaft.[37] Doch selbst diejenigen, die eine „fehlerfreie“ Ablehnung erhalten haben, müssen bleiben dürfen. Weiterhin muss die Forderung erklingen: Keine Abschiebung nach Afghanistan!

Anmerkungen

1 Global Peace Index 2020, Measuring Peace in a complex world, economicsandpeace.org
2 Weiterer Abschiebeflug in Afghanistan gelandet, saarbruecker-zeitung.de, 13.1.2021
3 Thomas Ruttig: 26 Menschen auf Afghanistan-Abschiebeflug Nr. 35, thruttig.wordpress.com, 13.1.2021
4 Weiterer Abschiebeflug in Afghanistan gelandet, saarbruecker-zeitung.de, 13.1.2021
5 Ralf Pauli: Abschiebungen sollen beginnen, taz.de, 15.12.2020
6 Erste Sammelabschiebung nach Afghanistan seit März, migazin.de, 18.12.2020
7 Rüdiger Kronthaler: Afghanistan-Abschiebeflüge. Gewerkschaft der Polizei will Stopp, br.de, 16.12.2020
8 Corona-Ignoranz bei Innenministerien, fluechtlingsrat-bayern.de, 11.1.2021
9 Ebd.
10 Christoph Marischka: Ein Dammbruch: Abschiebungen in Einsatzgebiete der Bundeswehr, IMI-Standpunkt 2016/42, imi-online.de, 20.12.2016
11 Olaf Przybilla und Max Sprick: Geplante Abschiebung löst Tumulte an Nürnberger Berufsschule aus, sueddeutsche.de, 31.5.2017
12 Viele Tote nach Anschlag in Kabul, dw.com, 31.5.2017
13 Viele Tote bei Explosionen auf Beerdigung in Kabul,

tagesspiegel.de, 3.6.2017
14 Gabor Halasz und Reiko Pinkert: Deutschland schiebt wieder nach Afghanistan ab, tagesschau.de, 17.12.2020
15 Friederike Stahlmann: Studie zum Verbleib und zu den Erfahrungen abgeschobener Afghanen, Beitrag aus dem Asylmagazin 8–9/2019, S.276–286, ecoi.net
16 Mir Haidar Shah Omid: Union. 2 Million Afghans Lose Jobs Amid COVID-19, tolonews.com, 1.5.2020
17 Sophie Cousins: A quiet crisis. As the economy fractures, violence soars for Afghan women, thenewhumanitarian.org, 16.12.2020
18 Aus guten Gründen: Immer wieder stoppen Gerichte Abschiebungen nach Afghanistan, proasyl.de, 7.1.2021
19 Friederike Stahlmann: Studie zum Verbleib und zu den Erfahrungen abgeschobener Afghanen, 2019
20 Ebd.
21 Ebd.
22 Ebd.
23 Ebd.
24 Neta C. Crawford: Afghanistan's Rising Civilian Death Toll Due to Airstrikes, 2017-2020, watson.brown.edu, 7.12.2020
25 Ebd.
26 Drucksache19/10143: Beteiligung der Bundeswehr am NATO-geführten Einsatz Resolute Support in Afghanistan, dip21.bundestag.de, 14.5.2019
27 Fahim Abed: Afghan War Casualty Report. December 2020, nytimes.com, 10.12.2020
28 Fahim Abed: Afghan War Casualty Report. January 2021, nytimes.com, 7.1.2021
29 Afghanistan's Ghani says 45,000 security personnel killed since 2014, bbc.com, 25.1.2019
30 Afghanistan war: 26,000 Afghan children killed or maimed since 2005, bbc.com, 23.11.2020
31 Kai Küstner: Letzte Soldaten haben Kundus verlassen, tagesschau.de, 26.11.2020
32 Keine Entschädigung für Kundus-Opfer, tagesschau.de, 16.12.2020
33 Bernd Musch-Borowska: Hunderttausende Kinder von Kälte bedroht, tagesschau.de, 1.1.2021
34 Border Violence Monitoring Network: The Black Book of Pushbacks, borderviolence.eu, 18.12.2020
35 Innenminister Seehofer: Keine Sonderrechte für Geimpfte, nordbayern.de, 27.12.2020
36 200 Sichere Häfen deutschlandweit – Treffen mit Merkel, seebruecke.org, 20.10.2020
37 Gerichte heben Tausende ablehnende Asylentscheidungen für Afghanen auf, zeit.de, 3.12.2020

Gemäß des zwischen den USA und den Taliban am 29. Februar vergangenen Jahres getroffenen Abkommen, hätten die Truppen der USA und ihrer Verbündeten im April aus Afghanistan abziehen sollen. Eine Hintertür wurde allerdings offen gelassen: Der Abzug wurde an die Bedingung geknüpft, dass es zu einer spürbaren Gewaltreduzierung im Lande kommen müsste. Dies sei nicht der Fall, weshalb der Truppenabzug nun bis aus Weiteres erst einmal verschoben sei, heißt es jetzt bei der NATO: „Weil die Taliban-Angriffe nicht enden, will die Nato ihren Einsatz verlängern. Damit dürfte der Abzugsdeal mit der islamistischen Gruppe platzen", berichtete die Wirtschaftswoche am 14. Februar 2021.

Dabei spricht einiges dafür, dass der Verbleib der westlichen Truppen zumindest zu einem Teil für die anhaltende Gewalt im Land mit verantwortlich ist. Die Taliban jedenfalls warnten bereits, eine Verschiebung des westlichen Truppenabzugs werde eine Eskalation der Auseinandersetzungen nach sich ziehen, schreibt tagesschau.de: „Während die neue US-Regierung das Friedensabkommen mit den Taliban vom Februar vergangenen Jahres und die damit verbundenen Pläne zum Abzug der US-Truppen aus Afghanistan neu bewertet, haben die Taliban mit einem ‚großen Krieg' gedroht. [...] Taliban-Sprecher Suhail Shaheen äußerte sich bei einer Pressekonferenz in Teheran, die von der Nachrichtenagentur Reuters verbreitet wurde. ‚Die USA haben eine Vereinbarung mit uns geschlossen. Vier Jahre haben wir darüber verhandelt. Und jetzt wollen sie das Ergebnis neu bewerten? Sie müssen sich aber trotzdem an ihre Zusagen halten. Wenn die USA ihre Truppen nicht - wie in Doha zugesagt - innerhalb von 14 Monaten abziehen, dann werden wir das Abkommen auch neu bewerten.'" Unterdessen gehen die unsäglichen Abschiebungen von Menschen nach Afghanistan weiter - Nur wenige Tage vor der Entscheidung, den Truppenabzug wegen der prekären Sicherheitslage zu verschieben, schrieb das Redaktionsnetzwerk Deutschland: „Ein Flugzeug ist aus Deutschland mit 26 abgeschobenen Männern an Bord in Afghanistan eingetroffen. Die Maschine landete am Mittwochmorgen in der Hauptstadt Kabul, wie Beamte am Flughafen der Nachrichtenagentur dpa sagten.

Es war die 36. Sammelabschiebung seit dem ersten derartigen Flug im Dezember 2016. Damit haben Bund und Länder bisher 989 Männer abgeschoben." Einerseits zu behaupten, die Sicherheitslage gäbe einen Truppenabzug nicht her, im selben Atemzug aber Menschen ohne mit der Wimper zu zucken nach Afghanistan abzuschieben – hier entpuppt sich einmal mehr der ganze Irrsinn und die Unmenschlichkeit dieses Militäreinsatzes.

Jürgen Wagner

Glutkern des Westens

NATO-Manifest aus der Böll-Stiftung

von Jürgen Wagner

Von den Kommandohöhen der grünennahen Böll-Stiftung wird seit vielen Jahren immer wieder scharf auf die letzten ohnehin recht kümmerlichen friedenspolitischen Reste der Partei geschossen. Die Stiftung spielt damit eine wichtige Rolle, die Grenzen dessen, was als satisfaktionsfähige Positionen innerhalb grüner Debatten akzeptiert wird, Schritt für Schritt immer weiter in eine pro-militaristische Richtung zu verschieben. Jüngstes Beispiel ist das Thesenpapier „Transatlantisch? Traut Euch!“, ein Pro-NATO-Manifest, das unter maßgeblicher Beteiligung von Ellen Ueberschär zustande kam, die seit 2017 als eine von zwei Vorständen der Böll-Stiftung fungiert. Im Kern wird in dem von Ueberschär mitverfassten Papier ein massives Aufrüstungspaket gefordert, das in vor Pathos teils nur so triefende Liebeserklärungen an das westliche Kriegsbündnis eingewickelt ist: „In Deutschland haben zu viele zu lange die NATO als amerikanische Institution begriffen. Wir Deutsche sollten verstehen: Diese NATO ist unsere NATO; die NATO aller Mitgliedstaaten. Deutschland hat es mehr als jede andere Nation in der Hand, durch mehr Initiative und verstärkte Beiträge die Allianz so zu formen, dass sie als Glutkern des Westens weiter lodert und nachhaltige Antworten auf die sicherheitspolitischen Fragen gibt, die sich Deutschland stellen.“

Stelldichein der Transatlantiker

Veröffentlicht wurde das von der Böll-Stiftung eifrig beworbene Papier „Transatlantisch? Traut Euch! Für eine neue Übereinkunft zwischen Deutschland und Amerika“ am 20. Januar 2021. In ihm fordert eine „überparteiliche Gruppe von Expertinnen und Experten für Amerika-Politik“ die Bundesregierung zu einer „Überholung und Neuausrichtung der transatlantischen Beziehungen“ auf.

Unter den zwanzig Unterzeichnenden finden sich so waschechte Hardliner wie Brigadegeneral a.D. Rainer Meyer zum Felde (heute ISPK) oder der frühere Beigeordnete Generalsekretär der NATO für Verteidigungspolitik, Generalleutnant a. D. Heinrich Brauß (heute DGAP). Versammelt wurden zudem vor allem noch VertreterInnen der prominentesten transatlantischen Denkfabriken, etwa der Atlantik-Brücke (David Deißner), des Aspen Institutes (Stormy-Annika Mildner), des German Marshall Fund (Lena Ringleb) oder der Münchener Sicherheitskonferenz (Boris Ruge). Als einzige weitere Parteistiftung wurde ausgerechnet die Hans-Seidel-Stiftung der CSU durch Andrea Rotter vertreten. Bemerkenswert ist darüber hinaus vor allem auch die Beteiligung von Thomas Kleine-Brockhoff und Constanze Stelzenmüller, die beide eine maßgebliche Rolle bei dem Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“ gespielt haben. Mit ihm wurde der einschneidende Auftritt des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 und die von da ab verbreitete Kernbotschaft vorbereitet, Deutschland müsse sich schleunigst von seiner „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ verabschieden (siehe dazu ausführlich IMI-Studie 2015/02). Verfasst wurde das Papier von zwei Autoren: von Patrick Keller und Ellen Ueberschär. Keller ist kein Unbekannter, sondern fällt seit Jahren immer wieder aus friedenspolitischer Perspektive unangenehm auf. Heute ist er Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, zuvor rühmt er sich selbst, sei er Hauptredenschreiber für Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer gewesen. Keller veröffentlichte früher unter anderem auch für das NATO Defence College und die glühende Leidenschaft für das westliche Militärbündnis merkt man auch dem „Traut-Euch-Pamphlet“ bei jeder Zeile an. Die zweite im Bunde ist, wie gesagt, Ellen Ueberschär, die seit 2017 einen der beiden Vorstandsposten der Böll-Stiftung innehat. Als ihren Tätigkeitsbereich gibt die Stiftung an: „Sie ist verantwortlich für die Inlandsarbeit der Stiftung sowie für Außen- und Sicherheitspolitik, Europa und Nordamerika, die Türkei und Israel.“

Bedingt abwehrbereit?

Besonders die Kapitel zur NATO stoßen in dem „Traut-Euch-Papier“ unangenehm auf, wobei zunächst einmal das unglaublich verklärende Bild von der „Rolle Amerikas“ als „Friedensbewahrer Europas“ ins Auge sticht. Dementsprechend positiv ist auch das Bild, das von der NATO gezeichnet wird: „Ohne dieses Bündnis lässt sich weder ein stabiles Europa bauen, noch die internationale Ordnung gestalten.“

Das Problem sei jedoch, dass Europa selbst nur „bedingt verteidigungsbereit“ sei, es könne seine Verteidigung selbst „nicht gewährleisten“. Russlands „wachsendes militärisches Potential“ erfordere ein „amerikanisches Gegengewicht“, wobei Washington nur durch verstärkte europäische Rüstungsanstrengungen dazu motiviert werden könne, die Europäer nicht hängen zu lassen, so der Tenor. Die hier herbeifabulierte russische Aufrüstung bildet sich zumindest nicht im Verteidigungshaushalt ab, der im Falle Russlands zwischen 2015 (66,4 Mrd. Dollar) und 2019 (65 Mrd. Dollar) sogar sank, während die Ausgaben der europäischen NATO-Staaten im selben Zeitraum von 254 Mrd. Dollar auf 301 Mrd. Dollar (307 Mrd. im Jahr 2020) deutlich anstiegen.

Die unterstellte Verteidigungsunfähigkeit wäre also eher ein Fall für den Rechnungshof als für die Finanzminister, zumal eine jüngst veröffentlichte Studie des renommierten Militärexperten Barry Posen zu dem Ergebnis gelangte, dass die europäischen Staaten im Zweifelsfall durchaus in der Lage wären, einen russischen Angriff abzuwehren. Selbst wenn man die Frage nach der Motivation – weshalb sollte Russland einen europäischen Staat angreifen? – gänzlich außen vor lässt, stehen die Aussagen des Papiers also auf extrem wackligen Füßen, bilden aber nichtsdestotrotz die Rechtfertigung für die darauf folgenden recht weitgehenden Forderungen.

Aufrüstungspaket unter deutscher Führung

Das „Traut-Euch-Papier“ fordert eine deutsche Schlüsselrolle bei umfassenden Rüstungsanstrengungen der NATO ein – und zwar kurioserweise ausgerechnet mit der Begründung, so sollten die USA zur Beibehaltung der nuklearen Teilhabe ermuntert werden, deren Beendigung eigentlich (noch) fester Bestandteil der Grünen Programmatik ist. So heißt es im Grünen Grundsatzprogramm vom November 2020, es brauche „ein Deutschland frei von Atomwaffen und damit ein zügiges Ende der Nuklearen Teilhabe“. Weiter weg von solchen Aussagen könnten die Forderungen von Ueberschär und Keller kaum sein: „Das kann nur durch eine ambitionierte neue Übereinkunft gelingen, die im Kern besagt: Die europäischen NATO-Staaten – mit Deutschland an erster Stelle – erhöhen ihre Fähigkeiten zur konventionellen Verteidigung erheblich. Dadurch entlasten sie die USA in Europa und erleichtern es ihnen, sich auf den Indo-Pazifik zu konzentrieren und dort die Interessen der liberalen Demokratien zu schützen. Im Gegenzug bekräftigen die USA ihr Bekenntnis zur Verteidigung des gemeinsamen Bündnisgebietes und untermauern es durch ihre nukleare Schutzzusage sowie ihre dauerhafte militärische Präsenz in Europa.“

Selbstredend müsse dabei „Deutschland die Schlüsselrolle“ spielen, was aber eine „beschleunigte und vollständige Umsetzung der vereinbarten NATO-Streitkräfteziele“ erfordere. Damit ist die deutsche Zusage gemeint, bis 2027 eine schwere Division (15.000–20.000 SoldatInnen) und bis 2032 drei schwere Divisionen zum NATO-Kräftedispositiv beizusteuern. Aktuell ist man davon – geschweige denn von der in dem NATO-Manifest geforderten beschleunigten Umsetzung – allerdings relativ weit entfernt (siehe IMI-Standpunkt 2021/002). Und weil das auch Keller und Ueberschär bekannt ist, stellen sie mit Blick auf ihre Forderung nach einem schnelleren Aufbau der Divisionen fest: „Das setzt die substantielle Erhöhung des Verteidigungshaushaltes voraus, die Modernisierung der Beschaffungsprozesse sowie die Bereitschaft, Deutschland bei der Rüstungszusammenarbeit für seine NATO-Partnern [sic!] berechenbar zu machen.“

Während selbst Bundeswehr-Generalinspekteur Eberhard Zorn kürzlich meinte, der Verteidigungshaushalt und damit auch die Streitkräfteziele müssten coronabedingt wohl nach unten korrigiert werden, schlagen Keller und Ueberschär hier die Flucht nach ganz weit vorn vor. Wie weit nach vorn in Zahlen, erschließt sich aus der Warnung vor den „deutschen Versäumnissen“, wozu der „Mangel an Verlässlichkeit (Abrücken von der 2%-Zusage)“ gezählt wird. Nach

Quelle: Eigene Bildmontage/IMI.

all den drastischen Erhöhungen der Rüstungsausgaben in den letzten Jahren von 24,3 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf 45,2 Mrd. Euro im Jahr 2021 fordert hier also die Vorständin der Böll-Stiftung einen Militärhaushalt von 2 Prozent des BIP, was 2020 satten 66 Mrd. Euro entsprochen hätte (und das wäre aufgrund des coronabedingten Rückgangs des BIP noch vergleichsweise niedrig gewesen).

Russland, China, überall!

In dem „Traut-Euch-Papier“ kennt der Ruf nach einer deutschen Führungsrolle buchstäblich kaum Grenzen: „Eine deutlich verbesserte militärische Handlungsfähigkeit allein genügt aber nicht. Notwendig ist eine politische Kraftanstrengung: Initiativen, mit denen Deutschland seinen Beitrag zur Lastenteilung erhöhen sollte. Das betrifft vor allem die Peripherie von EU und NATO. Vom Hohen Norden über die Ostsee, Belarus und die Ukraine, den Westbalkan und den Kaukasus bis zum Mittelmeerraum des Nahen Ostens und Nordafrikas.“ Als Hauptfeinde werden aber China und – das schien ja bereits durch – Russland ausgemacht: Es bedürfe einer Neufassung des Strategischen Konzeptes der NATO, da in ihm „von Russland nur als Partner und von China gar nicht die Rede ist.“ China sehen die beiden Autoren als „strategischen Herausforderer“, der „auf Kosten der USA und des Westens insgesamt“ an Macht und Einfluss gewinne, was problematisch sei: „Denn diese machtpolitische Konkurrenz ist von einer systemisch-ideologischen Konkurrenz grundiert.“

Auch Deutschland und die NATO sollten sich hier stärker einbringen, so die Forderung – und zwar unter anderem über eine verstärkte Präsenz im Indo-Pazifik, einer Region, die schon seit einiger Zeit zunehmend auch in den Fokus von NATO-Strategen gerät (siehe IMI-Studie 2019/2): „Nicht zuletzt sollte Deutschland in der NATO anregen, die Partnerschaften mit liberalen Demokratien in aller Welt, aber vor allem im Indo-Pazifik zu intensivieren. Statt eines passiven Angebots braucht die NATO maßgeschneiderte, proaktive Programme, um strategische Partner wie Australien, Japan und Südkorea enger an den Kern des Westens zu binden. Auch bei diesen Maßnahmen sollte wechselseitige Nützlichkeit angestrebt werden, nicht bloß wohlfeile Freundschaftsbekenntnisse.“

Verdrängung kritischer Positionen

Selbst im Grünen Hausblatt war man nicht begeistert ob der transatlantischen Liebeserklärung aus der Böll-Stiftung – „Böll für die Bombe“ titelte die taz. Und auch Teile dessen, was sich als „Parteilinke“ versteht, taten ihr Missfallen kund – das dürfte es aber einmal mehr auch gewesen sein. Deren Position fasste die Süddeutsche Zeitung Ende Januar mit den Worten zusammen: „Von einem irritierenden ‚Meinungsartikel‘ ist da die Rede, von fehlender ‚Neuaufstellung‘ bei der Heinrich-Böll-Stiftung und davon, dass ein Haufen eher rechtsdrehender Sicherheitsexperten jetzt ausgerechnet in der Denkfabrik der Grünen Unterschlupf gefunden habe. Nun werde Unsachgemäßes zur Verteidigungspolitik verbreitet.“

Doch der hier erweckte Eindruck, es handele sich um einen mehr oder weniger einmaligen Ausrutscher, ist grob irreführend. Schon Ueberschärs Vorgänger als Böll-Vorstand, Ralf Fücks, nutzte die Stiftung, um eine militaristische Breitseite nach der anderen in den Parteidiskurs abzufeuern. Und auch die „Impulspapiere“, mit denen aus der Stiftung heraus im letzten Jahr die „Debatte um das nächste Grundsatzprogramm“ beeinflusst werden sollte, bewegten sich teils hart am Rande und teils auch deutlich jenseits der politischen Programmatik der Partei (siehe IMI-Analyse 2020/31). Die Böll-Stiftung leistet damit einen wichtigen Beitrag, dass zunehmend militaristische Forderungen satisfaktionsfähig werden, während antimilitaristische und pazifistische Positionen vollständig marginalisiert werden. Das hatte bislang keine Konsequenzen – mutmaßlich ist das auch genauso gewollt – und es ist auch damit zu rechnen, dass dies auch im jüngsten Fall nicht der Fall sein wird.

Es besteht zwar wenig Hoffnung, aber vielleicht regt sich auch einmal die grüne Basis angesichts der Dreistigkeit, mit der ihr mit dem „Traut-Euch-Papier“ der Mittelfinger gezeigt wird. Vielleicht sind es dabei nicht einmal die militärpolitischen Passagen, die das Fass zum Überlaufen bringen lassen, sondern zum Beispiel die Stellen zum Transatlantischen Investitions- und Handelsabkommens (TTIP). Gegen dieses Abkommen gingen bei den bundesweiten Demonstrationen 2016 über 200.00 Menschen auf die Straße – nicht wenige davon Mitglieder der Grünen. Auch das „Traut-Euch-Papier“ ist gegen eine Neuauflage des Abkommens, die Begründung sollte man sich aber auf der Zunge zergehen lassen: „Es ergibt deshalb derzeit keinen Sinn, das Projekt eines transatlantischen Investitions- und Handelsabkommens (TTIP) neu aufzulegen. Dieser Versuch kann gegenwärtig nur scheitern, weil die Meinungsunterschiede, die das Projekt während der Präsidentschaft Barack Obamas zum Misserfolg machten, inzwischen nur noch gewachsen sind, besonders was Landwirtschaft und Lebensmittel-Standards betrifft. Auch steht zu befürchten, dass die politische Elite Deutschlands erneut nicht die Kraft und den Führungswillen aufbringt, wirksam für dieses Projekt zu werben. Ein wiederholtes Scheitern würde aber neuen Schaden anrichten.“

Frontex-Files und das Cyber Valley

Grenzpolizeiliche Rüstung in Baden-Württemberg

von Christoph Marischka

Am 5. Februar gab Jan Böhmermann im ZDF Magazin Royale öffentlich den Startschuss zur Veröffentlichung der „Frontexfiles“, einer Sammlung von Dokumenten der EU-Agentur für den Grenzschutz, deren Herausgabe auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes erzwungen wurde.[1]

Dabei handelt es sich im Kern um Listen von Behörden- und Industrievertreter*innen, die in den vergangenen drei Jahren an Veranstaltungen von Frontex teilgenommen haben, sowie um einige der dort vorgestellten Präsentationen. Als Hintergrund verwiesen sowohl das ZDF Magazin Royal als auch die NGO Corporate Europe Observatory auf das massiv anwachsende Budget der Behörde wie auch das Vorhaben, eigene Einheiten für den Grenzschutz mit insgesamt 10.000 Kräften aufzubauen und auszurüsten. Die Autor*innen und auch erste Kommentator*innen sprechen vor diesem Hintergrund von der Herausbildung eines „grenz-industriellen“ bzw. „militärisch-grenzpolizeilichen Komplexes“.[2]

Jene Firmen, die gleich bei mehreren Treffen anwesend waren, bilden weitgehend das Who-is-Who der europäischen Rüstungsindustrie ab, darunter neben Airbus und Thales u.a. Safran (Frankreich), Leonardo (Italien) und Indra (Spanien). Auch Kleinwaffenhersteller wie Heckler & Koch und Glock waren eingeladen. Unter denjenigen Firmen, die nicht primär in der Rüstungsindustrie tätig sind, hier ihre Aktivitäten im Zuge der Digitalisierung jedoch aktuell ausweiten, finden sich ATOS und der japanische Elektronikkonzern NEC wiederholt in den Listen. In der Auswertung des Corporate Europe Observatory wird NEC auch als eines der relativ wenigen Unternehmen außerhalb Europas hervorgehoben, das in den Frontex-Dateien auftaucht. Neben NEC sind dies ein kanadisches Unternehmen für Gesichtserkennung (Face4Systems) sowie drei israelische Firmen, die im Bereich der Bilderkennung (Shilat Optronics und Seraphim Optronics) und der Drohnentechnologie (Elbit Systems) aktiv sind.[3]

Die insgesamt 108 Unternehmen, die auf den betreffenden Frontex-Treffen vertreten waren, bieten zusammengenommen eine durchaus brauchbare Stichprobe einer sich modernisierenden europäischen Rüstungsindustrie, welche verstärkt auch neue Technologien und mehr oder weniger zivile Anwendungsfelder wie den Grenzschutz in den Blick nehmen. Diese Stichprobe eignet sich damit auch, um die Relevanz einiger Industrie- und Technologie-Cluster hervorzuheben: In diesem Falle das grünschwarz regierte Baden-Württemberg und das von der entsprechenden Landesregierung vorangetriebene „Cyber Valley“.

Unternehmen aus BaWü

Der wesentlich unter dem Dach von Daimler aufgebaute, größte europäische Luftfahrt- und Rüstungskonzern Airbus hat seinen Hauptsitz zwar in Frankreich und zentrale Produktionsstätten u.a. in Spanien. Die (inoffizielle) Zentrale seiner Rüstungssparte jedoch befindet sich in München-Ottobrunn (auf dem Gelände der im Nationalsozialismus aufgebauten Luftfahrtforschungsanstalt München). Hauptsitz der Satelliten- und Weltraumtechnik ist Immenstaad am Bodensee – quasi in Sichtweite zum Lenkwaffenhersteller Diehl Defence, dem v.a. auch auf militärische Antriebssysteme spezialisierten Unternehmen MTU und seinem historischen Zulieferer ZF Friedrichshafen. Tatsächlich in Wurfweite liegt direkt gegenüber dem Airbus-Weltraumzentrum in Immenstaad der explizit für militärische Aufträge zuständige Airbus/Daimler-Ableger ND Satcom GmbH. Ein weiterer zentraler Standort von Airbus befindet sich in Ulm. Hier werden v.a. Sensorik und Radartechnologie entwickelt und produziert. Diese Sparte wurde 2017 von Airbus weitgehend in die Hensoldt AG überführt, die ebenfalls in den Frontexfiles auftaucht - aber nicht als außereuropäisches Unternehmen hervorgehoben wird, obwohl es sich überwiegend im Besitz einer US-amerikanischen Holding, der KKR & Co. Inc., befindet.

Frontex-Land Rover des Typs Discovery 2019 auf der griechischen Insel Kos. Quelle: Wikipedia/Asurnipal

Außer am Bodensee und in Ulm deutet sich v.a. mit Thales ein weiterer Cluster in Baden-Württemberg an, dessen Relevanz auch angesichts der Frontexfiles unterstrichen wird. Thales ist Bahnfahrer*innen von Fahrkartenautomaten bekannt, wo es die Terminals für bargeldloses Bezahlen verantwortet. Thales ist zugleich eines der größten Rüstungsunternehmen weltweit, das Produkte von der Satellitenkommunikation über vollautonome Waffen bis hin zu Nachtsichtgeräten und „head-mounted displays“ – also Cyber-Brillen für den militärischen Einsatz – anbietet. Seine breit aufgestellte Position in der modernen Rüstung hat das Unternehmen unter der Führung von Thierry Breton eingenommen – ehemaliger Wirtschaftsminister Frankreichs und heutiger EU-Kommissar für Industrie, Digitalisierung und Rüstung.[4] Der deutsche Hauptsitz von Thales befindet sich nur wenige Kilometer nördlich von Stuttgart, in einem Industriegebiet direkt an der A81 nördlich des Engelbergtunnels. Wiederum in Sichtweite befindet sich im gegenüber liegenden Industriegebiet von Weilimdorf eine Niederlassung von ATOS, an der noch heute erkennbar ist, dass sie einst zum Siemens-Konzern gehört hat. Auch ATOS wurde unter dem heutigen Industriekommissar Breton zu einem relevanten Player der Rüstungsindustrie zusammenfusioniert. 2011 hatte der Konzern die Siemens-Tochter „IT Solutions and Services“ übernommen, die explizit auf Dienstleistungen für die Bundeswehr zugeschnitten war. Kurz darauf übernahm ATOS auch den (ehemaligen) IT-Hersteller Bull, der sich zwischenzeitlich auf Cloud-Dienstleistungen für das Militär spezialisiert hatte. Heute hat ATOS gemeinsam mit Thales eine zentrale Rolle in der informationstechnischen Vernetzung der französischen Luft- und Bodenstreitkräfte und leitet das Unternehmen die Studie „Gläsernes Gefechtsfeld“ für die Bundeswehr, bei der KI einzelne Soldat*innen und autonome Systeme auf Grundlage ihrer jeweiligen Position, ihres Munitionsbestandes und ihrer körperlichen Verfassung anleiten soll.[5] Thales wiederum hatte im Februar 2020 feierlich bekannt gegeben, dass es gemeinsam mit Airbus die „Combat Cloud“ für das „Future Combat Air System (FCAS)“ bereitstellen würde.[6] Bei dem deutsch-französischen Großprojekt soll nicht nur ein (bemanntes) Kampfflugzeug der nächsten Generation entwickelt werden, sondern dieses von Anfang an in ein Gesamtsystem eingebettet sein, bei dem eine Vielzahl von autonomen Systemen zusätzliche Waffen, Sensorik und Mittel zur elektronischen Kampfführung tragen und im Verbund mit dem bemannten Flugzeug zum Einsatz bringen können. In seiner Zusammenfassung über die Frontexfiles[7] weist Matthias Monroy noch auf ein weniger bekanntes Unternehmen hin, welches offenbar den Rüstungsriesen Airbus bei der Vergabe eines Auftrags zur Grenzüberwachung mit sog. „Aerostats“ – Zeppelinen oder Ballons – ausstechen konnte. Der Auftrag umfasst den Einsatz eines solchen Aerostats für vier bis sechs Monate an der griechischen Außengrenze. Das Luftfahrzeug selbst stammt vom französischen Hersteller CNIM, den Betrieb der Aufklärungstechnologie übernimmt die deutsche Firma in-innovative navigation GmbH, die in Kornwestheim, etwa 10km von Thales und Atos entfernt, ihren Sitz hat. Zumindest in der Vergangenheit haben innovative navigation und Thales auch schon bei Grenzschutzaufträgen kooperiert. So findet sich auf der Homepage des Unternehmens eine Pressemitteilung aus dem Jahr 2013, die von der Installation eines „lokale[n] Überwachungssystem[s] zur Sicherung der EU-Außengrenzen in Kroatien“ berichtet: „Die Firma in-innovative navigation GmbH lieferte dafür im Auftrag des Joint Ventures der Firmen THALES und PCE (Pomorski Centar Elektroniku) die gesamte Technik der Radarüberwachung (Sensoren, Signalverarbeitung) und die Software für modernste und effiziente Verarbeitung der Sensorsignale: Signalintegration, Trakking, sowie die Darstellung der Daten in der Zentrale mit inDTS, einem leistungsfähigen Displaymodul der Firma in-innovative navigation GmbH“.[8]

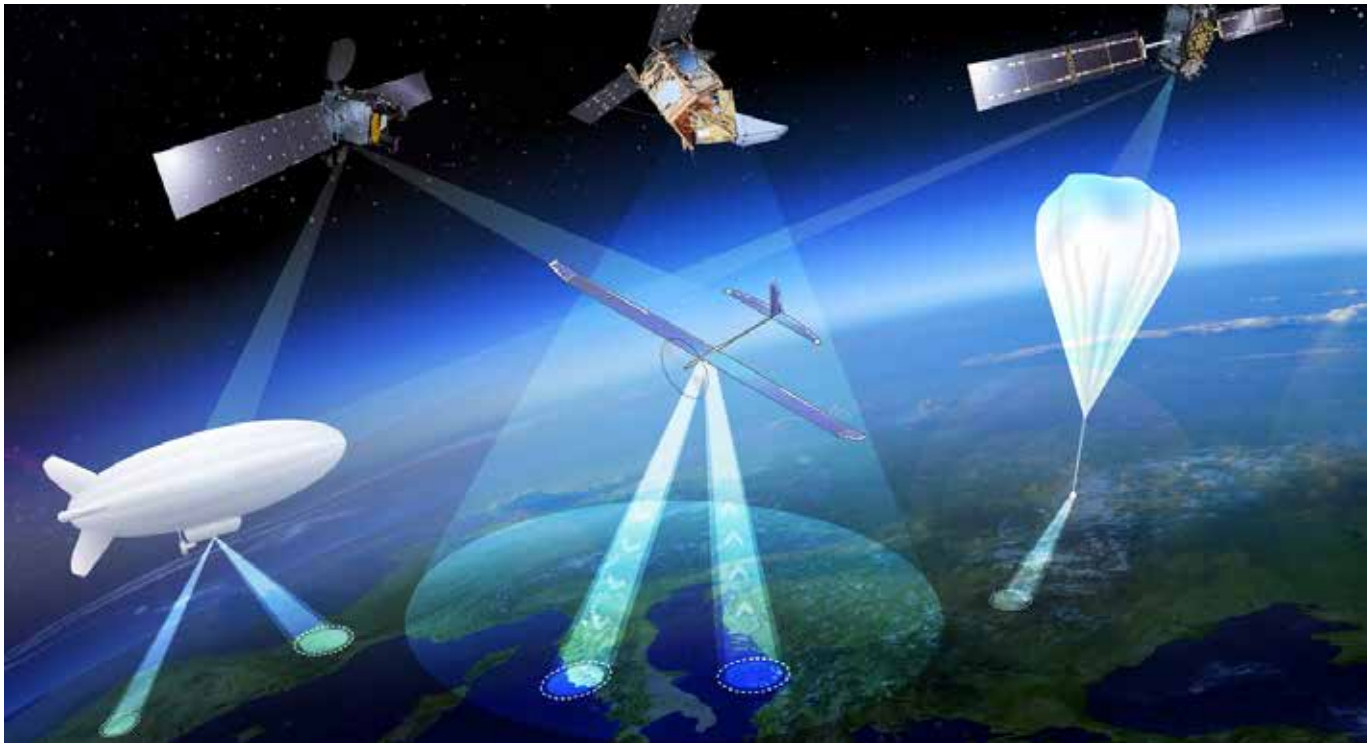
Frontex-Partner und das Cyber Valley

Beim Cyber Valley handelt es sich nach eigenen Angaben um „Europas größtes Forschungskonsortium im Bereich der künstlichen Intelligenz mit Partnern aus Wissenschaft und Industrie“.[9] Es wurde im Dezember 2016 vom Land Baden-Württemberg, der Max-Planck-Gesellschaft, den Universitäten Stuttgart und Tübingen

sowie den Industriepartnern, darunter Daimler, Bosch und ZF Friedrichshafen auf den Weg gebracht – später stieg auch das US-Plattformunternehmen Amazon ein. Im Kern besteht das Cyber Valley bislang aus einem Technologiepark in Tübingen und einem „Ökosystem“ – einem Netzwerk von Programmen und Institutionen, die Unternehmensgründungen anregen und fördern sollen, indem sie Know-How, Räumlichkeiten, Kontakte zu Industrie und Risikokapital usw. bereitstellen. Ziel ist die schnelle Kommerzialisierung neuer Forschungsergebnisse und damit auch die Generierung privater Gewinne aus öffentlich finanzierter Forschung. Inhaltlicher Schwerpunkt ist das Maschinelle Lernen und insbesondere das Maschinelle Sehen. Angesichts der starken Beteiligung der Automobilindustrie sind Anwendungen v.a. im Bereich des autonomen Fahrens naheliegend. Die damit verbundenen Fragestellungen der Fusion und Interpretation von Sensordaten liegen nahe an jener Forschung, die andernorts im Auftrag des Militärs, der Rüstungsindustrie, Grenzschutz- und anderer Überwachungsbehörden durchgeführt wird. Die Grundlagenforschung einiger am Cyber Valley beteiligter Wissenschaftler*innen zur Bilderkennung durch Künstliche Neuronale Netze wurde in den vergangenen Jahren u.a. durch ein Projekt (MICrONs) der gemeinsamen Forschungsbehörde der US-Geheimdienste (IARPA) finanziert.[10] Eingebunden in das Projekt war auch das Unternehmen Amazon, das aktuell im Tübinger Technologiepark ein Forschungszentrum für Maschinelles Lernen erbaut und in den USA für verschiedene Militär- und Geheimdienstbehörden Cloud-Anwendungen zur Verfügung stellt.

Auch wenn Technologien explizit für Militär und Grenzschutz aktuell keinen Schwerpunkt im Cyber Valley bilden, ist es doch auf verschiedenen Wegen an die auf Grundlage der Frontexfiles skizzierten Technologiecluster angebunden. So wurde z.B. eine frühere Ausgründung der aus der Universität Tübingen, das Tübinger Startup „Science&Computing“, zunächst von Bull und kurz vor der Gründung des Cyber Valleys von Atos unternommen. 2018 eröffnete die European Space Agency (ESA) gemeinsam mit Bosch und der Rüstungssparte von Airbus im Technologiepark Tübingen-Reutlingen (TTR) sowie am Partnerstandort in Immenstaad einen Business Incubation Centre (BIC): „60 Startups erhalten bis Ende 2021 an den drei Standorten die Möglichkeit zur Inkubation und durchlaufen die Förderphase von bis zu 2 Jahren. Für die technische Unterstützung stehen die Unternehmen Airbus Defence and Space in Friedrichshafen und Bosch Automotive Electronics in Reutlingen zur Verfügung“, so berichtete damals die ESA.[11] Die ebenfalls beteiligte IHK ergänzt: „Als Anschubförderung erhalten die Gründungen 50.000 Euro sowie umfassende Service-Angebote durch Firmenbetreuer vor Ort und das Partner-Netzwerk. Dazu gehören zehn Beratungs- oder Labortage bei Bosch oder Airbus. Im Anschluss an die Phase im ESA-BIC sollen die Unternehmen im örtlichen Technologiepark angesiedelt werden“.[12] Aktuell laufen im Cyber Valley Verhandlungen über die konkrete Zusammenarbeit mit dem japanischen Elektronikkonzern NEC, die im November 2020 durch ein Memorandum of Understanding auf den Weg gebracht wurde. Laut Pressemitteilung des Cyber Valleys handelt es sich bei NEC um ein „weltweit führende[s] Unternehmen für Technologie- und Kommunikationsinfrastrukturen und -lösungen. Zu den Stärken von NEC gehören die originäre Forschung im Bereich der KI und deren angewandter Einsatz“.[13] Dass NEC in den vergangenen Jahren mehrfach in der Liste der 100 größten Rüstungsunternehmen weltweit (ohne China) aufgetaucht ist, verschweigt die Pressemitteilung dabei. Neben den Aktivitäten von NEC in der Rüstung und im Grenzschutz versucht NEC vergleichbare Technologien unter den Schlagwörtern „öffentliche Sicherheit“ und „Smart Cities“ auch in einem rein zivilen Umfeld zu etablieren. Broschüren des Unternehmens zu diesen Schlagwörtern offenbaren Visionen eines Alltags, der durch die Allgegenwärtigkeit autonomer Systeme, biometrischer Erfassung und Zugangskontrollen geprägt ist.[14]

Damit ist NEC in einem ähnlichen Segment aktiv, wie Atos, in das auch Bosch mit seiner Sparte „Security and Safety Systems“ verstärkt einsteigen will. In einer Broschüre zum Produkt „Intelligente Video Analyse“ nennt Bosch selbst den Grenzschutz als mögliche Anwendung: „Diese Lösung auf dem aktuellen Stand der Technik ist ideal für erfolgskritische Anwendungen wie dem Perimeterschutz von Flughäfen, kritischen Infrastrukturen und Regierungsgebäuden, Grenzpatrouillen und die Verkehrsüberwachung“. Das System kann demnach selbstständig u.a. das Eindringen unautorisierter Personen, das Abstellen von Gegenständen oder das unerlaubte Parken von Kraftfahrzeugen erkennen und bewegte Objekte verfolgen. Die meisten der dargestellten Beispiele beziehen sich jedoch auf die intelligente Überwachung von Lagerhallen bzw. Fabriken und damit auch der dort Arbeitenden.[15] Auch Bosch plant aktuell den Bau eines KI-Campus auf bzw. neben dem Technologiepark in Tübingen. Der Vollständigkeit halber sei hier noch erwähnt, dass noch ein weiterer Industrie-Partner des Cyber Valleys in den Frontexfiles auftaucht: Daimler. Es handelt sich dabei um eine eher kleine – man könnte auch sagen: exklusive – Veranstaltung am 8. Februar 2018. Frontex hatte zu einem Industry Day zum Thema „Fahrzeuge zur Unterstützung des Migrationsmanagements“ eingeladen. Neben Daimler (Mercedes-Benz Defence Project Vans) waren nur zwei weitere, kleinere Unternehmen vertreten, die



Aerostats oder auch High Altitude Pseudo Satellites (HAPS). Quelle: ESA

auf die Umrüstung von Fahrzeugen für Spezialaufgaben wie Geldtransporte spezialisiert sind. Die Frontexfiles umfassen auch ein kurzes Dokument mit den wesentlichen Ergebnissen. Dieses enthält u.a. sichtbar die voraussichtlichen Lieferzeiten und geschwärzt die Preisspanne für die nicht näher spezifizierten Nutzfahrzeuge. Während die kleineren Unternehmen offenbar Aussagen dazu gemacht haben, welche Sicherheitsbehörden sie bereits beliefert haben – die allerdings geschwärzt wurden – hat Daimler demnach lediglich angegeben, bereits „viele Aufträge für Grenzschutz und -überwachung“ erhalten zu haben, dass man aber keine Angaben „zu Kunden, Ländern oder Modellen“ mache.[16] Einen Hinweis gibt allerdings das EU-Forschungsprojekt „ROBORDER“, das nicht zufällig Assoziationen einer von Robotern überwachten Grenze weckt: Tatsächlich wird der Einsatz unbemannter Luft-, Land- und (Unter-)Wasserfahrzeugen für den Grenzschutz erprobt. Matthias Monroy schreibt hierzu auf Telepolis: „Die Tests erfolgen unter anderem auf der griechischen Insel Kos in der Ägäis. Die Aufnahmen laufen dort in einem mobilen Lagezentrum zusammen. Das Fahrzeug stammt von dem deutschen Hersteller Elettronica aus Meckenheim in Nordrhein-Westfalen und basiert auf einem Mercedes Sprinter. Unter der Produktlinie ‚Öffentliche Sicherheit‘ wird es als ‚Multirole operations support vehicle‘ (MUROS) verkauft“. Solche Fahrzeuge kommen demnach auch in Deutschland bereits bei Demonstrationen zum Einsatz: „Als ‚Beweissicherungs- und Dokumentationskraftwagen‘ (BeDoKw) mit ausfahrbaren, vier Meter langen Masten mit Videokameras und Mikrofonen fahren die MUROS unter anderem auf Demonstrationen und übermitteln die Bilder in hoher Auflösung an die zuständige Einsatzleitung oder an mobile Greiftrupps [...] Eines der Mikrofone verfügt über Richtcharakteristik, auf diese Weise werden beispielsweise Redebeiträge in das polizeiliche Hauptquartier übertragen“.[17]

Innovationspark Baden-Württemberg

Das Land Baden-Württemberg hat bereits einen dreistelligen Millionenbetrag in das Cyber Valley investiert. Hinzu kommen Gelder des Bundes, u.a. für das ebenfalls auf dem Technologiepark ansässige „Tübinger AI Center“. Im Dezember 2020 wurde bei einer Videokonferenz mit Kanzlerin Merkel, dem Ministerpräsidenten des Landes, der EU-Vizekommissarin für Digitalisierung und mehreren Vertretern des Cyber Valley (davon zwei nebenberuflich bei Amazon beschäftigt) ein „AI Breakthrough Hub“ ins Leben gerufen, in den ein weiterer dreistelliger Millionenbetrag von Bund, Land und privaten Investor*innen fließen soll.[18] Außerdem hatte das Land angekündigt, den Aufbau eines „KI-Innovationsparks Baden-Württemberg“ mit 50 Mio. Euro zu unterstützen – falls sich die beteiligten Kommunen mit Eigenmittel in derselben Höhe einbringen. Eine entsprechende Machbarkeitsstudie war im Dezember 2019 in Auftrag gegeben worden, ist aber noch nicht abgeschlossen. Trotzdem wurde Ende November 2020 das Wettbewerbsverfahren unter den interessierten Kommunen eröffnet. Die Frist für die Bewerbung endete bereits zwei Monate später, nämlich am 29.1.2021. Das war natürlich ein

knapper Zeitrahmen, um innerhalb der Kommunen zu diskutieren, ob und wie ein solcher Innovationspark überhaupt wünschenswert wäre. Dabei hat es die eilig doch noch veröffentlichte vorläufige Fassung der Machbarkeitsstudie durchaus in sich: Darin werden u.a. „Testgelände mit regulatorischen Freiräumen zur Erprobung neuer KI-Technologien (‚Large Scale') und Reallaboren (insb. Biolabor, Robotiklabor, Fahrlabor, Fluglabor) für die Datengewinnung bzw. Validierung sowie die Etablierung eines KI-Lifestyles" angestrebt. An anderer Stelle ist von „Testfelder[n] mit integrierter Sensorik, Flugfelder[n] für Drohnen, Start- und Landeplätze für autonome Flugtaxis" die Rede.[19]

Dass das Cyber Valley in diesem „Wettbewerbsverfahren" eine gute Startposition einnimmt, war von Anfang an klar. Letztlich entschieden sich die Verwaltungen in Tübingen, Reutlingen, Stuttgart und Karlsruhe für eine gemeinsame Bewerbung, wobei Reutlingen die größte Fläche auf dem Gelände einer ehemaligen Spedition bereitstellt. Tübingen will sich mit den verbliebenen kleinen Flächen im Technologiepark beteiligen und die restlichen Eigenanteile finanziell erbringen. Auch Stuttgart und Karlsruhe werden im Zuge des Bewerbungsverfahrens weitere Flächen für die KI-Forschung reservieren. Letztlich wird es also nicht den einen KI-Innovationspark geben, sondern mehrere kleine, die an bestehende Cluster andocken. Das von den drei Regionen gemeinsam vorgelegte Eckpunkte-Papier zur Bewerbung sieht demnach vor, „dass ein branchenübergreifender, integrierter Experimentier- und Datenraum für KI-Innovationen der neuen Generation entsteht. In vernetzten Testfeldern und Labs werden Entwicklung und Erprobung innovativer KI-Lösungen in realen Umgebungen möglich gemacht".[20]

Durch die großräumige Verteilung des „Innovationsparks" wird letztlich ein weiterer Cluster öffentlicher Förderung und wissenschaftlich-unternehmerischer Vernetzung entstehen, der an bestehende Cluster und damit auch an die in den Frontexfiles zum Vorschein gekommene militärisch-grenzpolizeiliche Industrie anknüpfen kann. Besonders spannend wird dabei die Rolle des Fraunhofer-Instituts für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (IOSB), das beispielsweise Teil des wiederum aus Bundesmitteln geförderten „Digital Hub Karlsruhe für angewandte Künstliche Intelligenz" ist. Das Fraunhofer IOSB führt zahlreiche Forschungsprojekte für das Verteidigungsministerium durch, darunter die verbesserte Bildauswertung von Bundeswehrdrohnen und Darstellungen multisensorieller Aufklärungssysteme an einem „digitalen Lagetisch". Es war – tw. gemeinsam mit Thales und Airbus – an mehreren Forschungsprojekten des Bundes und der EU beteiligt, die darauf abzielten, illegale Migration mithilfe von Satelliten, Drohnen und Sensorbojen zu detektieren und hat sich u.a. darum bemüht, von der Bundeswehr u.a. in Afghanistan eingesetzte Drohnenmodelle für den Schweizer Grenzschutz umzurüsten.[21] Zuletzt führt das Fraunhofer IOSB auch das Pilotprojekt zur „intelligenten Videoüberwachung" am Mannheimer Hauptbahnhof durch. Auch hierbei handelt es sich gewissermaßen um einen „regulatorischen Freiraum zur Erprobung neuer KI-Technologien" bzw. „Reallabor für die Datengewinnung bzw. Validierung".

Anmerkungen

1 https://frontexfiles.eu/.
2 Matthias Monroy: Frontex Files - Der militärisch-grenzpolizeiliche Komplex, netzpolitik.org (5.2.2021).
3 https://corporateeurope.org/en/lobbying-fortress-europe
4 Christoph Marischka: EU-Kommission - (Diese) Industriepolitik ist Rüstungspolitik, Telepolis (12.11.2019).
5 Thomas Wiegold: Studie fürs „gläserne Gefechtsfeld", augengeradeaus.net (16.4.2019).
6 „Airbus and Thales join forces to develop the Air Combat Cloud for Future Combat Air System", Pressemitteilung der Thales Group (20.2.2020).
7 Matthias Monroy: Frontex Files (5.2.2021).
8 „in-innovative navigation GmbH installiert ein lokales Überwachungssystem zur Sicherung der EU-Außengrenzen in Kroatien", Pressemitteilung der in Gmbh (29.10.2013).
9 https://cyber-valley.de/.
10 Christoph Marischka: Cyber Valley, MPG und US-Geheimdienste, IMI-Studie 3/2020.
11 https://www.esa-bic-bw.de/de/.
12 „Reutlingen ist Start-up-Standort der ESA", IHK Reutlingen (13.4.2018).
13 „NEC Laboratories Europe und Cyber Valley Forschungseinrichtungen unterzeichnen MoU", Pressemitteilung des Cyber Valley (19.11.2020).
14 NEC: Behaviour Detection Solution, Safer Cities.
15 Bosch: Creating a more secure world and new value for businesses with Video analytics.
16 Forontexfiles.eu: Main outcomes - Industry day VMM_redacted.pdf.
17 Matthias Monroy: Für jede Repression zu haben - Das MUROS aus Meckenheim, Telepolis (28.8.2019).
18 Rede von Bundeskanzlerin Merkel zum Startschuss für das „AI Breakthrough Hub" am 17. Dezember 2020 (Videokonferenz), bundeskanzlerin.de.
19 CBRE GmbH: Machbarkeitsstudie zum Innovationspark KI, wirtschaft-digital-bw.de.
20 „Zusammen für den Erfolg der Künstlichen Intelligenz im Land", Pressemitteilung auf stuttgart.de (29.1.2021).
21 Christoph Marischka: Fraunhofer IOSB - Dual Use als Strategie, IMI-Studie 2017/02.

Hannibal-Komplex

Parlamentarisches Kontrollgremium bestätigt Existenz rechter Netzwerke

von Luca Heyer

Das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) ist für die Kontrolle der Geheimdienste des Bundes zuständig und überwacht den Bundesnachrichtendienst (BND), den Militärischen Abschirmdienst (MAD bzw. BAMAD) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Die Bundesregierung ist nach dem Kontrollgremiumgesetz dazu verpflichtet, das PKGr umfassend über die allgemeinen Tätigkeiten der Nachrichtendienste und über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten. Die Abgeordneten, die dem PKGr angehören, haben dadurch einen besonders privilegierten Zugang zu sensiblen Informationen, dürfen aber nicht bzw. nur bedingt über diese sprechen.

Im Dezember 2020 veröffentlichte das PKGr seinen Bericht über „Erkenntnisse, Beiträge und Maßnahmen von Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst, Bundesamt für Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst zur Aufklärung möglicher rechtsextremistischer Netzwerke mit Bezügen zur Bundeswehr“.[1] Dieser Bericht stellt den Geheimdiensten, insbesondere dem MAD, kein gutes Zeugnis aus. Grundlage des Berichts sind die Untersuchungen eines Ständigen Bevollmächtigten des PKGr, der den Geheimdiensten „auf die Finger schaute“. Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) hatte seit einigen Jahren immer wieder über das Problem mit Neonazis in der Bundeswehr, besonders beim Kommando Spezialkräfte (KSK), berichtet. 2019 wurden in der IMI-Studie 2019/04b ausführliche Rechercheergebnisse über das Hannibal-Netzwerk veröffentlicht. Seitens der Bundesregierung war jahrelang geleugnet worden, dass überhaupt ein Problem bestehe. Die gefährlichen rechten Netzwerke in den Sicherheitsbehörden wurden schlicht geleugnet, z.B. in der Antwort auf eine Kleine Anfrage[2] 2019: „Dem MAD liegen keine Erkenntnisse vor, dass im Umfeld des KSK rechtsterroristische Netzwerke existieren würden oder im Entstehen begriffen wären. [...] Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse über das angebliche Bestehen einer derartigen Gruppe.“

Im Bericht des PKGr, dem auch Vertreter*innen der Regierungsparteien angehören, wird die Existenz solcher rechtsterroristischen Netzwerke nun allerdings doch eingeräumt. So ist die Rede von einer „besorgniserregende[n] reale[n] und digitale[n] Vernetzung“. Es gebe „rechtsextreme organisierte Strukturen (Netzwerke) mit Bezügen zur Bundeswehr und anderen Sicherheitsbehörden“. Bei Polizei und Geheimdiensten in Bund und Ländern seien „eine Reihe von Beschäftigten mit rechtsextremistischem – auch gewaltorientiertem – Gedankengut tätig“. Diese stünden „wenn auch nicht alle mit allen, so doch in verschiedenen Kreisen in unterschiedlich intensiven Verbindungen zueinander“. Kontakte zwischen den Teilbereichen des Netzwerks bestünden vor allem über die Administratoren der rechten Chatgruppen. Die Protagonisten des Netzwerks seien wegen ihrer ausgeprägten Waffenaffinität, ihrer beruflichen Erfahrung bei Spezialkräften der Bundeswehr, der Polizei und weiteren Behörden und ihrem privilegierten Zugang zu Waffen gefährlich. Der sorglose Umgang mit Waffen und Munition bei den Behörden hätte begünstigt, „dass Schusswaffen und Munition, die zu einem großen Teil aus den Beständen der Bundeswehr und sonstiger Spezialeinheiten der Polizeien stammen, für die Protagonisten unbemerkt zu entwenden waren.“ Eine Vielzahl der handelnden Personen in dem Netzwerk stünden in Kontakt zur Identitären Bewegung, dem „Flügel“ der AfD, der Jungen Alternative und rechtsextremen Burschenschaften. Außerdem begrüßt das PKGr, dass der Verein Uniter, der ebenfalls Teil des Netzwerks ist und militärtaktische Trainings angeboten hatte, nun vom BfV als Verdachtsfall eingestuft wurde, weil tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bestehen. Der Bericht resümiert mit der Feststellung, es seien viele Fälle zutage getreten, „in denen aktive und pensionierte Angehörige von Sicherheitsbehörden [...] im Dienst erworbene Fähigkeiten und sicherheitsrelevantes Spe-

zialwissen in gewaltbereiten Zusammenschlüssen [...] gegen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland einsetzen.“ Insoweit deckt sich die Einschätzung des PKGr weitgehend mit den 2019 veröffentlichten Rechercheergebnissen der IMI.

Die durchaus existenten Pläne, politische Gegner*innen an einem Tag X zu ermorden, werden im Bericht des PKGr jedoch nicht erwähnt; es gebe zudem „derzeit keine Beweise für eine ‚Schattenarmee‘, die einen gewaltsamen Umsturz plant.“ Es ist lediglich davon die Rede, es seien „Listen von Personen des öffentlichen Lebens zu einem nicht bekannten Zweck“ angefertigt worden. Der Zweck dieser Listen ist allerdings durchaus bekannt – z.B. aus den Vernehmungen des Nordkreuz-Mitglieds Horst S., der aussagte, die Personen auf den Listen sollten „weg“. Dafür habe es auch konkrete Planungen gegeben. Auch die Tatsache, dass bei Nordkreuz die Bestellung von 200 Leichensäcken und Ätzkalk geplant war, spricht in diesem Zusammenhang für sich.[3]

Rolle der Geheimdienste

Die Bewertung der Arbeit der Geheimdienste in diesem Komplex fällt allerdings wieder ähnlich aus wie in der IMI-Studie 2019/04b. Die IMI hatte damals geschrieben: „[...] nicht nur der MAD ist mit in das Netzwerk verstrickt; auch die Verfassungsschutzbehörden in Baden-Württemberg und Bayern [...]. Es tummeln sich also allerlei Geheimdienst-Mitarbeiter*innen um den Verein. Doch auch das könnte nur die Spitze des Eisbergs sein: UNITER bezeichnet sich selbst als Netzwerk für ‚SOF and Intelligence‘, also Spezialkräfte und Geheimdienste.“ Die Geheimdienste waren zudem auch an der jahrelangen Leugnung rechter Netzwerke in den Behörden beteiligt. Sie sind also nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Das PKGr erkennt in seinem Bericht zumindest ein massives Versagen der Geheimdienste an: „Im Laufe der Untersuchung wurde deutlich, dass der BAMAD seine Aufgaben in der Bekämpfung des Rechtsextremismus und bei der Spionageabwehr der Bundeswehr nicht in hinreichendem Maße wahrgenommen hat. [...] Der im Rahmen der Ermittlungen zutage getretene Informationsabfluss aus dem BAMAD an das KSK zeigt Mängel in der professionellen Distanz einzelner Beschäftigter bei der Aufgabenwahrnehmung.“ Wegen mangelnder Kooperation mit anderen Diensten und Strafverfolgungsbehörden komme es zu „Erkenntnislücken und Analysedefiziten, die auch Auswirkungen auf die Beweisführung im Strafprozess haben können.“ In diesem Bereich habe auch das BfV versagt: Die Zusammenarbeit mit der Polizei und anderen Geheimdiensten sei „nicht befriedigend und unzureichend abgestimmt“ gewesen.

Konsequenzen?

Es bleibt die Frage, welche Konsequenzen aus dem Befund gezogen werden müssen, dass sich ein brandgefährliches rechtsterroristisches Netzwerk in Bundeswehr, Polizei und Geheimdiensten bilden konnte. Die Empfehlungen des PKGr sind in dieser Frage nicht weitgehend genug bzw. werden dem Problem nicht gerecht. So wird neben eher begrüßenswerten Maßnahmen wie einer Verschärfung des Waffenrechts auch empfohlen, die Geheimdienste weiter zu stärken und Speicherfristen zu verlängern, was das Problem nicht löst.

Die Verfassungsschutzbehörden und der MAD müssen aufgelöst werden! Sie waren offensichtlich nicht in der Lage oder nicht willens, rechte Netzwerke mit Terrorplänen effizient zu bekämpfen oder die Regierung in dieser Thematik so zu beraten, dass sie die Problematik ernst nimmt. Dies zeigte sich auch schon beim Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), der jahrelang trotz zahlreicher V-Leute im direkten Umfeld ungestört morden konnte, was bis heute nur mangelhaft aufgeklärt wurde.

Auch hier versagten MAD und Verfassungsschutz oder – noch schlimmer – sie behinderten die Aufklärung sogar. Es lassen sich in der Vergangenheit noch mehr ähnliche Fälle finden. Aus ihrem eigenen Versagen bzw. Fehlverhalten gehen die Geheimdienste immer wieder gestärkt hervor – nur um dann wenige Jahre später erneut zu „versagen“. Hier scheint ein strukturelles Problem vorzuherrschen. Dieses kann nur durch die Auflösung dieser Behörden gelöst werden – Reformen ändern nichts an den Ursachen für den momentanen Zustand, wie z.B. den NS-Kontinuitäten der betreffenden Behörden. Dies betrifft im Übrigen auch die Polizei und die Bundeswehr.

Wichtig ist jetzt, dass schonungslos aufgeklärt wird und rechte Netzwerke unschädlich gemacht werden. Der vollständige Bericht des Ständigen Bevollmächtigten des PKGr ist als geheime Verschlusssache eingestuft, sodass nicht einmal die Abgeordneten im Verteidigungsausschuss oder Innenausschuss des Bundestags diesen lesen dürfen. Transparenz sieht anders aus. Auch von den Waffendepots des Hannibal-Netzwerks wurde nur ein Bruchteil gefunden und fast alle Beteiligten sind aktuell auf freiem Fuß – es besteht also immer noch ein erhebliches Gefahrenpotenzial. Hier muss – insbesondere nach den Erkenntnissen des PKGr – endlich das gesamte Netzwerk als Ganzes in den Blick genommen und die Mär der vielen „Einzeltäter“ aufgegeben werden. Nur dann kann die Gefahr, die vom Hannibal-Netzwerk ausgeht, nachhaltig gebannt werden.

Prozess gegen KSK-Soldat

Dafür könnte es allerdings auch bereits zu spät sein. Momentan läuft in Leipzig der Prozess gegen den ehemaligen rechtsextremen KSK-Soldaten Philipp Sch., in dessen Garten im Sommer 2020 ein gewaltiges Waffendepot mit Waffen und Sprengstoff aus Bundeswehrbeständen ausgehoben wurde. Angeklagt ist er nur wegen dieser Verstöße gegen das Waffengesetz bzw. Sprengstoffgesetz. Der Prozess wird damit voraussichtlich leider nicht aufklären, wofür die Waffen gedacht waren. Ebenso wird die Frage ungeklärt bleiben, inwiefern Philipp Sch. sich in das Hannibal-Netzwerks einfügt. Ermittler*innen fanden auf seinem Telefon die Nummern von Polizisten, die zu Nordkreuz gehören.[4] Die meisten KSK-Soldaten, die Teil des Hannibal-Netzwerks waren, kannte Sch. aus der gemeinsamen Zeit in der 2. Einsatzkompanie des KSK. Die Indizien, die dafür sprechen, dass Sch. mit diesen Personen Tag-X-Pläne schmiedete bzw. Terroranschläge plante, sind erdrückend. Um dies aber abschließend aufzuklären, hätte jedoch nicht nur (wie bei fast allen Protagonisten des Netzwerks) wegen der Waffen und des Sprengstoffs ermittelt werden müssen, sondern wegen der Bildung bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Dies scheint aber seitens des Staates so nicht gewollt, weil dann womöglich noch unangenehmere Wahrheiten ans Licht kommen könnten.

Anmerkungen

1 Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch das Parlamentarische Kontrollgremium. Erkenntnisse, Beiträge und Maßnahmen von Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst, Bundesamt für Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst zur Aufklärung möglicher rechtsextremistischer Netzwerke mit Bezügen zur Bundeswehr. Drucksache 19/25180. 11.12.2020.

2 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Tobias Pflüger, Christine Buchholz, Andrej Hunko, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 19/7513. 4.2.2019.

3 Der Tagesspiegel: 200 Leichensäcke und Ätzkalk bestellt. Rechtsextremes Netzwerk plante Attentate auf politische Gegner. 28.6.2019.

4 Taz: KSK-Soldat vor Gericht: Waffen, Hitlerbilder, Hetzschriften. 22.1.2021.

Angriff auf Linke Friedenspolitik

Linke-Politiker Matthias Höhn legt problematisches Konzept vor

von Tobias Pflüger

Zum Jahresanfang hat Matthias Höhn, Bundestagsabgeordneter der Linken, ein „Diskussionsangebot“ gemacht, wie „linke Sicherheitspolitik“ künftig aussehen soll. „Linke Antworten auf der Höhe der Zeit“ forderte er in einem Positionspapier. Tatsächlich legt Matthias Höhn die Axt an zentrale friedenspolitische Positionen der Linken.

Die Linksfraktion im Bundestag wendet sich programmgemäß strikt gegen den Umbau der EU zu einer Militärmacht. Fatalerweise setzt Matthias Höhn genau hier an: „Die EU muss sich als politischer Akteur mit eigenständigen Interessen, Zielen und Werten verstehen und auch als solcher agieren“, fordert er. Deshalb müssten sich Linke über „Ziele und Mittel einer europäischen Sicherheitspolitik“ verständigen. „Für DIE LINKE sind Verteidigungspolitik und EU derzeit jedoch zwei unvereinbare Dinge. Das ist ein Fehler“, behauptet Höhn.

Damit übernimmt Höhn komplett Positionen, wie sie bei SPD oder Grünen (programmatisch) vertreten werden, das ist wohl auch Zweck der ganzen Übung. Diese Positionen wollen den Umbau der EU in eine Militärmacht mittragen und vorantreiben. Höhn beklagt durchaus in seinem Papier das Verhalten von Großmächten, denen es nur „um geopolitische Einflusssphären und wirtschaftliche Interessen“ gehe und die „für den eigenen Vorteil internationale Regeln [...] brechen“. Er nennt namentlich aber nur die Vereinigten Staaten, Russland und China. Bezüglich der EU schürt er dagegen unglaubliche Illusionen. Er missachtet völlig, dass auch die EU ein großer geopolitischer Akteur ist mit ökonomischen und militärischen Interessen. Das ist nichts anderes als illusionäre Realpolitik.

Ein Dorn im Auge ist Matthias Höhn auch das strikte Nein zu Rüstungsprojekten der Bundeswehr. „In den zurückliegenden Legislaturperioden hat die Linksfraktion nahezu keiner Beschaffung für die Bundeswehr, von der persönlichen Ausrüstung bis zum Kampfflugzeug, zugestimmt“, klagt er. Das stimmt. Genau das ist ein wesentlicher Punkt, auf den ich auch weiterhin drängen werde. Denn wir sind mit dem ganzen Kurs der Bundeswehr nicht einverstanden und dringen im Parlament auf Abrüstung. Denn die 53 Milliarden Euro, die diese Hochrüstung 2021 kostet, fehlen natürlich im zivilen Sektor, etwa zur Bekämpfung der Corona-Pandemie.

Es wäre daher auch keine Lösung, das Zwei-Prozent-Ziel der Nato durch ein „1-plus-1-Prozent-Ziel“ zu ersetzen – 1 Prozent Entwicklungszusammenarbeit, 1 Prozent Militär, wie Matthias Höhn das vorschlägt. Denn das wäre immer noch deutlich zu viel. Ein Prozent wären 2020 bei einem – wegen Corona leicht gesunkenen – Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 3,32 Billionen Euro immer noch 33 Milliarden Euro, in etwa so hoch wie der von 2016, der bei 34,3 Milliarden Euro lag. Und er wäre sogar um 10 Milliarden Euro größer als im Jahr 2000, als der Etat 24,3 Milliarden Euro betragen hatte. Also: Kein vernünftiger Abrüstungsvorschlag.

Auch Auslandseinsätze schließt Höhn in Bezug auf EU und UN keineswegs aus, er plädiert lediglich für einen „Schwerpunkt auf der Landesverteidigung“.

Insgesamt ist der Text ein Angriff auf die programmatischen Grundlagen linker Friedenspolitik. Matthias Höhn will eine grundlegende, aber falsche Wende. Die gute Nachricht ist: Was Matthias Höhn da schreibt, ist eine Einzelmeinung, in der Linken gibt es dafür bislang keine Mehrheiten – wichtig aber ist es, dafür zu sorgen, dass es so bleibt.

Allons Enfants?

Umstrittene französische Luftangriffe in Mali

von Christoph Marischka

Am Samstag, den 2. Januar 2021, wurden laut Angaben des französischen Verteidigungsministeriums zwei Angehörige der Barkhane-Mission in Mali bei einem Aufklärungseinsatz durch eine improvisierte Sprengfalle getötet. Verteidigungsministerin Florence Parly twitterte „Frankreich hat zwei seiner Kinder verloren", ihr Ministerium veröffentlichte eine Collage mit den Portraits der zwei Getöteten, Yvonne Huynh und Loïc Risser, vor dem Hintergrund der Trikolore. Yvonne Huynh sei demnach die erste weibliche französische Soldatin, die in Mali gefallen ist. Sie war 33 Jahre alt und sei bereits das zweite Mal in Mali im Einsatz gewesen. Loïc Risser ist gerade mal 24 Jahre alt geworden und war bereits zum dritten Mal in Mali stationiert. Erst wenige Tage zuvor, am 28. Dezember, waren drei weitere französische Soldaten durch einen Sprengsatz getötet worden. Insgesamt sei damit die Zahl der in Mali gefallenen Angehörigen der französischen Streitkräfte auf 50 gestiegen.[1]

Die Luftschläge

Bereits am folgenden Tag, dem 3. Januar, führte die französische Luftwaffe gegen 15 Uhr Ortszeit im Zentrum Malis Luftschläge durch, bei denen nach französischen Angaben etwa 30 Angehörige einer (nicht näher benannten) bewaffneten terroristischen Gruppe (groupes armés terroristes, GAT) getötet wurden. Der Angriff sei über einen Kilometer außerhalb des Ortes Bounti erfolgt, nachdem eine Reaper-Drohne die Personengruppe über anderthalb Stunden beobachtet habe. Daraufhin seien zwei ohnehin auf Patrouille befindliche Kampfflugzeuge des Typs Mirage angefordert worden, die drei Bomben auf die Gruppe abgeworfen hätten. Diese sei durch die Beobachtung eindeutig als GAT identifiziert worden und der Tod von Frauen und Kindern könne ausgeschlossen werden.[2]

Von den Bewohnerinnen das Ortes hingegen wird der Vorfall gänzlich anders dargestellt. Demnach habe ein sehr niedrig fliegender, unidentifizierter Helikopter die Bewohner*innen angegriffen und dabei etwa 20 von ihnen, die zu einer Hochzeitsgesellschaft gehört hätten, getötet. Eine NGO, welche die Interessen der Volksgruppe der Peul vertritt (Jeunesse de Tabital Pulaaku), hat eine entsprechende Liste der Getöteten veröffentlicht, unter denen demnach auch der Vater des Bräutigams ist.[3] Diese Vorwürfe wurden auch von internationalen Medien wie der BBC und dem EUObserver aufgegriffen und mit Aussagen namentlich genannter Dorfbewohner oder anonymisiert wiedergegebenen Personals einer Gesundheitsstation unterlegt, die sich u.a. gegenüber den Agenturen Reuters, AFP und AP geäußert hätten. Der Guardian zitiert einen Verwundeten, der gegenüber AP wohl eine dritte Version des Vorfalls geschildert hat. Demnach wären „die Extremisten" auf die zivilen Hochzeitsgäste zugegangen und hätten diese aufgefordert, die Männer von den Frauen zu separieren. Während man dies umgesetzt habe, sei ein Flugzeug aufgetaucht und hätte sofort einen Angriff durchgeführt. Danach habe er nichts mehr mitbekommen, weil er bewusstlos gewesen sei.[4]

Das malische Verteidigungsministerium machte sich die französische Darstellung zu eigen und wies die Berichte über zivile Opfer als „Propaganda" zurück, welche „die heilsbringenden Bemühungen der malischen Sicherheitskräfte und ihrer Partner im Kampf gegen den Terrorismus" diskreditieren wollten.[5] Interessant ist außerdem eine Pressemitteilung der humanitären Organisation „Médecins Sans Frontières (MSF)", die nach eigenen Angaben schwer verwundete Opfer den Angriffs in Bounti behandelt habe. Zum Zeitpunkt des Angriffs sei sie nicht vor Ort gewesen und könne deshalb keine Angaben „zu den Umständen des Vorfalls machen, um den es immer noch viel Verwirrung" gäbe. Zwar spricht die Mitteilung von einer „Bombardierung", beschreibt jedoch die Opfer als „überwiegend ältere Männer", die Wunden von Explosionen, Schrappnelle und Gewehrschüssen aufgewie-

Hochzeitszeremonie in Bamako im Jahr 2010. Quelle: Wikimedia/Alfonso Castellanos.

sen hätten.[6] Gewehrschüsse allerdings passen nicht unbedingt zu einem Luftangriff durch Mirage-Kampfflugzeuge.

Vergeltung?

Über den tatsächlichen Hergang lässt sich also nur spekulieren. Der Verdacht, dass es sich um einen Vergeltungsangriff gehandelt hat, liegt jedenfalls nahe. Auch andernfalls wäre es bezeichnend, wenn sich in Mali regelmäßig mit Bomben bestückte Kampfflugzeuge auf Patrouille befinden und kurzfristig für Luftschläge bereitstehen würden. Dass das französische Verteidigungsministerium nach gut 90-minütiger Beobachtung durch eine Reaper-Drohne eine 30-Personen-Gruppe als eindeutig und vollständig terroristisch identifiziert und zur Eliminierung freigibt, wirft ebenso ein klares Licht auf dessen Vorgehen in Mali. Bemerkenswert ist auch der Verweis in der offiziellen, aber erst am 7. Januar veröffentlichten Darstellung des Ministeriums, wonach die Luftschläge in einem Gebiet stattgefunden hätten, das terroristische Kräfte für logistische Operationen und die Vorbereitung von Sprengsätzen nutzen würden.[7] Das klingt schon ein wenig nach Kollektivschuld nach dem Motto „es wird schon nicht die Falschen getroffen haben“.

So oder so ist davon auszugehen, dass eine klare Unterscheidung zwischen Terroristen, Extremisten und der Zivilbevölkerung, wie sie sich die Militärs wünschen und nach außen suggerieren, nicht existiert. Die Verurteilung des Angriffs durch die lokale Bevölkerung und zivilgesellschaftliche Organisationen, die eine Bevölkerungsgruppe vertreten, die immer wieder pauschal der Kollaboration mit den GAT verdächtigt wird und in ihrer Gesamtheit Ziel von Übergriffen der malischen „Sicherheitskräfte“ wird, lässt sich jedenfalls nicht wegdiskutieren. Deren pauschale Zurückweisung durch das malische Verteidigungsministerium und dessen klare Parteinahme für Frankreich als Partner der eigenen „Sicherheitskräfte“ scheint bestens geeignet, die Spaltung der Gesellschaft weiter voranzutreiben.

„Krieg gegen den Terror“

Aufklärung könnten in solchen Fällen unter geeigneten Umständen die UN bringen, die in Mali eine über 10.000 Kräfte umfassende Mission (MINUSMA) unterhält. Zwar deckt die MINUSMA auch immer wieder Übergriffe des malischen Militärs, darunter summarische Hinrichtungen und Folter u.a. von Angehörigen der Peul auf, zum Vorgehen des französischen Militärs hält sie sich aber bedeckt. Zu den Luftangriffen auf Bounti findet sich bislang keine Stellungnahme der UN oder der MINUSMA. Dasselbe gilt für die Bundesregierung, die mit über 1.000 Kräften an MINUSMA beteiligt ist und zudem eine EU-Mission leitet, mit der angeblich über 90% des malischen Militärs ausgebildet wurden.

Nach außen stellt man die Sache gerne so dar, als hätte das alles nichts miteinander zu tun: Die Massaker der malischen Armee und der Putsch ihrer Führung im ver-

gangenen August auf der einen Seite und deren Ausbildung durch Deutschland, Frankreich und die EU auf der anderen ebenso wenig, wie die „Peacekeeping“-Truppe MINUSMA mit dem französischen „Krieg gegen den Terror“. In Wirklichkeit allerdings ist alles eng miteinander verwoben und wäre weder die EU-Ausbildung, noch die französische Anti-Terror-Kriegführung ohne die MINUSMA möglich. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Die chirurgische Einsatzversorgung des deutschen MINUSMA-Kontingents in Gao erfolgt im Rahmen der französischen Operation Barkhane im benachbarten Feldlager neben dem gemeinsam genutzten Flughafen im Norden Malis. Die Versorgung beider erfolgt über einen gemeinsamen deutsch-französischen Lufttransportstützpunkt im benachbarten Niger, wo die deutschen und französischen Soldat*innen gemeinsam von einer französischen Feldküche versorgt werden.

Wachsender Unmut

Obwohl das Interesse der deutschen Öffentlichkeit am Bundeswehreinsatz in Mali begrenzt ist, wird auch hier zunehmend über die ständige Eskalation in der Region berichtet. Dabei wird immer wieder erstaunt festgestellt, dass sich diese trotz der massiven internationalen Truppenstationierungen vollzieht. Auch in Teilen Malis, vor allem der Hauptstadt, nimmt man die Gleichzeitigkeit von Aufrüstung und Eskalation offenbar überwiegend mit Erstaunen zur Kenntnis. Entsprechend wächst auch der Unmut, der sich zunehmend v.a. gegen die Militärpräsenz der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich richtet, während der MINUSMA eher Tatenlosigkeit oder Handlungsunfähigkeit unterstellt wird. Die Vorfälle in Bounti jedoch verdeutlichen, wie gerade die internationale Truppenpräsenz und der Krieg gegen den Terror zur Eskalation beitragen können. Die eindeutige Parteinahme der von den Putschisten eingesetzten malischen Regierung für das französische Vorgehen könnte auch diese jedoch in zunehmende Bedrängnis bringen. Bislang hatte sich Frankreich ganz gut eingerichtet in der Rolle des einsamen und einzigen „bösen Bubens“. (A Propos „böse Buben“: Die zwei Gefallenen vom 2. Januar gehörten dem 2. Husarenregiment an, spezialisiert auf gepanzerte Aufklärung. Das Regiment ist aufgeteilt in neun Kompanien, die meist nach mehr oder weniger ruhmreichen, historischen Schlachten benannt sind. Das zweite Regiment etwa ist benannt nach der Schlacht von Sidi Brahim, einer der (für Frankreich) verlustreichsten Niederlagen bei der brutalen, kolonialen Eroberung Algeriens im September 1845).

Anmerkungen

1 „Mali – Deux soldats français tués en opération“, https://www.ouest-france.fr/monde/mali/mali-deux-soldats-francais-trouvent-la-mort-en-operation-7106274.

2 So eine Stellungnahme des französischen Verteidigungsministeriums, die allerding erst vier Tage später veröffentlicht wurde: https://maliactu.info/crise-malienne/deux-soldats-francais-ont-ete-tues-au-mali-dans-lexplosion-de-leur-vehicule-annonce-lelysee.

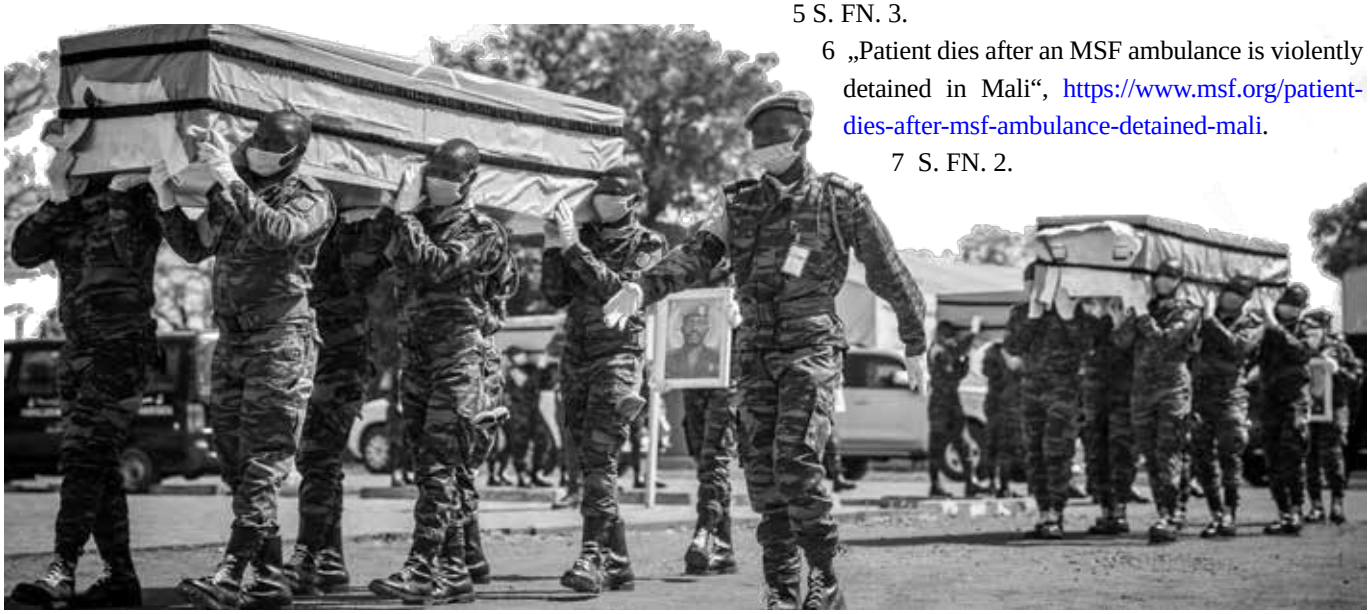
3 „Le ministère malien de la Défense considère les informations sur l’attaque contre des civils à Bounty «tendancieuses» (communiqué)“, https://maliactu.net/le-ministere-malien-de-la-defense-considere-les-informations-sur-lattaque-contre-des-civils-a-bounty-tendancieuses-communique.

4 Wedding guests killed in Mali airstrike, local sources say“, https://www.theguardian.com/world/2021/jan/05/people-at-wedding-party-in-mali-killed-in-airstrike-local-sources-say.

5 S. FN. 3.

6 „Patient dies after an MSF ambulance is violently detained in Mali“, https://www.msf.org/patient-dies-after-msf-ambulance-detained-mali.

7 S. FN. 2.



Beerdigung von vier MINUSMA-Soldaten aus der Elfenbeinküste im Januar 2021. Quelle: flickr/MINUSMA/Harandane Dicko.

Black Box Bounti

Drohne gegen Aussage

von Christoph Marischka

Die Luftangriffe der französischen Armee nahe dem Ort Bounti vom 3. Januar bleiben auch nach gut sechs Wochen umstritten. Die französische Armee und mit ihr die Bundesregierung und die malischen Streitkräfte halten weiterhin daran fest, dass „dutzende“ Angehörige einer „bewaffneten terroristischen Gruppe“ getötet wurden und Kollateralschäden ausgeschlossen seien. Begründet wird dies damit, dass die Gruppe von etwa 40 Männern über neunzig Minuten von einer französischen Reaper-Drohne beobachtet worden sei, bevor die Luftschläge erfolgten und dass unter den Getöteten keine Frauen und Kinder wären. Die französische Verteidigungsministerin, Florence Parly, gab sogar an, sie habe sich persönlich davon überzeugt. Wie viele Menschen genau anwesend waren und getötet wurden, wird hingegen nicht bekannt gegeben. Auch die Veröffentlichung der Aufnahmen der Reaper-Drohne lehnt Frankreich natürlich ab. Dass die Anzahl der getöteten „Terroristen“ nicht exakt beziffert wird, hat allerdings wenig Aussagekraft, denn dies ist längst Standard im französischen Antiterror-Krieg. Der drohnengestützte Wüstenkrieg kennt offenbar nur Zehnerschritte. Das wird auch in den offiziellen Berichten über die Operation Éclipse deutlich, in deren Rahmen die Luftschläge bei Bounti erfolgten. Dabei handelt es sich um einen gemeinsamen Einsatz der französischen und malischen Streitkräfte im (weit gefassten) Grenzgebiet zwischen Mali, Niger und Burkina Faso, bei dem demnach am 3. Januar „une quarantaine d’hommes adultes“ (etwa vierzig erwachsene Männer) identifiziert und „une trentaine de GAT“ (etwa 30 Angehörige terroristischer Gruppen) „neutralisiert“ wurden. Am 16. Januar wurden auf der anderen Seite der Grenze zu Burkina Faso „une trentaine de motos“ (etwa dreißig Motorräder) identifiziert, woraufhin „une dizaine de GAT“ (etwa zehn Angehörige terroristischer Gruppen) „neutralisiert“ und „une vingtaine de motos“ (etwa zwanzig Motorräder) zerstört werden konnten...

In Deutschland gab es nur wenig Aufmerksamkeit für die Luftschläge in Bounti. Aktuell sind 1.550 Kräfte der Bundeswehr für zwei Missionen in Mali (EUTM Mali und MINUSMA) mandatiert und ist überdies – ohne Mandat – das Kommando Spezialkräfte (KSK) in der Region aktiv ist. Sowohl beim Aufbau der malischen Armee (EUTM Mali) als auch der „Stabilisierungsmission

der Vereinten Nationen in Mali“ (MINUSMA) nutzen die deutschen Streitkräfte dieselbe Infrastruktur wie ihre französischen Kamerad*innen in ihrem „Krieg gegen den Terror“. Beide nutzen dieselbe Kantine im Logistikstützpunkt Niamey (Niger), verlassen sich auf eine gemeinsame notfallmedizinische Betreuung auf ihren benachbarten Stützpunkten in Gao und nutzen den dortigen Flughafen jeweils für ihre Einsätze von Aufklärungsdrohnen. Auch „Informationsaustausch, Koordination mit und gegebenenfalls Unterstützung von malischen und französischen Streit- und Sicherheitskräften“ ist im Mandat der Bundeswehr explizit vorgesehen. Die Bundesregierung hat jedoch „keinen Anlass, an [der französischen] Darstellung zu zweifeln“. Zahlreiche Berichte von Zivilpersonen und NGOs aus Mali sowie von und Journalist*innen böten einen solchen Anlass. Auch Human Rights Watch fordert eine „unparteiliche“ Untersuchung. Von der französischen und malischen Regierung wird ihnen „Propaganda“ im „Sinne der Terroristen“ vorgeworfen. Wir werden wohl denen glauben müssen, die sich persönlich durch geheime Drohnenaufnahmen „versichert“ haben.

In Mali allerdings wächst der Widerstand. Die Zustimmung zur internationalen und v.a. französischen Truppenpräsenz schrumpft weiter. Eine Demonstration in Bamako gegen die französischen Truppen am 20. Januar wurde verboten und in Tränengas erstickt. Anders als in Belarus oder Myanmar gab es keine Protestnoten aus Berlin, Brüssel oder Paris.

Gesetzeslose Soldaten

Wie Regierungen Kriegsverbrecher vor Bestrafung schützen

von Pablo Flock

Am 5. Januar 2021 schoss ein französischer Helikopter in eine Menschenmenge in Zentralmali und tötete dabei rund 20 Personen, die eine Hochzeit feierten, wie Bewohner des nahegelegenen Dorfes Bounti der französischen Nachrichtenagentur AFP berichteten.[1] Frankreich bestreitet, dass Zivilisten getötet worden seien. Drohnen hätten, je nach Quelle eine Stunde bis Tage zuvor, Informationen gesammelt, anhand derer die Getöteten als Terroristen ausgemacht wurden. Tabital Pulakuu, eine transnationale Organisation zur Förderung der Kultur der ethnischen Gruppe der Fulani, und Berichte von Ärzte ohne Grenzen bestätigten hingegen die Aussage der Dorfbewohner.[2]

Es steht also Aussage gegen Aussage. Wehren kann sich die verarmte Bevölkerung gegen die Angriffe aus der Luft kaum. Doch selbst wenn die lokale Bevölkerung, mit der Unterstützung von international agierenden Menschenrechtsorganisationen, ein rechtsstaatliches Verfahren zur Anerkennung und Entschädigung ihrer zivilen Opfer anstrebte, wäre dies wenig aussichtsreich. Dies zeigte das kürzliche Scheitern einer ähnlichen Initiative: Am 16. Dezember 2020 bestätigte das Bundesverfassungsgericht einen Urteilsspruch des Bundesgerichtshofs von 2016 und urteilte damit, dass die Angehörigen der zivilen Opfer der Tanklaster-Bombardierung im afghanischen Kunduz kein Recht auf Entschädigung haben. In der Nacht vom 2. auf den 3. September 2009 ließ der damalige Oberst Georg Klein zwei von Taliban entführte Tanklaster bombardieren, die in einer Furt feststeckten. Bei dem Angriff starben ca. 140 Menschen, der größte Teil davon Zivilisten, die sich Benzin aus den festgefahrenen LKWs abzapfen wollten. Oberst Klein, der wohl fürchtete, dass die (bewegungsunfähigen!) Tanklaster als fahrende Bomben gegen das Bundeswehrcamp eingesetzt werden könnten, habe mit der Bombardierung der Laster inklusive der umgebenden Menschenmengen keine Amtspflichtverletzung begangen, urteilte nun das Bundesverfassungsgericht. Er habe wohl alle zur „Verfügung stehenden Erkenntnisquellen ausgeschöpft“ und „bei der notwendigen ex ante-Betrachtung eine gültige Prognoseentscheidung getroffen.“[3] Das Bundesverfassungsgericht widerspricht zwar damit dem Bundesgerichtshof, der Schadensersatzzahlungen für Amtspflichtverletzungen in militärischen Auslandseinsätzen grundsätzlich verneinte,[4] da Oberst Klein jedoch, auf Geheimdienstquellen verweisend, angab, nichts von Zivilisten gewusst zu haben, ist er aus dem Schneider.[5] Auch innerhalb des Verteidigungsministeriums scheint der ‚Patzer‘, der in den tödlichsten deutschen Angriff seit dem Zweiten Weltkrieg mündete, nicht für besonders schlimm befunden worden sein: 2013 wurde Klein Abteilungsleiter im neuen Bundeswehramt für Personalmanagement und damit zum Brigadegeneral befördert.

Überall Fronten gegen die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen

Das Bombardement, das innerhalb der NATO für fehlende Absprachen mit dem ISAF-Kommando und für die fälschliche Angabe eines Angriffs auf NATO-Truppen kritisiert wurde, ist keinesfalls der einzige Fall von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen in einem der tödlichsten Konflikt unserer Zeit, Afghanistan. Anschuldigungen und starke Indizien für Kriegsverbrechen von Soldaten von allen kriegerischen Parteien sind bekannt. Neben Deutschland, wurden auch Verfahren gegen Militärs aus anderen westlichen Staaten angestrebt oder sind am Laufen: Amerika, Australien und Großbritannien. Aber wie die deutschen Richter stellen sich die verantwortlichen Politiker meist hinter die Soldaten, die sich für ihre Außenpolitik die Hände schmutzig machen.

In Australien wird seit 2016 gegen einige Mitglieder der Spezialeinheit SAS ermittelt, denen Exekutionen von unbewaffneten Afghanen vorgeworfen werden. Ehemalige Mitglieder der Spezialeinheit erhoben

die Vorwürfe. Geleaktes Videomaterial von solchen Erschießungen wurde von der Nachrichtenagentur ABC veröffentlicht und zirkuliert seitdem durch die sozialen Medien.[6] Sich sicher wähnend, dass die Aufnahmen der Helmkameras nie an die Öffentlichkeit gelangen würden, wurden die Vorfälle auf Papier in ein regelkonformes Licht gerückt. Den Toten wurden zum Teil mitgebrachte Waffen auf die Brust gelegt, um sie als Kämpfer darzustellen. Neu angekommene Soldaten wurden auf den Korpsgeist der Verschwiegenheit eingeschworen und teilweise gezwungen (illegale) Hinrichtungen von Gefangenen selbst durchzuführen. Diese Taufe mit dem Blut von Wehrlosen wurde in der Truppe „Blooding“ genannt.

„Blooding“ - die Taufe mit dem Blut von Wehrlosen

Nachdem rund vier Jahre lang in 55 Vorfällen zwischen 2005 und 2016 ermittelt wurde und hunderte Zeugen aus afghanischen Dörfern und den australischen Streitkräften befragt wurden, listet der im November 2020 veröffentlichte Bericht der internen Ermittlungen, der sogenannte Brereton Report, 39 „Morde“ an afghanischen Zivilisten auf und empfiehlt polizeiliche Ermittlungen gegen 19 der 25 beteiligten Soldaten.

Hohe Generäle und Politiker sind nun notwendigerweise bestürzt, schelten die Soldaten und entschuldigen sich bei den Angehörigen der Opfer und der afghanischen Bevölkerung und ihren Vertretern. Zuvor waren z.B. der ehemalige Premier Tony Abott und der ehemalige Verteidigungsminister Brendan Nelson den Elitesoldaten, von denen einer mit den höchsten Orden versehen ist, zur Seite gesprungen und verlangten, dass man vorsichtig sein müsse, „Soldaten, die in der Hitze des Gefechts unter den Nebeln des Krieges handeln, mit den selben Maßstäben wie Zivilisten zu beurteilen.“[7] Dem nicht genug: Im Juni 2019 führte die Polizei eine Razzia im Gebäude der ABC durch. Die Ermittlungen gegen den führenden Journalisten der sogenannten Afghan Files wegen Geheimnisverrats wurden nun, kurz nach der Veröffentlichung des Berichts, im Dezember 2020 wegen fehlenden öffentlichen Interesses eingestellt.

Besonders weit fortgeschritten ist die Kriminalisierung der Ermittlungen von Kriegsverbrechen in den USA. Als der Internationale Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag im März 2020 Ermittlungen wegen zwischen 2003 und 2014 geschehener Kriegsverbrechen in Afghanistan einleitete, lehnte die amerikanische Regierung diese energisch ab. Trumps damaliger Justizminister William Barr beschuldigte den ICC der Korruption und dass er Teil einer von Russland und „internationalen Eliten“ ausgehenden Verschwörung sei.[8] Dass in dem Verfahren hauptsächlich gegen die Taliban und die afghanische Armee ermittelt wird, lässt diese, ohne Beweise vorgebrachte, Anschuldigungen zweifelhaft erscheinen. Doch, obwohl Amerika dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs nie beigetreten ist, richten sich die Ermittlungen auch gegen amerikanische Soldaten, die solche Verbrechen in Afghanistan und in CIA-Foltergefängnissen in Polen, Rumänien und Litauen begangen haben sollen. Dies ist möglich, da auch Personen aus Nicht-Unterzeichner-Staaten verfolgt werden können, wenn die Verbrechen auf dem Boden von Mitgliedsstaaten des Römischen Statuts begangen werden. Doch so etwas wollen die USA gar nicht erst einreißen lassen. Anstatt sich zu den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit zu bekennen, verhängten sie ökonomische Sanktionen und Einreiseverbote über die zuständigen Ermittler des ICC.

Massives Vorgehen gegen Whistleblower

Dies überrascht natürlich nicht, wenn man bedenkt, mit welcher Härte und List gegen Chelsea Manning und Julian Assange vorgegangen wurde. Manning war die (damals der Bradley) Whistleblower*in, die Dokumente und Videos über Kriegsverbrechen der US-Armee im Irak und in Afghanistan auf der von Assange gegründeten Plattform Wikileaks veröffentlichte. Manning wurde 2013 zu 35 Jahren Haft verurteilt, 2017 jedoch von Obama begnadigt. Nicht so Assange, der immer noch im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh einsitzt, weil die USA in Berufung gegen das Urteil gehen, das eine Auslieferung in die USA am 4. Januar 2021 ablehnte. Aufgrund der psychischen und körperlichen Belastung durch die Jahre des Einge-

Quelle: Wikimedia Commons/Matt Hrcak.

sperrt-Seins (z.T. wegen ggf. fingierten Sexualdelikten) sei Assanges Leben im Falle einer Auslieferung in Gefahr, weshalb dies nicht geschehen dürfe. In den USA drohen ihm bis zu 175 Jahre Haft für die Veröffentlichung von Beweismaterial für US-Kriegsverbrechen.

Trump begnadigte schießwütige Söldner

Während Whistleblower aufs Härteste verfolgt werden, begnadigte Donald Trump kurz vor Weihnachten 2020 vier der Kriegsverbrechen beschuldigte Söldner der Sicherheitsfirma Blackwater. Diese schossen im sogenannten Nisour-Platz-Massaker im Irak scheinbar wahllos mit verschiedenen schweren Geschützen auf Autos und Busse und töteten dabei mindestens 14 Zivilisten, darunter Kinder und eine Frau, die lebendig in einem Auto verbrannte. Die vier hätten „eine lange Geschichte des Dienstes für die Nation", meinte Trump im offiziellen Statement der Begnadigung.[9] Die Hohe Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen verurteilte die Begnadigung als „Affront gegen die Gerechtigkeit und die Opfer des Nisour-Platz-Massakers und ihre Familien" und nannte es eine Verletzung der nach internationalem Recht gültigen Pflicht, Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen.[10]

Großbritannien: Straflosigkeit per Gesetz

Während die USA noch den Einzelfall der Strafverfolgung ihrer Kriegsverbrecher sanktioniert, geht das Vereinigte Königreich noch weiter und schafft ein Gesetz, das eine solche Verfolgung extrem erschweren soll. Mit dem Overseas Operations Bill, das gerade in der zweiten Kammer des britischen Parlaments, dem House of Lords, diskutiert wird,[11] sollen Verbrechen, die im Einsatz für Staat und Streitkräfte außerhalb der britischen Inseln geschehen sind, nach fünf Jahren nicht mehr strafbar sein. Dieses Gesetz würde nun rückwirkend auch die Verfolgung der in Afghanistan und im Irak geschehenen Kriegsverbrechen verhindern – und zwar nicht nur vor britischen, sondern auch vor internationalen Gerichtshöfen. Das Verteidigungsministerium nannte als Grund für das Gesetz an erster Stelle auch den Wunsch, zivile Schadensersatzzahlungen von Gefolterten und unrechtmäßig Inhaftierten zu stoppen, wofür das Ministerium bis 2017 rund 22 Millionen Pfund ausgeben musste. Außerdem beinhalte es die Forderung an Regierungen, „Ausnahmen" der Menschenrechte in Erwägung zu ziehen, wo es die „operationelle Effektivität" erhöhe, zum Beispiel bei sicherheitsrelevanter Internierung.[12] Dass solche Ausnahme-Regelungen gegenüber den Menschenrechten von Zivilisten vor Ort im Irak und in Afghanistan schon praktiziert worden seien, bezeugten verschiedene Soldaten gegenüber dem Middle East Eye. In bestimmten Zeiten scheint es gang und gäbe gewesen zu sein, Zivilisten – nicht selten Jugendliche und Kinder – zu erschießen, die sich durch gängige Gegenstände wie einem Handy oder einer Schaufel in der Hand verdächtig machten, Taliban-Spitzel oder Straßenbombenleger zu sein. Die Erlaubnis dafür sei, so die Soldaten, „von ganz oben" gekommen. In den Camps gab es alte Waffen aus der Sowjet-Zeit, die nur dazu verwendet wurden, auf Fotos eine vorige Bewaffnung der Getöteten vorzutäuschen.[13]

Ermordete Zivilisten als Kombattanten ausgegeben

Die Kommandanten versicherten den britischen Soldaten, dass nichts passieren würde, wenn sie nur sagten, dass sie sich durch die Personen bedroht fühlten. Das jüngste Urteil im Falle Kunduz drückt dieselbe Rechtsauffassung aus, wo betont wird, dass „nicht jede Tötung einer Zivilperson im Rahmen kriegerischer Auseinandersetzungen auch einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht dar[stellt]."[14] Es muss nur bewiesen werden, dass eine solche Handlung nicht willkürlich stattfindet, also notwendig oder zumindest angebracht sei. Da die internen Berichte über Tötungen nur von den Soldaten und Offizieren geschrieben werden, muss nur der Korpsgeist erhalten werden, bei der gemeinsamen Geschichte zu bleiben, die eine solche Notwendigkeit beinhaltet.

Manchmal sind die Soldaten in einem fremden Land wahrscheinlich wirklich verängstigt – oder wütend über den Verlust ihrer Kameraden. Die nächtlichen Hausdurchsuchungen der australischen Soldaten waren wohl besonders brutal, nachdem einige Australier einem Selbstmordattentäter zum Opfer fielen. Und der Befehl zur Bombardierung der Tanklaster in Kunduz wurde gegeben nur Tage, nachdem zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg ein deutscher Soldat in einem Feuergefecht eines Kampfeinsatzes starb.

Transnationale Aufstandsbekämpfung

Feindliche Gefühle zwischen Soldaten und Zivilbevölkerung liegen auch etwas in der Natur der Sache, wenn westliche Soldaten in ferne Länder ziehen, um lokale, traditionell-religiöse Aufstandsbewegungen zu zerschlagen, die sich aus der Landbevölkerung rekrutieren und gegen den westlichen Lebensstil und die Ausbeutung durch die urbanen Eliten stellen. Dies spiegelt sich in Militär- und Medienberichten, wenn Dörfer oder Gegenden als „Hochburgen der Aufständischen" beschrieben werden. Hinzu kommen rassistisches und Weißes Überlegenheits-Denken, das in den

Protest gegen Kriegsverbrechen des australischen Militärs in Melbourne Ende 2020. Quelle:Wikimedia Commons/Matt Hrcak.

Militärs der vier hier behandelten Nationen erwiesenermaßen verbreitet ist. Doch mit solchen Leuten und solchen Mitteln werden die Menschen dieser Gegenden sicher nicht von den westlichen Werten begeistert werden, und die Installation pro-westlicher Regime beseitigt die sozialen Probleme, die diese Revolten hervorrufen, nicht. Letztendlich befeuern diese Einsätze die ursprünglichen Konflikte nur, was die Ausbreitung von Islamismus und Gewalt von Mali über den gesamten Sahel und von Afghanistan über ganz Zentralasien zeigt. Die Doppelmoral, Kriege zum Schutz der Menschenrechte zu führen, ist schon lange offensichtlich.

Anmerkungen

1 AFP: France says dozens of jihadists were killed in weekend Mali airstrike france24.com 5.1.2021.

2 Islamistische Gruppen rekrutieren sich gerne aus der Fulani-Bevölkerung, die als (traditionell) landlose Pastoralisten, durch den Klimawandel verstärkt, mit anderen Ethnien im Konflikt um Ressourcen stehen. Deshalb kommt es immer wieder zu Übergriffen durch ethnische Milizen und die von der EU ausgebildete malische Armee auf Dörfer der Fulani (auch Fulbe, oder im Französischen, Peul genannt).

3 BVerfG, Beschluss der 2. Kammer des Zweiten Senats vom 18.11.2020: B, II., 4., b) bundesverfassungsgericht.de

4 BVerfG, Beschluss 18.11.2020: B, II., 3.

5 Die minutiöse Auflistung der Geschehnisse des Spiegels wecken jedoch starke Zweifel, dass Klein nicht wissentlich Stimmen wie die der US-Piloten ignoriert habe, die scheinbar wenig überzeugt davon waren, dass eine Gefahr von den Menschen auf dem Boden ausgehe. U. Demm, M.Feldenkirchen et.al: Ein deutsches Verbrechen spiegel.de 6.10.2016.

6 Ark Willacy, ABC Investigations and FourCorners: Culture of Cover-Up abc.net.au 17.3.2020.

7 Paul Daley: Australias special forces problem theguardian.com 16.8.2020 (eigene Übersetzung).

8 Matt Seylor: Pompeo slams international court after Trump approves economic sanctions on officials investigating US military for war crimes in Afghanistan abcnews.go.com 11.6.2020.

9 Zu lesen unter den Namen der Begnadigten: Nicholas Slatten, Paul Slough, Evan Liberty, and Dustin Heard. Statement from the Press Secretary Regarding Executive Grants of Clemency whitehouse.gov 22.12.2020.

10 Working Group on the Use of Mercenaries: US pardons for Blackwater guards an “affront to justice” – UN experts ohchr.org 30.12.2020.

11 Der aktuelle Status des Gesetzes hier: bills.parliament.uk.

12 Der implizite Imperativ für Regierungen, die Menschenrechte für operationelle Effektivität einzuschränken, wird in den Explanatory Notes des Verteidigungsministeriums unter Paragraph 5. c. (S.4) erläutert. Das Motiv, Schadensersatzforderungen, vom Ministerium „Lawfare“ genannt, zu vermeiden findet sich unter Paragraph 6. (S.5) Overseas Operations (Service Personnel and Veterans) Bill. Explanatory Notes publications.parliament.uk 18.3.2020.

13 Ian Cobain: British army permitted shootings of civilians in Afghanistan and Iraq middleeasteye.net 4.2.2019.

14 BVerfG, Beschluss 18.11.2020: B, II., 4. a).

NATO 2030

Neuer Markenkern Großmachtkonkurrenz

von Jürgen Wagner

Im Zangengriff zwischen US-Präsident Donald Trump und Frankreichs Premier Emmanuel Macron hat es die NATO in den letzten Jahren schwer gebeutelt. Trump machte aus seiner Geringschätzung des Bündnisses und der Verbündeten ohnehin keinen Hehl, doch richtige Schockwirkung entfalteten dann im November 2019 Aussagen Macrons, die allgemein als ernstzunehmendes Krisensymptom gewertet wurden: „Was wir derzeit erleben, ist der Hirntod der Nato. [Es gibt] keinerlei Koordination bei strategischen Entscheidungen zwischen den USA und ihren NATO-Verbündeten. Wir finden uns das erste Mal mit einem amerikanischen Präsidenten wieder, der unsere Idee des europäischen Projekts nicht teilt."

Alarmiert war augenscheinlich auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der dies zum Anlass nahm, eine Expertengruppe damit zu beauftragen, Vorschläge für eine Re-Vitalisierung des Bündnisses auszuarbeiten. Unter dem Ko-Vorsitz von Ex-Verteidigungsminister Thomas de Maizière machte sie sich ab April 2020 an die Arbeit und legte am 25. November 2020 ihren Bericht „NATO 2030: United for a New Era" vor. Der Zeitpunkt unmittelbar nach der Abwahl von Donald Trump dürfte wohl kein Zufall gewesen sein, verspricht doch sein Nachfolger Joseph Biden die Aussicht, die transatlantischen Reihen wieder schließen zu können. Und genau dem widmet sich auch der Bericht „NATO 2030", indem darin gefordert wird, das Bündnis künftig gegen Russland und inzwischen auch – und das ist neu – gegen China noch aggressiver in Stellung zu bringen.

NATO-Strategie: Drama in mehreren Akten

Von ihrer Gründung im Jahr 1949 hatte die NATO als bewaffneter Arm des US-geführten Westens ein klares Feindbild: die Sowjetunion. Als dieser Rivale Anfang der 1990er von der Bildfläche verschwand, musste schleunigst ein neuer Daseinszweck gefunden werden. Aufbauend auf in den USA angestellten Überlegungen ging es fortan darum, mittels militärischer Interventionen die soeben erlangte westliche Vorherrschaft zu bewahren und wenn möglich auszubauen. Dieses Ziel schlug sich in einer neuen NATO-Strategie nieder, die bereits beim Gipfeltreffen in Rom im November 1991 verabschiedet wurde. Die vom Ostblock ausgehende „berechenbare" Gefahr sei nunmehr durch „multidirektionale" Bedrohungen ersetzt worden, hieß es darin. Hierzu wurde seinerzeit bereits die Proliferation, also die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln, Terrorismus, aber auch die Unterbrechung wichtiger Rohstoffströme gezählt.

Die damit angeschobene Transformation der NATO von einem – zumindest formalen – Verteidigungsbündnis zu einer Interventionsallianz für Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes fand dann mit der Verabschiedung eines neuen Strategiekonzeptes im April 1999 ihren vorläufigen „krönenden" Abschluss. Inmitten des einen Monat zuvor ohne UN-Mandat begonnenen NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien wurden darin sogenannte Out-of-area-Einsätze zur neuen Kernaufgabe des Bündnisses erklärt. Und um zu unterstreichen, dass sich das Bündnis keinesfalls in seinen kriegerischen Unternehmungen durch das Vetorecht Russlands (oder gar Chinas) im UN-Sicherheitsrat behindern lassen wollte, wurde auch noch betont, man beabsichtige auch künftig, Militärinterventionen gegebenenfalls ohne Mandat der Vereinten Nationen durchzuführen.

Im Vergleich dazu kam das im November 2010 verabschiedete dritte Strategiedokument nach dem – vermeintlichen – Ende des Kalten Krieges vergleichsweise unspektakulär daher. Das Verhältnis zu Russland war bei weitem noch nicht in dem Maße eskaliert, wie es heute der Fall ist und von China war gleich überhaupt keine Rede. Beherrschend war stattdessen der ab 2001 begonnene NATO-Krieg gegen Afghanistan (sowie der ab 2003 geführte US-Krieg im Irak, an dem sich zahlreiche NATO-Verbündete beteiligten), mit

dem die Anfang der 1990er begonnene Interventionsausrichtung auf ihre traurige Spitze getrieben wurde. Unter dem Eindruck des sich abzeichnenden Scheiterns dieser Kriege widmete sich das 2010er-Konzept deshalb primär der Frage, wie derlei Interventionen künftig „erfolgreicher“ durchgeführt werden könnten.

Vorlage für eine neue NATO-Strategie

Trotz aller Bemühungen sah sich die NATO allerdings auf verlorenem Posten – faktisch waren die Niederlagen in den ersten großen Kriegen des 21. Jahrhunderts nicht mehr zu verhindern, wodurch sich erneut die Frage nach der Daseinsberechtigung der NATO stellte. Insofern kam die – maßgeblich auf das Konto des Westens gehende – Eskalation im Verhältnis zu Russland ab 2014 wohl gerade recht. Schließlich wurde dadurch der „Wert“ der NATO als Bollwerk gegen einen vermeintlichen russischen Expansionswillen unter Beweis gestellt. Über die Jahre verschärften sich diese Konflikte immer weiter und mit China wurde ein weiterer Rivale ausgemacht, dem vermehrte (militärische) Aufmerksamkeit gewidmet werden müsste. Gleichzeitig zeigten sich aber verschärft seit dem Amtsantritt Donald Trumps vermehrt Risse im westlichen Militärbündnis, die nun unter der neuen US-Regierung gekittet werden sollen.

Nach den Äußerungen des französischen Präsidenten, der die NATO schon fast unter der Erde sah, bestand aus Sicht von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg dringender Handlungsbedarf. Auf seine Initiative wurde beim NATO-Gipfel im Dezember 2019 in London ein „Reflektionsprozess“ beschlossen, in dessen Folge im April 2020 eine von Stoltenberg handverlesene Expertengruppe mit der Anfertigung eines Berichts zur Re-Vitalisierung der Allianz beauftragt wurde. Als Vorsitzende der 10köpfigen Expertengruppe fungierten der ehemalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière sowie Aaron Wess Mitchell, der ehemalige US-Staatssekretär für europäische und eurasische Angelegenheiten.

Der von dieser Gruppe im November 2020 im Konsens verabschiedete Bericht „NATO 2030“ bemängelt explizit, dass das aktuelle Strategische Konzept aus dem Jahr 2010 noch auf der Basis (halbwegs) freundschaftlicher Beziehungen zu Russland und unter völliger Ausblendung Chinas verfasst worden sei. Es müsse aus diesem Grund dringend überarbeitet werden, wofür sich „NATO 2030“ explizit als Ideengeber versteht: „Die NATO muss ihr Strategisches Konzept von 2010 erneuern. [...] Die NATO muss sich an die Erfordernisse herausfordernderer strategischer Rahmenbedingungen anpassen, die durch die Rückkehr systemischer Rivalitäten, einem unablässig aggressiven Russland, den Aufstieg Chinas und die wachsende Bedeutung neuer Technologien geprägt werden.“

Rückbesinnung auf die Großmachtkonkurrenz

Kein westlicher Politiker oder Militär kommt aktuell ohne die Forderung aus, es gelte sich (militärisch) auf eine neue Ära der Großmachtkonkurrenz mit China und Russland vorzubereiten. Noch in ihrer Zeit als Verteidigungsministerin gab die heutige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen etwa zum Besten: „Als politische Allianz fordert uns das herausstechende Merkmal der neuen Sicherheitslage: Die Wiederkehr der Konkurrenz großer Mächte. Unsere amerikanischen Freunde haben das früh erkannt. Wir erkennen es inzwischen auch und wir sehen: Ob wir wollen oder nicht, Deutschland und Europa sind Teil dieses Konkurrenzkampfs. Wir sind nicht neutral. Wir stehen auf der Seite der Freiheit und der Menschenwürde. Wir stehen auf der Seite der Demokratie und der Herrschaft des Rechts.“

Im Prinzip hat sich die NATO dieser Aufgabe als neuem Markenkern schon mindestens seit 2014 verschrieben. Worum es nun geht, ist dieser Neuausrichtung auch per offizieller NATO-Strategie Rechnung zu tragen – und der Bericht „NATO 2030“ soll die dementsprechende Vorlage liefern: „Die Welt der NATO wird in den nächsten 10 Jahren anders sein als die, die sie sowohl während des Kalten Krieges als auch in den Jahrzehnten unmittelbar danach bewohnte. Sie wird eine Welt konkurrierender Großmächte sein, in der aggressive autoritäre Staaten mit revisionistischen außenpolitischen Agenden darauf abzielen, ihre Macht und ihren Einfluss auszuweiten.“

Zwar wird gegenüber Russland betont, man wolle

Quelle: Eigene Montage/Wikipedia/Dmitry_Golovko.

Quelle: Eigene Montage/Wikimedia/Sandro Halank, Arno Mikkor und EP. Wenn Ihr alle Personen erkennt, meldet Euch.

weiter „zweigleisig auf Abschreckung und Dialog“ setzen – konkrete vertrauensbildende Maßnahmen finden sich aber wenig, Säbelrasseln dagegen schon.

Wie angedeutet, ist es aber vor allem China, das nun im Bericht „NATO 2030“ weitaus prominenter als in früheren Jahren ins Visier gerückt wird: „Die NATO muss den von China ausgehenden Sicherheitsherausforderungen mehr Zeit, politische Ressourcen und Aktivitäten widmen. [...] Das Bündnis sollte die Herausforderung durch China in alle existierenden Strukturen einfließen lassen und es in Betracht ziehen, ein beratendes Gremium ins Leben zu rufen, um dort alle Aspekte der sicherheitspolitischen Interessen der Verbündeten vis-à-vis China zu diskutieren.“

Schon länger wird in diesem Zusammenhang eine stärkere NATO-Präsenz insbesondere im Indo-Pazifik gefordert, um China verstärkt entgegenzutreten. In dasselbe Horn bläst auch der nun veröffentlichte Expertenbericht: „Schaut man auf das Jahr 2030, dann sollte die NATO ihre engen Beziehungen in einer Zeit zunehmender geostrategischer Konkurrenz und globaler Bedrohungen nicht nur in der unmittelbaren Nachbarschaft, sondern auch weiter draußen im Indo-Pazifik nutzen.“

Obwohl hier noch reichlich vage bleibt, wie dieses verstärkte Engagement konkret aussehen soll, ist es doch bemerkenswert, mit welcher Deutlichkeit China und dann vor allem die Indo-pazifische Region als neuer Aufgabenschwerpunkt der NATO in den Fokus gerückt wird.

Die Rechnung bitte!

Selbstverständlich beschäftigt sich der 67seitige NATO-2030-Bericht auch mit einer Reihe weiterer Themen, etwa einer stärkeren Anbindung von EU und NATO, der Bedeutung Künstlicher Intelligenz oder einer teilweisen Aufweichung des Konsensprinzips durch eine Verlagerung von Befugnissen auf den Generalsekretär. Auch ist der neue Fokus natürlich keineswegs als eine Absage an Militärinterventionen im Globalen Süden zu verstehen, die man sich auch weiter vorbehalten möchte. Aber dennoch stellt die Fokussierung auf die neue Großmachtkonkurrenz das dominierende Element dar, was mit einiger Sicherheit auch in einer kommenden Neufassung des Strategischen Konzeptes der Fall sein dürfte. Und diese Neuausrichtung soll und wird einiges kosten: Bereits zwischen 2015 (895 Mrd. Dollar) und 2020 (1092 Mrd. Dollar) wurden die NATO-Rüstungsausgaben massiv erhöht. Deutschland ist hier eine der treibenden Kräfte – für 2021 wird Deutschland Militärausgaben in Höhe der Rekordsumme von 53 Mrd. Euro (nach NATO-Kriterien) melden. Obwohl es sich hier um sprunghafte Steigerungen handelt – 2015 beliefen sich die deutschen Ausgaben nach NATO-Kriterien noch auf 35,9 Mrd. Euro – wird noch weit mehr benötigt. Anfang Februar 2021 berichtete der Spiegel über den internen BMVg-Bericht „Finanzbedarfsanalyse 2022“, derzufolge noch einmal deutliche Erhöhungen erforderlich seien, um die deutschen NATO-Planziele zu erfüllen und damit für die neue Großmachtkonkurrenz gerüstet zu sein.

Völkerrechtswidrige Besatzungen

Palästina und West-Sahara: Einigkeit unter den Regierungen

von Pablo Flock

Am 10. Dezember 2020, genau 72 Jahre nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, hat der scheidende US-Präsident Donald Trump, wie gewöhnlich über Twitter, die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Königreich Marokko und Israel angekündigt – ein Schulterschluss, der die gegenseitige Akzeptanz gleich zweier völkerrechtswidriger Besatzungen mit systematischen Verletzungen der Menschenrechte einschließt: der besetzten Gebiete in Palästina und der West-Sahara.

Für die staatenlosen Palästinenser, wie auch für die Sahrauis, ist dieses Abkommen ein weiterer Schlag von vielen, die die Erosion der Konsense über ihre, eigentlich international durch UN-Resolutionen anerkannten, Rechte zur Selbstbestimmung zeigen. Die von der Trump-Regierung vorangetriebene Anerkennung Israels durch arabische Staaten begann im September dieses Jahres mit Abkommen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain. Im Herbst folgte der Sudan, obwohl strittig ist, ob die nicht gewählte Übergangsregierung dazu berechtigt war. Die Anerkennung durch den Sudan ist besonders symbolhaft: In Khartum, der sudanesischen Hauptstadt, hatte die Arabische Liga 1967 nach der Besetzung der Palästinensergebiete durch Israel die drei Neins verkündet, die eine Ablehnung diplomatischer Beziehungen mit Israel beinhalten, bis die Besatzung aufgehoben ist.

Zugeständnisse von Seiten der USA scheinen die ausschlaggebenden Motivationen für die arabischen Regierungen gewesen zu sein, das Abkommen von Khartum zu verlassen. Der Sudan wurde auf den Deal hin von einer Sanktionsliste der USA genommen und erhofft sich wohl wirtschaftliche Besserung für den Wiederaufbau des von Diktatur und Bürgerkrieg zerrütteten Landes. Marokko bekam im Gegenzug für seinen Verrat an den Palästinensern, oder zumindest am selben Tag, von den USA die Anerkennung der Hoheitsrechte über die seit 1975 besetzte West-Sahara.

Als Spanien die damals letzte Kolonie auf dem afrikanischen Kontinent auf Aufforderung der UN verließ, überließ es das Gebiet den beiden Anrainerstaaten, Marokko und Mauretanien. Doch die nationale Befreiungsbewegung Polisario Front, damals noch sozialistischer Couleur, sagte den neuen Besatzern den Kampf an und rief 1976 die Demokratische Arabische Republik Sahara aus. Während Mauretanien auf seine Ansprüche verzichtete, eroberte das Königreich Marokko in den folgenden elf Jahren über drei Viertel des Territoriums und sicherte sein Gebiet stets mit befestigten Grenzzäunen. Ein 1991 etablierter Waffenstillstand wird von der UN-Beobachtungsmission MINURSO überwacht, an der auch Bundeswehrsoldaten teilnehmen. Ziel der UN-Mission soll die Durchführung eines Referendums sein, bei welchem die sahrauische Bevölkerung über Unabhängigkeit oder Eingliederung in Marokko abstimmen soll.

Marokko blockierte dieses Referendum seit dem, baut aber weiterhin Phosphat in der dünn besiedelten Gegend ab. Mit den Vorkommen in der West-Sahara hält Marokko 72% der weltweiten Reserven dieses Rohstoffes, der essentiell für synthetische Dünger und damit für die industrielle Landwirtschaft generell ist. Dieses Fast-Monopol (China mit den zweitgrößten Reserven hat nur 6% der weltweiten Reserven) wäre mit der Unabhängigkeit der West-Sahara dahin. Marokko hätte zwar noch die größten Reserven, könnte aber den Preis nicht mehr diktieren.[1]

Mitte November erklärte die Frente Polisario den 30-jährigen Waffenstillstand für beendet, nachdem das marokkanische Militär eine zivile Blockade einer Verbindungsstraße zwischen Marokko und Mauretanien auf dem Gebiet der Polisario, den sogenannten ‚befreiten Gebieten', räumte.[2] Entgegen den Drohungen, sich zu wehren und zu verteidigen, begnügte sich die Polisario scheinbar mit der Evakuierung der Protestierenden und griff keine marokkanischen Ziele an.

Im von Marokko kontrollierten Teil der West-Sahara werden Journalismus und Menschenrechtsarbeit nahezu

Banskys Spuren auf der völkerrechtswidrig errichteten Mauer durch die Westbank. Quelle: flickr/Adam Walker Cleaveland.

komplett unterdrückt. MINURSO ist die einzige UN-Beobachtungsmission ohne Menschenrechtsberichterstattung. Reporter ohne Grenzen nannte die Gegend 2019 ein „Schwarzes Loch“ und eine „Wüste“ für Journalisten.[3] Eine der wenigen verdeckten Reportagen aus dem Gebiet gelang Amy Goodman von DemocracyNow! 2018. Darin berichten nicht nur Aktivisten von Folter durch marokkanische Sicherheitsbehörden, sondern die Gängelung und Überwachung der Journalisten kann live miterlebt werden.[4] Goodman interviewte in ihrer Berichterstattung über das jüngste sogenannte „Friedensabkommen“ neben Vertreter*innen der Polisario Front und der Palästinensischen Selbstverwaltung auch die sahrauische Journalistin Nazha El Khalidi, die von Massenverhaftungen von Aktivisten nach der Straßenblockade berichtete.[5] Trumps Anerkennung von Marokkos Souveränität über die West-Sahara, die dem Wortlaut nach auch die bisher von der Polisario verwalteten Gebiete mit einbezieht, wurde von der Bekanntgabe eines Eine-Milliarde-Dollar-Waffendeals zwischen den beiden Ländern begleitet, der u.a. Drohnen und Präzisionsmunition beinhaltet. Schon vorher war Trump mit dieser Frieden-für-Waffen Strategie erfolgreich gewesen. Die Vereinigten Arabischen Emirate hatten nach ihrem Friedensvertrag mit Israel eine Zusage für eine 23 Milliarden Dollar Waffenlieferung aus den USA bekommen: darunter 50 F-35 Tarnkappenbomber von Lockheed Martin (womit die VAE dem AL-Monitor zufolge als einziges arabisches Land das beste Kampflugzeug auf dem Markt besitzen wird), außerdem 18 waffenfähige Drohnen und Präzisionsmunition.[6]

Palästinenser und Sahrauis, die weder ihre Ressourcen noch ihren Außenhandel selbst kontrollieren und großteils in Flüchtlingscamps und in Abhängigkeit von internationaler humanitärer Hilfe leben, können bei diesem Hi-Tech-Wettrüsten natürlich keinen Fuß in die Tür bekommen. Wenn die internationale Gemeinschaft deren Rechte nicht schützt, zeigen sich die Menschenrechte eben doch als leere Versprechen, gebrochen durch das Recht des Stärkeren.

Anmerkungen

1 Kasprak, Alex: The Desert Rock that Feeds the World. theatlantic.com 29.11.2016.

2 Equipe Media (der Polisario Front): La represión se intensifica en el Sahara Occidental ocupado emsahara.com 14.11.2020.

3 RSF Report: Western Sahara, A News Blackhole rsf.org 11.6.2019.

4 Amy Goodman: Four days in occupied Western Sahara democracynow.org 31.8.2018.

5 Amy Goodman: U.S. Recognizes Morocco’s Occupation of Western Sahara in Latest Betrayal of Sahrawi People democracynow.org 11.12.2020.

6 Israel ‘very comfortable’ with $23B UAE arms sale, says ambassador al-monitor.com 8.12.2020.

Etappensieg gegen Rheinmetall?

Italien stoppt Rüstungsexporte an Saudi Arabien und die VAE

von Jacqueline Andres

Es gibt Grund zum Feiern für die Aktivist*innen zahlreicher Gruppen und Organisationen – besonders auf Sardinien[1]: Nach jahrelanger Kampagnenarbeit, zahlreichen Petitionen, Demonstrationen, Blockadeaktionen und Gerichtsverfahren hat die italienische Regierung beschlossen, die bereits in den letzten Jahren erteilten Genehmigungen von Waffenexporten nach Saudi Arabien und die Vereinigten Arabische Emirate nicht nur auszusetzen, sondern ganz zu widerrufen. Zudem werden weiterhin keine neuen Lizenzen für diese Staaten von der italienischen Regierung erteilt.

Das italienische Netzwerk Frieden und Abrüstung sieht diesen Schritt als „historischen Akt“[2] der italienischen Regierung an. Bereits im Jahr 1990 trat das Gesetz 185 in Kraft, welches Waffenexporte an Staaten verbietet, die sich in bewaffneten Konflikten befinden oder deren Regierungen die internationale Menschenrechtskonventionen schwerwiegend verletzen.

Erst jetzt, dreißig Jahre später, so das Netzwerk, wird sich zum ersten Mal darauf berufen. Laut dem Netzwerk sei auch dank des Drucks der Zivilgesellschaft die Lieferung von Bomben, die u.a. im Krieg in Jemen eingesetzt werden sollten, verhindert worden. Betroffen seien mindestens sechs Genehmigungen, die zuvor im Jahr 2019 zunächst ausgesetzt wurden. Zu einer dieser Lizenzen liegen aufschlussreiche Informationen vor: MAE 45560. Diese Lizenz wurde im Jahr 2016 von der Regierung unter dem damaligen Regierungschef Matteo Renzi ausgestellt und beinhaltet 20.000 Fliegerbomben der MK-Serie von Rheinmetall Waffe Munition (RWM) Italia S.p.A. im Wert von über 411 Millionen Euro – der Widerruf verhindert laut dem Netzwerk Frieden und Abrüstung sowie der Organisation OPAL (Permanente Informationsstelle für Leichtwaffen und Sicherheits- und Verteidigungspolitik) nun die Ausfuhr von 12.700 Bomben.[3]

RWM Italia S.p.A. klagt gegen Widerruf

RWM Italia S.p.A. ist weniger erfreut, betrifft diese Entscheidung laut des Geschäftsführers Fabio Sgarzi doch vor allem die Tochtergesellschaft des Rüstungsriesens. Für die Rechtfertigung ihrer Klage gegen den Widerruf der Exportgenehmigungen führt Sgarzi die rund zweihundert Arbeiter*innen der Bombenfabrik auf Sardinien an: „Diejenigen, die jetzt die Folgen all dessen tragen müssen, sind neben dem Unternehmen die Hunderte von Arbeitern in der Region und ihre Familien.“[4] Das Versprechen an die Belegschaft, selbst das Unmögliche gegen diesen Widerruf der Lizenzen zu unternehmen, ist scheinheilig. Es geht RWM Italia S.p.A. offenkundig weniger um ihre Mitarbeiter*innen, sondern wohl eher um die eigenen Profite und um die Investitionen in Höhe von mindestens 40 Millionen Euro[5], die in den letzten Jahren in den Ausbau der Bombenfabrik und in das Testgelände auf Sardinien gesteckt wurden.

Richtiger Schritt – aber nicht genug

Doch die Entscheidung zum Widerruf reicht noch nicht aus, es ist eher ein Etappensieg, ein Schritt in die richtige Richtung. So fordert u.a. das Netzwerk Frieden und Abrüstung den Exportstopp von Rüstungsgütern auf alle Mitglieder der saudi-geführten Militärkoalition auszuweiten – und betont, dies sei „ein Vorschlag, der in der Parlamentsresolution vom Dezember 2020 selbst vorgesehen wurde.“[6] So kritisiert das Netzwerk für Frieden und Abrüstung die im Dezember 2020 erfolgte Lieferung einer Fregatte an Ägypten. Gegen die Rüstungsexportlizenzen an Ägypten mobilisiert die Kampagne Stop Armi Egitto (Stoppt Waffen an Ägypten) und kritisiert dabei vor allem die mangelnde Aufklärung der Entführung und Ermordung des italienischen Doktoranden Giulio Regeni im Januar 2017 in Ägypten sowohl als auch die seit einem Jahr anhal-

tende Inhaftierung von Patrick Zaki, einem ägyptischen Menschenrechtsverteidiger und Studenten der Universität Bologna.[7]

Aktivist*innen der Kampagne Stop RWM mahnen zudem an, dass sich aktuell eine neue italienische Regierung formt und eventuell Neuwahlen anstehen. Mit einer neuen Regierung drohe allerdings auch ein Kurswechsel und ein Widerruf des Widerrufs.[8] Es stellt sich die Frage, welche Rolle der ehemalige Premierminister Matteo Renzi in der neuen Regierung spielen wird. Kurz vor dem historischen Widerruf der Exportlizenzen schwärmte der ehemalige Premierminister Matteo Renzi in einem Interview im Rahmen der jährlich stattfindenden saudischen Investitionskonferenz Future Investment Initiative (FII) mit dem Kronprinz Mohammed bin Salman vom Potenzial Saudi Arabiens: „Für mich ist es ein besonderes Privileg, mit Ihnen über die Renaissance zu sprechen, denn ich bin nicht nur ein ehemaliger Premierminister, sondern auch ehemaliger Bürgermeister von Florenz, der Stadt der Renaissance.“[9] Doch er ging noch weiter und betonte: „Die Renaissance wurde genau nach der Pest groß, nach einer Pandemie. Ich denke, dass Saudi Arabien der Ort einer neuen Renaissance für die Zukunft sein könnte.“[10] Renzi nahm nicht nur am „Davos in der Wüste“ teil, sondern ist auch Mitglied des Beratungsgremiums von FII[11] – ein Job, für den er Schätzungen zufolge jährlich etwa 80.000 $ vom saudischen Königshaus erhält.[12]

RWM Italia S.p.A.: Ausweitung stößt auf Widerstand

Zudem setzt sich die Kampagne weiterhin vor dem Verwaltungsgericht der Region Sardinen gegen die Expansion der Bombenfabrik und des Testgeländes von RWM Italia S.p.A. ein.[13] Die Baulizenzen aus dem Jahr 2018 seien rechtswidrig vergeben worden. Ein rechtlicher Knackpunkt sei, so Stop RWM, der Verstoß gegen die zwingende Prüfung der Umweltverträglichkeit. Diese müsse jedoch für chemische Industrieanlagen, die Sprengstoffe herstellen, erfolgen – auch weil die Erweiterung des RWM Italia S.p.A. Geländes in unmittelbarer Nähe eines Naturschutzgebietes vollzogen wird. Im bisherigen Urteil des Verwaltungsgerichts von Sardinen wird abgestritten, dass RWM Italia S.p.A. in dem Werk zwischen den Kommunen Iglesias und Domusnovas Sprengstoff herstelle, sondern diesen von Dritten beziehe und dort lediglich weiter verarbeite. Dabei beruft sich das Verwaltungsgericht auf ein technisches Guthaben des von ihm beauftragten Prof. Roberto Baratti von der Fakultät für Maschinenbau und Chemieingenieurwesen der Universität Cagliari, obwohl Studierende dieser Fakultät immer wieder Praktika bei RWM Italia S.p.A. machen und offenkundig ein Interessenkonflikt besteht, so Stop RWM. Die Kampagne gegen RWM betont, die vom italienischen Innenministerium erteilten Lizenzen seien explizit auch für die Herstellung von PBX-Sprengstoffen (Polymergebundener Sprengstoff) erteilt worden. In den kommenden Wochen soll der verwaltungsrechtliche Kampf gegen RWM Italia S.p.A. weitergeführt werden und die Kampagne freut sich über ideelle und finanzielle Solidarität.[14]

Anmerkungen

1 Il Governo revoca l’export di bombe verso Arabia Saudita ed Emirati Arabi: soddisfazione delle organizzazioni della società civile, retepacedisarmo.org, 29.1.2021, Abgesehen von den Aktivist*innen der Stop RWM Kampagne freuen sich über diese Entscheidung der italienischen Regierung u.a. auch das italienische Netzwerk Frieden und Abrüstung, Amnesty International, das RWM-Komitee für Frieden und Konversion, die Fondazione Finanza Etica, Ärzte ohne Grenzen, die Fokolari-Bewegung, Oxfam Italien, Save the Children Italien, das European Center for Constitutional and Human Rights und die jemenitische Organisation Mwatana for Human Rights.

2 Il Governo revoca l’export di bombe verso Arabia Saudita ed Emirati Arabi: soddisfazione delle organizzazioni della società civile, retepacedisarmo.org, 29.1.2021.

3 Ebd.

4 Revoca export bombe, Rwm annuncia ricorso contro Governo, ansa.it, 30.1.2021.

5 Simone Farris: Rwm, avviata un‘inchiesta penale sugli ampliamenti dello stabilimento, unionesarda.it 29.1.2020.

6 Il Governo revoca l’export di bombe verso Arabia Saudita ed Emirati Arabi: soddisfazione delle organizzazioni della società civile, retepacedisarmo.org, 29.1.2021.

7 Giorgio Beretta: Armi all’Egitto: l’Italia continua a venderle, ma manca collaborazione per Regeni, osservatoriodiritti.it, 7.1.2021.

8 Gegen die Bombenfabrik auf Sardinien - Stop Rheinmetall Waffe Munition!, Interview im Freien Radio Wüste Welle, wueste-welle.de, 5.2.2021.

9 Rayhan Uddin: Former Italy prime minister under fire for interview with Saudi crown prince, middleeasteye.net, 2.1.2021.

10 Ebd.

11 Lillo Montalto Monella und Diego Malcangi: Come mai l‘Italia ha revocato la vendita di armi all‘Arabia Saudita proprio ora, it.euronews.com , 29.1.2021.

12 Emiliano Fittipaldi: E Renzi torna dall’Arabia Saudita. Un istituto gli dà 80mila dollari l’anno, editorialedomani.it, 26.1.2021.

13 Stoppen wir die Expansion der Rheinmetall-Bombenfabrik in Sardinien, stoprwm.wordpress.com, Januar 2021.

14 Ebd.

Impressum

Der Ausdruck wird herausgegeben von und bezogen über
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen
Telefon: 07071 – 49154
Fax: 07071 – 49159
imi@imi-online.de
www.imi-online.de
IMI.FB I_M_I @imi@mastodon.social

Redaktion:
Jacqueline Andres (Tübingen), Thomas Gruber (Erlangen), Alexander Kleiß (Tübingen), Martin Kirsch (Hannover), Christoph Marischka (Tübingen), Ben Müller (Tübingen), Christopher Schwitanski (Köln), Andreas Seifert (Bonn), Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen).

Autoren und Autorinnen:
Valeria Bustamante setzt sich in Kooperation mit anderen AktivistInnen gegen die Menschenrechtsverletzungen in ihrem Heimatland Chile ein. Gertrud Falk arbeitet zum Menschenrecht auf Wasser bei FIAN Deutschland. Die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration recherchiert und veröffentlicht Material zu Migrationsbewegungen im Kontext sozialer Kämpfe und gegen europäische Festungspolitik. Pablo Flock schrieb in der letzten Ausdruck-Ausgabe über die Wahlen in der Elfenbeinküste. Rolf Gössner ist Rechtsanwalt, Bürgerrechtler und Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte. Luca Heyer recherchiert seit Jahren zum sog. Hannibal-Komplex und veröffentlicht seiner Ergebnisse bei der IMI. Tobias Pflüger ist IMI-Vorstand und Mitglied des Bundestages. Thomas Rahmann studiert Philosophie/ Erziehungswissenschaft und forscht zu Schnittstellen zwischen Psychologie, Politik und Sozialwissenschaften.
.

Bildnachweise wie angegeben außer:
Titelbild: Das erste Satelitenbild der Erde, aufgenommen vom Explorer VI am 14.8.1959, ziegt eine Wolkendecke über dem Zentralpazifik. Quelle: Wikipedia/NASA, S. 6, 9, 19, 16, 19, 20 und 22: Monika Natalia Mazur. Sie hat an der Accademia di Belle Arti in Neapel studiert. Ihre Werke sind hier sind zu finden: www.instagram.com/monika_natalia_mazur, S. 36: pixabay, S. 3, 7, 12, 25, 28, 54, 59 und die Rückseite: IMI.

Hinweise zu einzelnen Texten:
Die Artikel „Allons Enfants?“,„Gesetzeslose Soldaten“ und „NATO 2030“ erschienen zuerst bei Telepolis. Letzter erscheint hier aktualisiert.

Bezugsbedingungen:
IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den Ausdruck kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/ Monat). Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 30 € bzw. Förderabo ab 40 €. Ausland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 40 € bzw. Förderabo ab 50 €.

Eigentumsvorbehalt:
Dieses Heft bleibt bis zur vollständigen Aushändigung Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.

Mitgliedschaftsformular

☐ Ich möchte Mitglied im IMI-Förderverein Analyse und Frieden werden und die IMI dadurch mit meinem Beitrag unterstützen.

Vor- und Nachname: _____

Str., PLZ, Ort: _____

☐ Mein jährlicher Beitrag beträgt: _____ € (Der Mindestbeitrag mit Abo liegt bei 60€ im Jahr.)
☐ Ich erteile IMI eine SEPA-Einzugsermächtigung für mein Konto.

IBAN: _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _
BIC: _____

☐ Ich richte einen Dauerauftrag ein.
☐ Hiermit akzeptiere ich die Datenschutzerklärung: imi-online.de/uber-imi/datenschutzerklaerung

_____
Datum und Unterschrift

KEIN
KSK